

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: Prämienkonto:
Biersteckel 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 18. August 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Kapitalistische Hoffnungen.

Seitdem zu allererst in England die Gewerkschaften sich eine bedeutende Stellung im gesellschaftlichen Leben errangen, haben die fortschrittlichen Kreise des Bürgertums ihre Hoffnung darauf gesetzt, daß die Gewerkschaften sich zu einem geordneten Gliede der bürgerlichen Gesellschaft entwickeln möchten.

Diese bürgerlichen Hoffnungen hatten eine bestimmte reale Grundlage. Es ist richtig, wenn auch nur ein Teil der ganzen Wahrheit, daß die Gewerkschaften ein notwendiges Glied der bürgerlichen Gesellschaft bilden. Die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft ist der Verkauf der Arbeitskraft des Arbeiters an den Kapitalisten.

In der Vereinigung ihrer Kräfte finden sie aber die Kraft, bei der Bestimmung des Arbeitslohnes mitzureden. Das unmittelbare Ziel des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses ist eine Arbeitszeit, die nicht mehr die Gesundheit zerrütet, und ein „gerechter“ Lohn, d. h. eine wirkliche Vergütung des Wertes der Arbeitskraft.

Hier braucht selbstverständlich nicht ausführlich erörtert zu werden, wie sehr diese Herren sich dabei irren. Sie sahen eben nur eine Seite des Wesens der Gewerkschaften. Die andere Seite sahen sie nicht. Die Gewerkschaften stoßen bei ihren Versuchen, die Lage der Arbeiter zu heben, auf den hartnäckigsten Widerstand der ganzen Bourgeoisieklasse; der Staat stellt ihnen seine brutalen Machtmittel entgegen; mit dem Kampfe erwacht das Selbstbewußtsein und die Menschenwürde der Arbeiter, und sie können sich immer weniger mit der ganzen Ausbeuterei zufrieden geben.

Allerdings, die bürgerlichen Fortschrittler geben ihre vergeblichen Hoffnungen, die von jeder kleinen Reibung innerhalb der Arbeiterbewegung wieder frisch belebt werden, nicht auf. Da ist es der Mühe wert, einmal zu sehen, was sie eigentlich bei einer Entwicklung in ihrem Sinne von den Gewerkschaften erhoffen. Aus einem Artikel in dem „Berliner Tageblatt“: „Die neue Macht“ (Abendblatt, 10. August) lernen wir das bürgerliche Gewerkschaftsideal kennen.

Die Gewerkschaften sind eine „neue Macht“. Aber der Stettiner Nieterstreik habe gezeigt, wie unzulänglich diese neue Macht ist. Die Gewerkschaften schließen Tarifverträge mit den Unternehmern ab. Aber was hilft das, wenn sie zu schwach sind, den Unternehmern dabei die regelmäßige und sichere Verfügung über die Arbeiter zu sichern; wenn sie nicht imstande sind, die Nieter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Das Blatt schreibt:

Dieses Verhalten (der Metallarbeiterorganisation) ist äußerlich durchaus korrekt. Worauf es indessen ankommt, das ist die Notwendigkeit, die streikenden Nieter zur Rückkehr zur Arbeit zu veranlassen oder für einen Ersatz an-Stelle der Streikenden zu sorgen. In dieser Richtung aber konnten oder wollten die beteiligten Organisationen nichts tun.

In diesem Punkt zeigt die Organisation der Arbeiter eine empfindliche Schwäche. Wollen die Arbeiterorganisationen als gleichberechtigt erscheinen, dann müssen sie auch Disziplin zeigen und im Notfall erzwingen können. Wie sie das anzustellen haben, das ist ihre Sache. Vermögen sie das nicht, dann dürfte ihr Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse sich sehr schnell wieder verringern. Auch

von der „neuen Macht“ der Gewerkschaften gilt es, daß sie sich für die Gesamtheit als heilbringend erweisen muß, wenn sie nicht als ein Uebel beseitigt werden soll.

Das also ist die Aufgabe der Gewerkschaften, sollen sie als „berechtigtes“ Glied der bürgerlichen Ordnung anerkannt werden. Die Unternehmer schließen Tarifverträge mit den Gewerkschaften ab, und brauchen sich weiter um nichts mehr zu kümmern; die Gewerkschaft hält die Ordnung unter den Arbeitern aufrecht. Die „Disziplin“ soll dazu dienen, der Bourgeoisie immer willige Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Was eine Macht zur Befreiung der Arbeiter ist, soll als eine Macht zur Unterdrückung der Arbeiter angewandt werden. Wenn aber die Gewerkschaften sich zu dieser Rolle nicht hergeben, dann will das „Berliner Tageblatt“ sie „als ein Uebel beseitigen“, das heißt will der fortschrittlichste Feind jedem Anhebungsversuch der Reaktion freudig zustimmen.

Die bürgerlichen Autoren lernen Disziplin nur als den stummen militärischen Gehorsam. Bei uns ist sie jedoch die freiwillige Unterordnung des Einzelnen unter die Gesamtheit. Zwangsmassnahmen zur Erzwingung des Mehrheitswillens ergreifen wir nicht; die Arbeiterklasse muß durch die Erfahrungen des Kampfes zu dieser Beherrschung des eigenen Willens, zu dieser Unterordnung des Triebes unter die Vernunft herantreiben. Es würde in dem Gedankenkreis einer herrschenden Klasse passen, zum rohen Zwang zu greifen, wo diese freiwillige Disziplin noch nicht genug ausgewachsen ist. Aber es paßt nicht in dem unserigen. Um so mehr als wir bei allem Bedauern über die Haltung der Nieter, uns nicht zu einer moralischen Verurteilung aufzwingen können.

Moralisch hat ein streikender Arbeiter immer Recht. Die Lage der Arbeiter, auch der bestentlohten, ist verglichen mit dem, was sie bei der heutigen Entwicklung der Produktivkräfte beanspruchen können, so elend und dürftig, daß wir jeden Versuch, ihre Lebenshaltung zu verbessern, sympathisch begrüßen, und hoffen, daß sie die Kraft zur Erreichung dieses Zieles finden. In diesem Sinne fand der Zustand der Stettiner Nieter bei der ganzen Arbeiterschaft Sympathie. Aber etwas anderes ist es, daß ein solcher Kampf nicht immer vernünftig ist. Die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung besteht darin, daß die Arbeiter sich eine vernünftige Kriegsführung einüben, den Zrieb zum Kampfe unterdrücken, wenn er keine Erfolge verspricht, und bis zu einer günstigeren Zeit ausharren. Nur in diesem Sinne haben die Nieter unrecht, daß sie sich nicht den Ratschlägen erfahrener Kameraden fügten, sondern unter ungünstigen Verhältnissen kämpfen wollten, wo die Feinde den Arbeiterorganisationen durch ihre ungeheuerliche Aussperrungstaktik empfindlich Schaden bereiten können.

Wenn es darüber zwischen den Nietern und ihren Kollegen sowie den Organisationsleitungen zu ersten Bestimmungen gekommen ist, sollen die Feinde sich darüber keine verkehrten Vorstellungen machen. Die Arbeiterklasse, die ganze Gewerkschaft steht in den Ausständigen immer Kameraden, Brüder, natürliche Freunde, in der ganzen Kapitalistenklasse mit ihrer reaktionären wie ihrer „fortschrittlichen“ Presse dagegen ihre natürlichen Feinde. Um so verächtlicher wird sie über die Versuche dieser Presse, die einen gegen die anderen zu verhetzen, die Achsel zucken, als der ganze Bruderstreit sich nur darum drehte, in welcher Weise der Kampf gegen diesen Feind mit den besten Erfolgen zu führen ist.

Vollends eine elende Feindschaft ist es, wenn dasselbe fortschrittliche Organ über den Mangel an Solidarität der Nieter ihren Kollegen gegenüber jammert, die durch ihre Schuld ausgesperrt werden. Die ebenso brutale wie sinnlose Aussperrung seitens der Unternehmer wagt diese Presse nicht zu rügen; sie ist für sie offenbar ein Stück sittlicher Weltordnung und als unabänderlicher Ratsschluß Gottes demütig und ohne Kritik hinzunehmen. Das stimmt ja auch ganz zu dem Verhältnis, in dem die bürgerliche Presse zu der Kapitalistenklasse steht. Wenn sie aber zugleich etwas über die politische und soziale Unreife der Arbeiter faselt, die sich in dem Eigeninn der Nieter zeigt, so können wir ihr zurufen: Seien Sie froh, meine Herren, daß die Arbeiter noch so unreif sind! An dem Tage, wo die große Masse der Arbeiterschaft diese Unreife überwinden haben wird, ist es mit Ihrer Herrlichkeit und Herrschaft aus!

Wenn die bürgerliche Presse die Hoffnung hat, die Gewerkschaften werden sich zu einer Polizeitruppe für die bürgerliche Ordnung entwickeln, so wird sie die Erfüllung dieser Hoffnung nicht erleben. Die Erbitterung der Arbeiterklasse wird sich nicht gegen ihre starkspinnigen Kameraden, sondern in erster Linie gegen die brutale aussperrungsklüsterne Kapitalistengesellschaft richten. Wenn der Bruderstreit wieder aus der Welt ist, wird mit der besseren Einsicht auch eine größere Empörung gegen den Kapitalismus, eine größere Kampfbereitschaft die bleibende Folge sein.

Vom Katholikentage.

Düsseldorf, 16. August.

Man muß es den Merkmalen lassen, sie verstehen sich auf die Regie von Massenschauspielen, die der höheren Ehre des Merkmalismus gelten. Düsseldorf ist keine so ausschließliche oder hervorragende katholische Stadt wie Trier, Aachen oder auch Köln. Dennoch prangt Düsseldorf zu Ehren der 55. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, das hat die geschickte Regie erreicht, in einem Festes-

glanz, wie ihn prächtiger kein Katholikentag vorher gesehen hat. Allerdings haben die städtischen Behörden dem ultramontanen Unternehmen ein Entgegenkommen erwiesen, das nichts davon verrät, daß Düsseldorf eine liberale Rathausmehrheit hat und das Zentrum gegenwärtig als oppositionell und antinational gilt. Die Graf-Adolfstraße, Düsseldorfs bedeutendste und schönste Geschäftsstraße, gleicht einem einzigen Triumphbogen; die Volkerstraße, die Heimat der Krämer in Lebensmitteln und Hausbedarf, steht in Lamengrün, aus dem rote Rosen hervorleuchten. Das Haus Nr. 63, in dem vor hundert und etlichen Jahren Heinrich Heine geboren wurde, nimmt durch eine rot-weiße Fahne an der Verherrlichung des Merkmalismus teil. Sein Besizer, ein hiederer Schlächtermeister, kündigt durch ein Plakat, das viel größer und orthographisch richtiger ist als die kümmerliche Heine-Gedenktafel am Hause, dem katholischen Volke an, daß er einen bedeutenden Preisabschlag auf seine Fleischwaren hat eintreten lassen. . . .

Wie üblich ist auch der Düsseldorfer Katholikentag durch einen Arbeiterfestzug eingeleitet worden. Ueber 500 Arbeiter-Gesellen- und Knappenvereine mit über 60 000 Festzugteilnehmern werden angehen; nach der Breite der Reihen und der Länge des Zuges zu urteilen, mag die Zahl stimmen. Rheinland-Westfalen ist die Heimat und das fruchtbarste Gebiet des katholischen Arbeitervereinswesens, und wenn es den Leuten so bequem gemacht wird wie in diesem Falle — 80 Etztröge brachten zu ermäßigten Preisen die Arbeitervereine von allen Richtungen zusammen und führten sie abends wieder heim — dann braucht man sich über das Zustandekommen des gewaltigen Festzuges nicht weiter zu wundern. Einen Tag durften die 60 000 rheinisch-westfälischen Arbeiter demonstrieren für des Zentrums Herrlichkeit; morgen steigen sie wieder in Arbeitsjoch, dessen drückende Schwere sich aller Festfreude und aller Begeisterung zum Trotz in jedermanns Haltung und Miene mit bitteren Zeichen ausdrückte. . . .

Dem Festzug folgten am Nachmittag einige Duzend Versammlungen für die Arbeiter. In der großen Festhalle richtete Kardinal Fischer, Erzbischof von Köln, eine Ansprache an die Versammlung. Er drückte im Herzen den 60 000 Arbeitern des Festzuges die Hand, versicherte sie, daß der Klerus ihr bester Freund sei und daß ihn, den Oberhirten, nichts so sehr gestreue habe, als daß an der Spitze eines jeden Arbeitervereins ein Priester marschiert sei — ein Wink für die christlichen Gewerkschaften, denen es der Herr Kardinal nicht vergehen kann, daß sie für ihre Organisation der Herren von der Klerise entbehren zu können glauben.

Die Festhalle lag am Abend im Glanze der jenseit des Rheins golden untergehenden Sonne. Auf dem geräumigen Plage ringsum wogte eine zahlreiche Menge; die nicht dem Innern zustrebten, ergingen sich in den Wirt- und Verkaufsbuden, deren Ertrag den finanziellen Hintergrund des Katholikentages bilden hilft. Lange vor dem Beginn der Begrüßungsversammlung war die weiträumige Halle, die 12 000 Personen fassen soll, voll besetzt. Vorträge von Musikkapellen und Sängerkörnern leiteten den Abend ein, dann begrüßte der Landrat Adams (Düsseldorf) die 55. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands und stellte ihre Verhandlungen in den Dienst der Jubelfeier des Papstes Pius X., der in diesem Monat sein fünfzigjähriges Priesterjubiläum begeht. Eine Reihe ausländischer Gäste: Bischöfe, Äbte, Prälaten, überbrachten die Grüße der Katholiken ihrer Länder. Besonders lebhaften Beifall erregte die Rede des Oberbürgermeisters Marg (Düsseldorf), der u. a. folgendes sagte:

„Als eine gewaltige Idee muß es angesehen werden, daß die menschliche Kultur aufzubauen sei auf religiöser Grundlage, daß die Ordnung der menschlichen Gesellschaft, ihre Bildung und Erziehung, ihre Wohlfahrt einzufügen sei dem religiösen Gedanken. Dieser großen Idee zu huldigen, ihr zum Siege zu verhelfen, ihren praktischen Einfluß zu erweitern, dazu sind auch die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands bestimmt. Seit 60 Jahren bestehen sie; sie haben angenommen an Äußerer, wie an innerer Bedeutung; sie verkünden lebhaft und mit Wucht das weitere und das nächste Programm einer so großartigen religiösen Vereinigung. Welche Fügung immer den Bestrebungen dieser Versammlungen beschieden sein mag — wer heute oder in Zukunft sich vorurteilsfrei außerhalb des Stromes stellt, der wird anerkennen müssen, daß eine an Bedeutung kaum zu übertreffende Aufgabe mit tiefem Ernste und auf tief sittlicher Grundlage zu lösen erstrebt wird.“

Nach der Stimmung des Begrüßungsabends zu urteilen, ist die katholische Volkseele für den glanzvollen Verlauf des gegenwärtigen Katholikentages genügend vorbereitet. Die „Kölnische Volkszeitung“ weiz zu melden, daß sich bereits 850 neue ständige Mitglieder angemeldet haben und außerdem schon 1350 Mitgliedskarten ausgegeben worden sind. Die nummerierten Damenplage der Festhalle sind — gerade wie im Zirkus oder im Theater — bereits sämtlich verlausht. Die Regie hat ihre Arbeit getan, das Spiel kann beginnen!

Die englischen Sozialisten und die deutsch-englischen Beziehungen.

London, 14. August. (Eig. Ber.)

Die Spannung zwischen den Regierungen Deutschlands und Englands hat auch in den Kreisen der Sozialisten Großbritanniens den Anlaß zu verschiedenen kriegerischen Spekulationen gegeben. Vor zwei Wochen veröffentlichte Genosse H. H. M. an einen Leitartikel in der „Clarion“, der verbreitetsten sozialistischen Wochenchrift Englands, in dem er auf die Gefahr eines deutsch-britischen

Krieges aufmerksam machte. Dann schrieb Genosse Blatchford, der Redakteur der „Clarion“, über dasselbe Thema und forderte die Arbeiterpartei auf, sich mit dieser Angelegenheit ernst zu beschäftigen. Hyndman und Blatchford gingen von der Voraussetzung aus, daß es die deutsche Regierung sei, die den Krieg vorbereite, um im günstigen Augenblick England zu überfallen.

Beide Artikel erregten viel Ansehen, da sie nach Ansicht zahlreicher Genossen die deutschfeindliche Hege förderten und wenig von Unparteilichkeit, Friedensliebe und Vertrauen in die internationale Arbeiterbewegung zeigten. Diese Empfindungen und Gedanken finden ihren Ausdruck in einem Artikel des Genossen Keir Hardie im „Labour Leader“ von heute, sowie in einem Artikel der sozialistischen „New Age“, des Organs des linken Flügels der „Fabian Society“. Keir Hardie geht vorerst, daß die Kriegsartikel, die gegenwärtig von der englischen Presse gegen Deutschland veröffentlicht werden, sehr ähnlich seien den Kriegsartikeln, die vor zehn Jahren gegen die Burenrepubliken veröffentlicht wurden. Hardie wirft Hyndman und Blatchford vor, daß sie ihre Argumente gegen Deutschland den gelben Zeitungen entnommen haben. Sie unterschätzen auch die Macht des internationalen Sozialismus und sehen die einzige Rettung in der Schaffung einer großen englischen Armee. Er fährt dann fort: „Angenommen, daß die Gefahr einer deutschen Invasion wirklich drohe. Was ist unsere Pflicht als Sozialisten und Arbeiter? Ist die deutsche Sozialdemokratie nur eine Scheinbewegung? Ist unsere Arbeiterpartei bedeutungslos? Sicherlich nicht! Als die Karaffoaffäre eine gefährliche Lage zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen hatte, was taten Jaures und Bebel? Hyndman weiß es; er wählte der Sitzung des Internationalen Bureaus bei, in der diese Frage zur Sprache kam. Die deutschen und französischen Sozialisten haben nicht nur im Interesse des Friedens gearbeitet, sondern sie haben auch die herrschenden Klassen der beiden Länder daran erinnert, daß ihnen ein Krieg gefährlich werden könnte. Sie ließen nicht das Gefühl aufkommen, daß ein Krieg „unvermeidlich“ sei. Solange man dieses Gefühl nicht aufkommen läßt, ist die Kriegsgefahr nicht groß. Aber was tun Blatchford und Hyndman? Sie scheinen sich zum Ziele gesetzt zu haben, dieses Gefühl der Unvermeidlichkeit eines Krieges zu erzeugen und somit die Kriegsparteien beider Länder zu stärken. Entspricht eine solche Arbeit den Ueberlieferungen des Sozialismus? ... Ja kann den deutschen Sozialisten und Gewerkschaften die Versicherung geben, daß Hyndman und Blatchford nur persönliche Ansichten vertreten. Die Arbeiterpartei ist für den Frieden. Wir sind bereit, mit den deutschen Genossen zusammenzuarbeiten, um die böswärtigen Pläne der Kriegshetzer zunichte zu machen. In wenigen Wochen senden wir eine Deputation von Arbeiterabgeordneten nach Deutschland. Sie gehen als Boten des Friedens und Wohlwollens. Wir können den Kriegsgeist töten, ehe er geboren wird. ... Bebel mit allen deutschen Genossen unsere Hand der Freundschaft. Hoch die internationale Solidarität der Arbeiter! Wieder mit dem Kriegsgeist!“

Einen nicht minder scharfen Protest gegen die Artikel Hyndmans und Blatchfords enthält die „New Age“. Sie rednet vorerst mit Blatchford ab, der sagt während des Burenkrieges ins patriotische Horn stieß, und sagt dann, Deutschland rüste gerade so wie England. Noch mehr: die englischen Rüstungen seien umfangreicher, so daß die deutschen Kriegshetzer ein größeres Recht hätten, auf die deutschfeindliche Politik Englands hinzuweisen. Das ganze sei Söllentwerk, das von Sozialisten zunichte gemacht, aber nicht gefördert werden sollte. Wenn schon Männer wie Hyndman und Blatchford, die die Arbeiter gegen selbstmörderische Kriege warnen sollten, sich der Kriegsmeute anschließen, so haben wir ein Recht, auszurufen: „Wir sind verraten!“ Der Artikel setzt dann weiter fort: „Hyndman hat die Friedenspolitik des Internationalen Bureaus verlassen und sich den politischen Brandstiftern der Jingo's angeschlossen. ... Die deutsche Sozialdemokratie führt einen schweren Kampf gegen den Militarismus und den Imperialismus der Bismarckischen Ueberlieferung. Und die englische Sozialdemokratie fällt ihr in den Rücken. ... Wir stehen Hyndman und Blatchford an, ihre Hände aus dem Spiel mit Schießpulver zu lassen, mit dem sie dem Fortschritt der Menschheit unberechenbaren Schaden zufügen. Blatchford forderte die Arbeiterpartei und die Friedensfreude auf, Nicht zu schaffen. Wir antworten: das Nicht des Sozialismus und der Demokratie wird hell brennen, wenn die Arbeiter Englands und Deutschlands zusammenhalten. Wer für den Krieg steht, ist ein Verräter der Arbeiter.“

Die Bestie im Menschen.

In der Stadt Springfield im nordamerikanischen Bundesstaat Illinois hat der Regerhaß des weißen Herrenvolkes wieder einmal wilde Orgien gefeiert. Die engefesselte Bestialität begnügte sich nicht mehr mit dem landesüblichen

Zubodenwerfen eines einzelnen Opfers, sie heischte eine Regemelei großen Stils. Für die Verbüchere eines einzelnen mußten alle seine Rassenossen büßen, die den tobenden weißen Nächern in die Hände fielen. Eine regelrechte Jagd auf Schwarze ward eröffnet, ihr Eigentum wurde geraubt und zerstört, ihre Wohnstätten demoliert und verbrannt — das ganze Regerviertel dem Boden gleich gemacht. Drei Tage lang hat die Megelei gewütet. In einer Meldung des „Verl. Tagebl.“ vom 16. August heißt es:

Hunderter von Negern haben sich in die Nachbarrorte begeben, um eine Armee der Schwarzen zu organisieren, die dann gegen Springfield marschieren soll. Auf die Nachricht von diesen Bemühungen ließ der Gouverneur mitteilen, daß gegebenenfalls 10 000 Soldaten in die Stadt verlegt werden würden.

Leider muß konstatiert werden, daß die Soldaten häufig selbst mit dem Mob, den nach Opfern für die Synajustiz gelüftet, fraternisieren, so daß einige Soldaten entwaffnet werden mußten. Bald darauf mußte auch der Kriegs-gu stand erklärt werden.

Das schüchtere den Pöbel aber keineswegs ein, auch nicht, als Kanonen an den wichtigsten Punkten aufgestellt wurden. Es machten sich einige Weiße aus dem Pöbel direkt auf die Suche nach einigen verkommenen Negern, um sie zu lynchen. Die Regier flohen in ein Wirtshaus und von dort unter der Beihilfe des Gastwirts nach dem Nachbarrort Floria. Zur Strafe für seine Beihilfe wurde der Wirt von den betrunkenen Weißen niedergeschossen. ... Dies alles trug sich 500 Schritte von dem Hause zu, in dem Lincoln den Negern die Bürgerrechte gab.

In den ersten Morgenstunden des heutigen Tages kam das 4. Infanterieregiment an. Inzwischen hatten aber die Orgien angebauert und die Zahl der Opfer sich vermehrt. 7 Regier und 7 Weiße sind tot, man zählt über 100 Schwerverwundete.

Allmählich konnten im Laufe des heutigen Tages die Regier, die den Schutz des Militärs suchten, mit einem Skordon umgeben werden.

Ueber die Vorgänge des Sonntag sagt ein Telegramm des „Tag“:

Der Aufbruch ist in Springfield von neuem ausgebrochen. Ein achtzigjähriger unschuldiger Regier wurde von dem Mob gehängt. Die Menge versuchte, das Zeughaus zu stürmen, in dem die Schatzen von den Truppen bewacht wurden. Sie wich erst, als Kavallerie anrückte und scharfe Salven abgegeben wurden. Alle Regier sind entflohen oder unter Bedeckung nach anderen Städten transportiert worden. Ueber Springfield ist der Belagerungsstand verhängt worden. Die Stadt wird von dreitausend Soldaten bewacht.

Es sind gräßliche Bilder, die diese Telegramme entrollen. Die Bestie im Menschen hat sich in wildem Rasen ausgelobt. Der unselbige Rassenhaß hat Menschen in reizende Tiere verwandelt.

Die angebliche Vergewaltigung einer weißen Frau durch einen Regier ist, wie gewöhnlich, der Vorwand der Megelei gewesen. Die angebliche, denn oft genug hat sich in solchen Fällen hinterher herausgestellt, daß die Beschuldigung zu Unrecht erhoben wurde. Aber selbst wenn die Anklage in diesem Falle zutrifft, welche ungeheuerliche Verwilderung der Rechtsbegriffe gehört dazu, daß eine ganze Bevölkerung für das Verbrechen eines einzelnen verantwortlich gemacht wird! Zumal die weiße Bevölkerung der Union allen Grund hat, an ihre eigene Brust zu schlagen und zu bekennen, daß ihre Unterlassungsünden den größten Teil der Schuld daran tragen, wenn Intellekt und Moralität der Schwarzen nach mehr als 40 Jahren seit der Sklavenbefreiung auf niedriger Stufe stehen geblieben sind. Aber diese Niederhaltung der Regier in Unwissenheit und Unkultur entspricht den Interessen der südstaatlichen Kapitalisten, die billige, bedürfnislose Arbeiter brauchen. Ganz besonders traurig, wenn auch erklärlich, ist es, daß das weiße Proletariat zu einem großen Teile noch nicht zu erkennen vermag, daß seine Interessen eine Hebung der Kultur des Regers erheischen, daß es Selbstmord begeht, wenn es wider die schwarzen Klassengenossen wütet. Solange die Regierleben dauern, solange haben die Kapitalisten des Südens alle Veranlassung, sich die Hände zu reiben.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 17. August 1908.

Gerlach für die sozialdemokratische Einigkeit.

Es ist noch nicht allzu lange her, daß Herr v. Gerlach aufs emsigste beklüßte war, die Sozialdemokratie auseinander zu locken. Herr v. Gerlach rechnete damals noch damit, daß es möglich sei, Liberalismus und sozialistisches Proletariat an einem Strang zu spannen. Seitdem hat Herr v. Gerlach es erleben müssen, daß der Liberalismus sich nicht nur immer mehr der Reaktion

näherte, sondern sogar die Handvoll ehrlicher bürgerlicher Demokraten zur Tür hinaus komplimentierte. Vom Zusammengehen zwischen Liberalismus und dem sozialistischen Revisionismus kann also keine Rede mehr sein.

Im Gegenteil. Herr v. Gerlach warnt dringend vor einer Spaltung der Sozialdemokratie. Er schätzt offenbar die bürgerliche Demokratie und den Revisionismus als politische Faktoren so niedrig ein, daß er selbst von einer Addition dieser politischen Kräfte nichts erwartet. Er rechnet nicht mehr mit einer Spaltung der Sozialdemokratie, sondern beschwört den Revisionismus, geduldig innerhalb der Partei auszuharren, selbst auf die Gefahr hin, daß er in Nürnberg unterliege. Denn schließlich sei ja doch der Endsieg des Revisionismus ungewisselhaft:

„Die Hauptsache aber bleibt: die Einigkeit und Geschlossenheit der Sozialdemokratie. Jede Spaltung der Partei in einen vorgeführten sächsischen und einen rückständigen norddeutschen Teil wäre ein Verhängnis für die innere Entwicklung Deutschlands. Wilde Hoffnungen regen sich bereits bei allen reaktionären Blodelementen. Von einem „unüberbrückbaren Miß“ träumt die „Freisinnige Zeitung“. Das könnte zu passen. Die Reaktion hätte gewonnenes Spiel, wenn die Sozialdemokratie in zwei einander bekämpfende Hälften zerfiel. Die bürgerliche Demokratie sieht natürlich mit all ihren Sympathien auf Seiten der Süddeutschen. Aber wichtiger noch als der Erfolg der süddeutschen Partei muß ihr der Wunsch sein, die gewaltige Stoßkraft der Sozialdemokratie unvermindert erhalten zu sehen. Ohne sie kann die Reaktion nicht niedergedrungen werden.“

Legt der Radikalismus in Nürnberg, so müssen die Süddeutschen sich fügen. Es ist ja doch nur ein Pyrrhusvictorie. In dem ewigen Kampf zwischen Radikalismus und Revisionismus ist der Endsieg des Revisionismus ungewisselhaft. Darum kann er Geduld haben.“

Herr v. Gerlach hätte sich diesen Rat wirklich sparen können. So leicht geht die Einheit der Partei denn doch nicht aus dem Leim; gründet sie sich doch nicht auf die persönlichen Wünsche einer Handvoll Führer, sondern auf die eiserne Notwendigkeit der politischen und sozialen Wirklichkeit! —

Das alte agrarische Lied.

Die Agrarier haben mit ihrer rücksichtslosen Interessenpolitik und mit der Befolgung des Rates des Herrn v. Rupprecht-Mansken: „Schreien wir, schreien wir!“ zweifellos große Erfolge erzielt und sie handeln auch jetzt, nachdem ihnen durch den Jostarif eine große Deute in den Schoß gefallen ist, unentwegt nach diesem Rezept.

In diesem Sinne ist auch der Jahresbericht über die Landwirtschaft im Königreich Sachsen, herausgegeben vom Landes-„Kulturrat“, gehalten. Die sächsischen Agrarier, die in diesem sogenannten „Kultur“rat natürlich die erste Geige spielen, stehen ihren ostelbischen Vettern an Unverschämtheit und rücksichtsloser Interessentretzung zum mindesten nicht nach. Davon legt der schon erwähnte Bericht sehr lebhaft Zeugnis ab.

Man muß zwar zugeben, daß sich die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft im allgemeinen „etwas“ gebessert habe; erfreulicherweise hätten, was die Bewertung der meisten Erzeugnisse anlangt, sich die Verhältnisse befriedigend gestaltet; dann aber noch diesen mit allen Einschränkungen gemachten Zugeständnissen wird das alte Lied abgeleiert: die Schlachtviehpreise seien durchschnittlich niedriger gewesen wie im Vorjahre, besonders in den Schweinepreisen. Und wenn auch in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres die Preise etwas angezogen hätten, so hätten doch die alten Durchschnitts- (Zenerungs- D. Red.) Preise nicht wieder erreicht werden können. Die Preise für Kraftfuttermittel seien erheblich gestiegen; die Rentabilität der Viehhaltung hätte eine Einbuße erlitten.

Dagegen müsse man anerkennen, daß das Gesamtergebnis der Ernte und die Preise dafür erheblich gestiegen seien; jedoch stehe der Reingewinn nicht im Einklange zu den erhöhten Einnahmen. Vor allem wird in dem Bericht gewaltig über die „Arbeiternot“ gellagt. Natürlich verstehen die Agrarier unter diesem Ausdruck nicht die Not der Arbeiter, sondern den Mangel an Arbeitern. Natürlich wird auch wieder das alte Lied von den „gestiegenen Löhnen“ gesungen und vom „Kontraktbruch der Arbeiter“, besonders auch der ausländischen. Es heißt darüber:

„Ohne sichtbaren Anlaß (!) verlassen die mit großen Kosten beschafften Leute ihre Arbeitsstätte oft gerade in der arbeitsreichsten Zeit, in der die Beschaffung von Leuten außerordentlich schwierig und wenn überhaupt, nur noch mit großen Kosten möglich ist. Die Beseitigung oder doch Verminderung der angegebenen Mängel wird dringend gefordert, wenn die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft in bezug auf die Erzeugung der notwendigen Lebensmittel erhalten werden soll. Hieran hat aber nicht nur die Landwirtschaft allein, sondern die Gesamtheit (!!) das allergrößte Interesse.“

und es wird zu Oberamts-, Amtsbezirks- und Amtshauptmannschafts- parteien kommen. Breuen wird selbstverständlich auch hier wieder zurückbleiben, da seine Kreise immerhin ziemlich groß sind und die Kreispartei, die tausend und mehr Mitglieder zählen kann, notwendigerweise den Konfliktstoff in sich tragen muß, indem z. B. ein in Rinnberg residierender Parteivorstand niemals die „ganz anders gelagerten“ Verhältnisse in Blankeneße wird übersehen und beurteilen können.

Ein Blick in die Zukunft, lieber Leser! Der „föderale“ Gedanke liegt in der Luft und es war darum höchst unvorsichtig, durch Fragen und durch Kritik an einzelstaatlichen Fraktionen einen „Nährboden“ für diesen Gedanken zu schaffen. Aber das kommt nur davon, daß nicht überall der nötige Respekt vor Abgeordneten vorhanden ist.

Du bist sehr im Irrtum, lieber Freund, wenn Du glaubst, ein Abgeordneter sei — von etwaigen persönlichen Vorzügen oder Nachteilen abgesehen — ein Mensch genau wie Du. „Wenn Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand“, sagt ein nrales deutsches Sprichwort, und ganz ungewisselhaft liegt ein wahrer Stern darin. Es mag ja vorkommen, daß die Ernennung zum Reichstagsmitglied sofort eine merkbare Steigerung der Intelligenz des Betreffenden zur Folge hat. Aber Ausnahmen bestätigen die Regel. Wenn ich im Schach meiner reichen Erfahrungen wähle, so stoße ich immer wieder auf die Tatsache, daß ein Mandat dem Menschen ein anderes, besseres Sehvermögen gibt, was man dann in vulgärem Volkstümlichkeit „höhere Gesichtspunkte“ nennt. Diese Tatsache enthält aber gar nichts Wunderbares, sie ist vielmehr psychologisch leicht zu erklären, nämlich durch das „Nüßen“. Jeder Mensch ist anpassungs- und entwicklungs-fähig, der eine mehr, der andere minder. Kommt er nun in den Besitz eines Mandats, so wird er Mitglied einer Fraktion. Nur mit ehrsüchtigen Schauern spreche ich dieses Wort aus! Fraktion — Sammelbecken aller staatsmännischen Weisheit, Jungbrunnen aller Taktik, Hauptquartier der „Erwägung“!

Stegmüller, der Vergessene, rief einst quer über den badischen Landtagsaal hinüber: „Dreesbach, wie wolle mer jetzt jätimme!“ Stegmüller in seiner schlichten Einfachheit hat nicht das Fraktionsgeheimnis, aber das Geheimnis der Fraktion enthüllt. Er wollte erfahren, wie die Fraktion über seine Stimme verfüge, die Fraktion, die „erwogen“ haben mußte.

Die Fraktion! Ein geheimnisvoller Nimbus umleuchtet sie und ihre Angehörigen. Man kann Leute zu den wichtigsten Funktionen wählen — sie ändern sich nicht, sie bleiben dieselben, sie debattieren mit jedermann das Warum und Wie; sie wissen, sie haben lediglich einen Auftrag. Aber der Abgeordnete hat ein Mandat, und dieses erschließt ihm die Pforten der Fraktion

Wir sind nicht so!

Neue Parlamentarierhymne im badisch-bayerischen Kammer-ton.

Wir sind nicht so, wie die Prinzip-Jeloten,
Die ewig halten an dem starren „Rein“.
Wir sind nicht so, wie die Programm-Jeloten;
Die Disziplin bleibt drüber aberm Rain.
Wenn jene trotzig Dornenspide geben,
Den schönen Kanapaz blöde übersehen —
Wir sind nicht so!

Wir sind nicht so! Warum denn stets verneinen?
Das „Ja!“ ist doch ein lieblich, freundlich Wort.
Warum in Kampfesrüstung nur erscheinen?
Ein leicht Gewand ist passlicher zum Sport.
Wenn die Jeloten stumm vorüberziehen,
Den Reigen mit Erlösnigs Töchtern schießen —
Wir sind nicht so!

Wir sind nicht so! Wozu denn immer großen?
Die eine Liebe ist der andern wert,
Und wenn wir gehen, was die Herren wollen,
Wird uns am Ende auch noch was besetzt.
Wenn die Jeloten auch bei ihrem starren
Und ewig unerschütterlichen „Rein“ verharren —
Wir sind nicht so!

Wir sind nicht so! Denn wer die Zeit begriffen,
Die Kera Wilow, wo in Schlamm und Schlein
Die scharfen Ranten werden abgeschliffen,
Der läßt die graue Theorie dahin.
Wenn die Jeloten d'rob sich auch enträsten,
Mit ihrem dummen Starrsinn sich noch brüsten —
Wir sind nicht so!

Wir sind nicht so! Wir können „Ja“ auch sagen,
Denn — Gott sei Dank! — wir alle sind modern!
Wir können uns mit aller Welt vertragen,
Und selbst Winkler haben uns d'rum gern.
Wenn die Jeloten keine Lust sich ginnen,
Weiß sie nicht nach der Weise tanzen können —
Wir sind nicht so!

So wäre die alte Mainlinie also wieder hergestellt. Nicht ganz korrekt zwar, denn die Hefen bleiben beim Rein. Aber die Badenfer

Es ist von jeher ein nicht ungehörter Schatzzug der Industriellen wie der agrarischen Interessengruppen gewesen, das „Allgemeine Interesse“ vorzuziehen, wenn es sich um ihre eigenen nachsten Profitinteressen handelte. In diesem Falle mochten sie bekanntlich eine Verschärfung der Kontrollstrafen, eine noch schärfere Festlegung des ländlichen Hörs, als wie es durch die famosen Gebührensordnungen schon geschieht. Die Verschärfung der Kontrollstrafen, die weitere Verschärfung der Freizügigkeit ist freilich das verkehrteste Mittel, um die Arbeiter an der Scholle zu fesseln. Sie werden dann noch weniger wie jetzt geneigt sein, sich in die Hörigkeit der Agrarier zu begeben.

Für den Ausschluß reif.

Die „Freisinnige Zeitung“ wacht emsig über die Reinheit nicht nur der Freisinnigen Volkspartei, sondern auch der Freisinnigen Vereinigung, die doch nur durch eine Fraktionsgemeinschaft mit der Freisinnigen Volkspartei verbunden ist. Auf die Nachricht hin, daß in Versammlungen der Demokratischen Vereinigung im kommenden Winter auch der Abgeordnete W. Hoff einige Vorträge zu halten bereit ist, schreibt die „Freisinnige Zeitung“:

„Dieser Herr setzt also das Spiel fort, das er im Frühjahr begonnen hat und agitiert in einer fremden Partei, der Demokratischen Vereinigung, gegen die eigene. Dr. Hoff ist nämlich immer noch Mitglied der Fraktion der Freisinnigen Vereinigung im Reichstag und gehört als solches auch der Freisinnigen Fraktionsgemeinschaft an.“

In gewissem Sinne hat übrigens die „Freisinnige Zeitung“ recht. Wer nicht für den Bloc unentwegt einzutreten gewillt und nicht für Suggestionen aus Norden empfänglich ist, gehört im Grunde nicht zur Freisinnigen Fraktionsgemeinschaft. —

Seelenrettung mit der Hohnadel.

Der Merkantilismus treibt seltsame Blüten. Bekannt ist, daß in den letzten Jahrhunderten die weißen Väter des Jesuitenordens lange tiefgründige Betrachtungen darüber angestellt haben, wie es möglich sei, den Fötus im Mutterleibe zu taufen, um seine Seele vor der Verdammnis zu retten. Jetzt ist das große Problem gelöst. Die in Ling a. Donau von den Professoren der bischöflich-theologischen Lehranstalt herausgegebene „Theologisch-praktische Quartalschrift“ 1908, Heft 2, S. 317, bringt, wie die „Zeit am Montag“ berichtet, aus der Feder eines Mediziners einen Aufsatz, dessen Titel also lautet: „Die Taufe im Mutterleib mittels der Hohnadel, eine neue Methode, auf einfache Weise ein Kind in utero gültig zu taufen. Für Seelsorger, christliche Ärzte und Hebammen.“

Das Vorwort versichert: „Die Arbeit verfolgt den Zweck, einer großen Gnadenquelle der katholischen Kirche noch mehr Zugang zu verschaffen, als dies bisher möglich war.“ Nämlich die bisher geübten Methoden, im Notfall dem Fötus in utero (im Mutterleib) die Taufe zu spenden, indem per vias naturales das Taufwasser auf den Fötus übertragen wurde, seien ungeeignet, sei es, daß man das Taufwasser durch den mit Wasser benetzten Finger oder mittels eines röhrenförmigen Instrumentes (Aureusspritze) auf den Fötus übertrage. „Mittels der Hohnadel kann nun von Mitte der Schwangerschaft an jedes im Mutterleib in Lebensgefahr schwebende Kind gültig getauft werden, was gegenüber den ganz unzulänglichen Nottaufverfahren, wie sie bisher bei Fötus nur in sehr beschränktem Maße geübt werden konnten, einen großen Fortschritt bedeutet, indem jetzt zahlreichen Kindern in utero die Taufgabe zugewendet werden kann, die sonst ohne Taufe zugrunde gehen müßten.“

Diese neue Methode nun „besteht in nichts anderem, als daß eine dünne Hohnadel durch die vordere Bauchwand der Mutter eingestochen und bis zum Fötuskopfe vorgeschoben wird“. Die Prozedur wird vom Verfasser im einzelnen beschrieben und dann von ihm untersucht, zu welchem Zeitpunkt zuerst diese Seelenrettung mit der Hohnadel vorgenommen werden könne. Er kommt zu dem Ergebnis, daß vor Mitte der Schwangerschaft die Taufe kaum in Betracht komme, da man vor dieser Zeit nicht wisse, ob die Frucht überhaupt lebe.

Es wäre schade, wenn der Verfasser hiermit seine Lösungen wichtiger kirchlicher Probleme einstellen wollte. Es gibt doch noch so viele andere wichtige Fragen zu lösen. Zum Beispiel das große Problem, welche Farbe die Haare am Schwanzende des Teufels Wirtu haben und ob dieser ehrfame Generalmajor der Teufel sich die Krallen nur monatlich oder häufiger schneidet. —

Ne priesterliche Weisheit kommt es über ihn; er fühlt sich emporgeloben über die Masse des Volkes, aber als edler Mensch loht er den Entschluß, im Verein mit den Gleichgestellten, also mit der Fraktion, das Beste dieses Volkes zu fördern, ob es nun Weisheit oder nicht. Natürlich das wohlverstandene Beste (wohlverstanden ist, glaube ich, ein Wort, das in den deutschen Sprechsprachen gleichzeitig mit dem Wort „Parlament“ kam), und was das wohlverstandene Beste sei, darüber entscheidet natürlich die Fraktion in ihrer immanenten Weisheit. Danach wird gehandelt, und niemand hat sich hineinzumischen. Und wenn nun gar mehrere Fraktionen zusammenzutreten und ihre Weisheit kombinieren — was sage ich? — miteinander multiplizieren, dann kommt ein Chimborasso von ... verblüffender Ueberlegenheit heraus.

Und niemand hat zu kritisieren! Das Volk der Genossen und Wähler hat lediglich zu bewundern!

Dummes Zeug, daß man Fraktionen durch Parteitagsheschlüsse binden will. Was sind denn Parteitagsheschlüsse? Eintagsfliegen! Sie erhalten einen Auftrag, führen diesen aus und versinken wieder in die große, dunkle Masse, nachdem sie Punkt für Punkt Rechenschaft abgelegt haben. Eine Woche sind sie zusammen, und jeder bringt den Erdgeruch der Organisation mit. Schon ehe sie sich der verslichtigt hat, müssen sie wieder auseinander. Es liegt auf der Hand, daß eine Versammlung dieser Art der Fraktion keine Vorschriften geben darf. Denn die Fraktion ist ewig; ob auch die Personen sich auflösen, der Fraktionsgeist bleibt, und dieser Geist heißt — Staatsmännlichkeit.

Das ist das Wort! Uns gewöhnlichen Menschen und Parteigenossen erscheint es unsahbar, daß man sagt: „Höre, Regierung, ich weiß zwar, daß du meine Wähler kooptierst, so viel du nur immer kannst; ich traue dir ganz und gar nicht. Aber dessen ungeachtet stimme ich dafür, daß du von meinen Wählern mehr Tribut erhebst, denn es wäre mir unsagbar peinlich, wenn du deinen Gendarmen und Staatsanwälten und Richtern nicht durch eine Gehaltssteigerung den Wüstenfieber füllen könntest.“ Wie gelogt, uns ist das unsahbar. Aber wer staatsmännisch veranlagt oder fraktionell erleuchtet ist, der sieht über seine Rollenpyramide hinaus und lächelt in der frohen Zuversicht, daß Gendarmen und Staatsanwälte und Richter nächstens — sozialdemokratisch werden.

So höhlt man den Klassenstaat aus, indem man sein Skelett, die Bureaucratie, durch roten Phosphor der Retskole weicht.

Wenn es mir nicht gelungen sein sollte, die Notwendigkeit und Folgerichtigkeit des Jagens zu betreiben, dann liegt es an meinem Mangel, nicht an meinem Willen. Für alle Fälle bitte ich im voraus um Entschuldigung, namentlich auch, wenn ich etwa den rechten ehrenrührigen Ton trotz meiner heißen Bemühungen nicht getroffen haben sollte.

„Hamburger Echo“.

Die Arbeitslosenversicherung im bayerischen Landtage.

Unsere Genossen im bayerischen Parlament verlangten im Februar dieses Jahres in einem Antrag von der Regierung einen Gesetzentwurf, nach dem Gewerkschaften, die bei eintretender Arbeitslosigkeit ihren Mitgliedern statutenmäßig Unterstützung gewähren, Staatszuschüsse erhalten. Bei der Beratung wies seinerzeit Genosse Simon darauf hin, daß einige Staaten, vor allem Dänemark und Frankreich, in dieser Frage bahnbrechend gewirkt haben. Der christliche Arbeiterführer Oswald spielte sich bei dieser Gelegenheit wieder als freiwilliger Regierungsdirektor auf und verlangte zur Ueberwindung seiner eigenen Fraktionsgenossen, den Antrag abzulehnen. Die Regierung selbst zeigte mehr soziales Verständnis, denn sie gab zu, daß das Problem der Arbeitslosenversicherung einer Lösung entgegengeführt werden müsse. Die Liberalen erblickten in dem Antrag einen Organisationszwang und beantragten daher Ueberweisung an den 10. Ausschuß, was auch mit großer Majorität beschlossen wurde.

Am letzten Tage der diesjährigen Session erstattete der Ausschußreferent, Graf Pestalozza, nach Bericht. Er vertat die Auffassung, daß Bayern im Hinblick auf die „bleiern Schuhschölen, auf denen die Reichsregierung bei gesetzgeberischer Inangriffnahme sozialer Probleme nun einmal gewohnheitsmäßig gehe“, in dieser Frage etwas tun müsse. Dem sozialdemokratischen Antrage könne aber nicht stattgegeben werden, da die Verhältnisse noch nicht gereift seien. Um der tieferen Tendenz des Antrages aber Rechnung zu tragen, beantrage der Ausschuß:

1. Die Herleitung einer ganz Bayern umfassenden fortlaufenden Arbeitslosenstatistik baldigst in Angriff zu nehmen;
2. Ihre auf den Ausbau und die Zentralisierung des Arbeitsnachweises gerichteten Bestrebungen fortzusetzen;
3. bei den größten bayerischen Stadtgemeinden die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung nach Venter System für ihre Gebiete anzuregen.

Der sozialdemokratische Antrag fiel trotz nochmaliger Begründung, worauf die Ausschüßanträge einstimmig Annahme fanden. —

Proletarische Friedensdemonstrationen.

Die Vertreter der englischen Arbeiterpartei haben kürzlich eine Resolution gegen die Kriegsheerei gefaßt, welche allgemein bekannt geworden ist. Jetzt nimmt nun das englische Parlamentsmitglied, Genosse Macdonald, das Wort zu der Frage einer sozialdemokratischen deutsch-englischen Friedensdemonstration. In der heute erscheinenden Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ schildert er die Kriegsheereien in Deutschland und England, die er auf die unablässigen Flottencüstungen zurückführt; er fordert energischen Protest, der aber von beiden Ländern, und zwar von Organen erhoben werden müsse, welche große organisierte Parteien und Strömungen hinter sich haben. Er fährt fort:

Von diesen Erwägungen ausgehend, haben die Mitglieder der Arbeiterpartei im englischen Parlament beschlossen, wenn es den deutschen Genossen angenehm ist, im nächsten Sommer schon Deutschland einen freundschaftlichen Besuch abzustatten. . . Wahrscheinlich würden 20 von uns für eine Woche oder zehn Tage nach Deutschland kommen können. Wenn unsere deutschen Parteigenossen eine solche Reise für nützlich halten, wir stehen ihnen zur Verfügung. Wir, zu unserem Teil sind der Meinung, daß eine solche Demonstration freundschaftlicher Gesinnung zwischen den Vertretern der deutschen und englischen Parteien den besten Eindruck auf die öffentliche Meinung in Großbritannien machen würde; und wenn unserer Deutschlandreise ein Besuch Englands durch Vertreter der deutschen Sozialdemokratie vorhergehen oder folgen würde, so würde das den Eindruck nur noch mehr verstärken. . . Der Erfolg wäre um so sicherer, wenn die Bekräftigung brüderlicher Gesinnung zwischen den parlamentarischen Vertretern beider Länder stattfände; der Parteitag in Nürnberg möge sich der Sache annehmen.

Ob mein Vorschlag nun gut oder schlecht ist — schließt Macdonald — jedenfalls muß etwas geschehen. Wir wandeln am Rande des Abgrundes. —

Die Besoldungsreform.

ist, wie die „Vossische Zeitung“ mitteilen kann, fix und fertig. Die Unterstaatssekretäre und die Ministerialdirektoren erhalten Gehaltszulagen, die Regierungspräsidenten dagegen erhöhte Repräsentationsgelder. Verschiedene Regierungspräsidenten erhalten heute bereits Repräsentationsgelder, die 25 Proz. ihres Gehaltes ausmachen. Die Regierungsräte steigen im Gehalt bis auf 7200 M. — Ueber die Art der Aufbesserung der mittleren und unteren Beamten verlauteit leider nichts und doch wäre es schon deswillen nötig, die Besoldungsvorlagen bald zu veröffentlichen, damit diese Beamtenkategorien wissen, woran sie sind. —

Die Generalversammlung des deutschen Weinbauvereins.

beschloß in ihrer heutigen Tagung, folgende Anträge zu dem Weingesetz bei der Reichsregierung einzubringen:

Zu § 1 soll Wein — mit Rücksicht auf die alkoholfreien Flüssigkeiten — als ein alkoholisches Getränk gelten.

Zu § 2 wird die Deklaration des Rotweines vernichtet. Für § 2 wird deshalb folgende Fassung einstimmig angenommen:

Es ist gestattet, Wein aus Erzeugnissen verschiedener Herkunft oder Jahre herzustellen. Rot- und Weißweinschnitte müssen deklariert werden. Ein Verstoß mit Dessertweinen darf nicht stattfinden. Es gilt dies nicht für die Herstellung von Süßweinen, die unter ausländischen Namen wie „Portwein“ in Verkehr kommen.

Bei § 3 der Zusatz von Zucker zum Zweck der Verbesserung von Weinen, die einer Verbesserung bedürfen, ist gestattet; der Zuckergehalt darf aber keinesfalls mehr als 20 Proz. (ein Fünftel der Gesamtmasse) betragen. Die Zuckermenge darf nur in dem jeweiligen Erntejahr und nur bis 31. Dezember stattfinden. In bezug auf den Begriff „Weinbaugelände“ wird beschlossen, die Weinbaugelände groß zu wählen und auch die großen Städte in der Nähe miteinzubeziehen.

England.

Friedenskundgebungen und Kriegsanleihen.

Der Handelsminister Churchill hielt am Sonnabend in einer Bergarbeiterversammlung zu Swansea eine Friedensrede, worin er betonte, daß England sich vor Einsällen durch den Zweimächte-Standard seiner Flotte schütze. Zwischen England und Deutschland bestehe keine Kollision elementarer und hervorsteckend wichtiger Interessen. Dagegen würden beide Länder, die miteinander in lebhaftem Handelsverkehr stehen, durch einen Krieg schweren Schaden erleiden. Die Rede schließt mit den Worten: Es wird in Deutschland keine zehntausend Personen geben, die ein solches höllisches und verurtheiltes Verbrechen ernstlich in Betracht ziehen, und in England, glaube ich, nicht einmal so viel.

Hast gleichzeitig mit der Meldung von dieser Rede kommt eine andere, die von einer zwei Milliardenanleihe für Flottenzwecke berichtet.

Es lautet:

„Daily Telegraph“ erzählt, daß angesichts des Wetters in den Marineleistungen von der Regierung die Aufnahme einer Pondsanleihe im Betrage von einhundert Millionen Pfund Sterling (2 Milliarden Mark) entworfen werde. Mehrere Finanziers hätten es unternommen, diese Summe zum Nominale zu aufzubringen. Man glaube, daß durch diesen Plan einer Verzerrung des Budgets vorgebeugt werde. Eine einflussreiche Gruppe im Kabinet sei für den Plan, der mit der Erklärung, daß das Land den Zweimächte-Standard unter allen Umständen aufrecht erhalten werde, im Einklang stehe, eingenommen. „Daily Telegraph“ spielt auf einen Artikel der „Westminster Gazette“ vom 15. August an, in dem in vorläufigen Ausdrücken für die Annahme eines Anleiheplans plädiert wird, der allen Teilen klar vor Augen führe, wie England vorgehen werde, wenn die Lage auf anderer Seite unbenändert bleibe.

Die beiden Meldungen zeigen, daß sich die englische Regierung in der Aemette fühlt. Sie möchte Friedenspolitik treiben, die Rüstungen vermindern. Angesichts des geringen Entgegenkommens aber, das sie von Deutschland erfährt, und der infolgedessen um sich greifenden Befürchtung, daß England einen deutschen Angriff genötigt werden müsse, mag sie nicht den Anschein erwecken, als vernachlässige sie die Landesverteidigung. Die Meldungen sind eine dringliche Mahnung an Deutschland, die Hand zu einem vernünftigen Abkommen auf Einschränkung der Rüstungen zu bieten. Aber zu solch vernünftiger Politik sind die Herrschenden in Deutschland offenbar nicht fähig.

Türkei.

Das Programm des neuen Ministeriums.

Die türkischen Blätter veröffentlichten am Sonntag das Programm des Ministeriums. Es sieht zur Verringerung der Finanznot die Beschränkung der Beamtenzahl und Herabsetzung unverhältnismäßig hoher Gehälter vor. Weiter werden Ersparnisse im Militärdepartement verheißt; doch folgt der Nachsatz, daß der Staat zur Wahrung seines Ansehens einer tüchtigen Armee und Flotte bedarf. Da die Staatsdevisen ungenügend sind, sollen die Steuern zwar nicht erhöht, aber „reformiert“ werden. Sodann werden Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft, zur Verbesserung des Unterrichts, zur Heranziehung sämtlicher Bevölkerungsklassen zum Militärdienst und Reorganisation der Justiz angekündigt. Friedliche Beziehungen zum Auslande sollen gepflegt und versucht werden, die Konulargerichtbarkeit für die Ausländer abzuschaffen usw.

Auffällig ist, daß das Programm an wirtschaftlichen Reformen für die Bauernschaft und die Lohnarbeiterschaft so gut wie nichts enthält.

Rom, 17. August. Der türkische Völkshater erklärte gegenüber einem Journalisten, es sei absolut unrichtig, daß die türkischen Behörden die fremden Offiziere und Beamten, welche sich gegenwärtig in Mazedonien befinden, zu entlassen gedente. Die Lage dieser Beamten würde keinerlei Veränderungen erfahren.

London, 17. August. „Daily Mail“ meldet aus Konstantinopel, der Ministerrat habe beschlossen, das Gefängnis in Stambul niederreißen zu lassen und an dessen Stelle ein Parlamentsgebäude zu errichten.

Marokko.

Die Niederlage der Hafidisten.

Paris, 18. August. Ueber die Kämpfe des Raids Mtugi gegen die hafidistischen Raiballas wird noch weiter gemeldet: Mtugi verfolgte den Feind bis 10 Kilometer vor Marrakech und erbeutete Jelte, Geschütze, Pferde, Waffen und Munition. Die Hafidisten hatten 300 Tote und 500 Verwundete. Ihr Führer Traoui ist in die Berge geflohen. Sämtliche Stämme haben Mtugi Mannschaften gestellt. Von Marrakech sind 300 Mann mit sechs Geschützen unter Führung des Sohnes Glauis gegen Mtugi aufgebogen.

Abdul Affid lagerte dem „Matin“ zufolge nach den letzten Nachrichten aus Casablanca drei Begleitenden von Marrakech entfernt. Die Raids der Stämme, deren Gebiet Abdul Affid durchschritten hat, haben ihm starke Kontingente zur Verfügung gestellt und Geld geschickt. Mtugi soll schon in Marrakech eingedrückt sein.

Persien.

Die Abwürgung der Verfassung.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Teheran, daß der Schah eine Kommission berufen hat, die ein Wahlgesetz für das neue Parlament, aus Kammer und Senat bestehend, auszuarbeiten soll.

Wie aus anderen Meldungen hervorgeht, soll das neue zweipetliche Parlament die Konstitution einer geschlechtlichen Körperschaft sein. Das neue Wahlgesetz wird ein äußerst reaktionäres Gebilde sein, und außerdem soll dem Parlament nur beratende Stimme eingeräumt werden. —

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Sozialdemokratische Partei Hamburgs. Dem faeben herausgegebenen Jahresbericht der vereinigten Vorstände der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs entnehmen wir folgende Angaben: Am den Parteigenossen gute sozialistische Literatur zugänglich zu machen, wurde der Beschluß gefaßt; in passenden Zwischenräumen Broschüren herauszugeben. Den Vorstand der Landesorganisation leitete der Gedanke, im Laufe der Zeit eine kleine Bibliothek zu schaffen, die die trefflichsten, für die Allgemeinheit bestimmten, gemeinverständlichen Schriften unserer Theoretiker umfassen soll, und zwar in einer korrekten, gut ausgestatteten Ausgabe, bei systematischem Aufbau. Als erstes Heft erschien das „kommunistische Manifest“ mit Vorrede von Kautsky, als zweites „Das Erfurter Programm“ von Kautsky, während eine Laffaltesche Schrift mit einer Einleitung von Mehring in Vorbereitung ist. Weitere Schriften werden in Absänden von drei Monaten erscheinen. Außer den genannten Schriften, die in einer Auflage von je 20 000 verbreitet worden sind, gelangten zahlreiche andere Broschüren und Druckchriften zur Verbreitung, insgesamt über 120 000 nebst Flugblättern in einer Gesamtauflage von 929 000. — Die Frage der Jugendorganisation ist unter Zustimmung von Partei und Gewerkschaften in der Weise gelöst worden, daß alle Richtungen sich in den an den Fortbildungsvereine angegliederten Jugendabteilungen zusammenschließen haben. Die auf Anregung der Kommission ins Leben gerufene, monatlich einmal erscheinende Jugendbeilage zum „Hamburger Echo“ bietet den jungen Leuten geistige Anregung. — Die Gesamteinahme der drei Vereine beträgt 203 856,50 M., davon an Beiträgen 140 874,80 M., so daß an die Hauptkasse in Berlin hätten abgeführt werden müssen 28 149,96 M. Es wurden aber abgeführt 125 000 M., außerdem 5488,18 M. für die Landtagswahlen in Breußen. Die Zahl der politisch Organisierten beträgt 34 951, darunter 3939 weibliche, gegen 32 929 im Vorjahre. An die Fortbildungsvereine wurde ein Zuschuß von 3015 M. geleistet. Das Parteiorgan erscheint in einer Auflage von 60 000. — Die letzte Reichstagswahl hat gezeigt, daß auf dem Lande noch recht viel Agitationsarbeit zu leisten ist. In den Hamburger Landgemeinden ist unsere Stimmenzahl zwar von 5432 auf 6113 gestiegen, aber trotzdem bleibt noch viel zu tun übrig. Mit der Herausgabe des „Hamburger Landboten“ hat die Landesorganisation einen glücklichen Griff getan. Dieses monatlich erscheinende Blatt wird in 18 200 Exemplaren mit Aus-

nahme der Stadt Bergedorf auf dem ganzen Landgebiet und im Hafen verbreitet. Die Erschwerden zur Hamburger Bürgerschaft, dem Landesparlament, brachten uns zwei weitere Mandate, so daß unsere Fraktion 21 Köpfe stark ist. In den Hamburger Landgemeinden haben wir in Summa 30 Vertreter.

Die allgemeinen Arbeiten werden durch ein mit zwei Beamten besetztes Parteisekretariat geleitet und alle die Gesamtpartei Hamburg betreffende Fragen werden durch die Landesorganisation (Delegiertenversammlung) geregelt. Die Abrechnung der Landeskasse beträgt in Einnahme und Ausgabe 83 453,08 M.

Der 85 Seiten umfassende Jahresbericht enthält ein Bild regen Parteilebens. Wie die erwähnten Zahlen beweisen, geht es trotz wirtschaftlicher Depression, die namentlich an der Wasserfront stark in die Erscheinung tritt, rüstig vorwärts.

Eine Wahlkreis-Konferenz für den Reichstagswahlkreis Worms-Heppenheim fand am 16. August in Lampertheim statt. Vertreten waren 10 Orte mit 21 Delegierten, das Landeskomitee und die Parteizeitung. Nach dem Geschäftsbericht ist die Mitgliederzahl der Organisationen durch die schlechte Lage des Arbeitsmarktes etwas zurückgegangen. In Worms wurden bei der Kommunalwahl erstmalig 3 Mandate erobert. Zum Parteitag in Nürnberg wurde Genosse Engelmann delegiert. Die Zustimmung der badiischen und bayrischen Abgeordneten zum Budget wurde beglückt. — An den Landtagswahlen kann sich die Partei nur in Lampertheim beteiligen; in den anderen Kreisen sind nicht genügend Wahlmänner aufzutreiben — eine Folge des indirekten Wahlsystems!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

In die preussische „Freiheit“ ist Genosse Robert Albert von der Breslauer „Volkswacht“ am Sonnabend aus der „Kleinkauer Sommerfrische“ zurückgekehrt. Er durfte ihre Wohltaten auf Veranlassung Hirscherger Richter sechs Wochen lang genießen, weil er an der eigenartigen Behandlung eines wehrlosen Hundes durch einen Herrn Oberleutnant berechtigten Anstoß genommen und seinem Unwillen passenden Ausdruck verliehen hatte.

Gewerkschaftliches.

Unternehmerterrorismus.

Die Umgebung des kleinen Ortes Solnhofen zwischen Nürnberg und Ingolstadt, am Einbruch der Altmühl in den Jura, ist fast der einzige Fundort jenes weißen Staßkieses, aus dessen feinsten Abart die berühmten Lithographiesteine gewonnen werden. Die Unternehmer, die diese Produkte nach allen Weltteilen verschicken, haben eine Art Monopollage inne und sind sämtlich zu Reichtum gelangt, die Arbeiter dagegen befinden sich in den denkbar traurigsten Lage, weil sie sich lange allen Aufklärungsbestrebungen gegenüber als vollständig unzugänglich zeigten. Nachdem es endlich der modernen Gewerkschaftsbewegung nach vielen vergeblichen Anstrengungen gelungen war, in dieses Gebiet vorzudringen und einigermaßen Fuß zu fassen, erschienen auch die Christlichen, die sich vorher nie um diese Arbeiter gekümmert hatten, auf dem Plan und waren nunmehr aufs eifrigste bemüht, die Leute für sich zu angeln, wobei sie den größeren Erfolg hatten, da es sich um eine sehr fromme Gegend handelt. Trotz ihrer Stärke hat die christliche Gewerkschaft noch nicht das geringste für die Arbeiter zu bewirken vermocht. Die Unternehmer haben sich zu einem Verband der Lithographieindustriellen zusammengeschlossen, der jede wirtschaftliche Regelung der Lohnslaven in den Steinbrüchen durch terroristische Mittel zu unterdrücken sucht. Der Verband hat u. a. vereinbart, daß jeder Arbeiter, der ohne Erlaubnis seines „Brotherren“ das Arbeitsverhältnis löst oder als „mihliebig“ entlassen wird, von allen übrigen Betrieben bis zur Dauer eines halben Jahres ausgeschlossen bleibt. Gegen diesen Ausbürgerungsterrorismus haben die Christlichen nicht einmal einen schüchternen Versuch unternommen, der Steinarbeiterverband hat jedoch, um zu sehen, ob in Deutschland die Leibeigenschaft wirklich noch existiert, die Staatsanwaltschaft aufgefordert, gegen die übermütigen Terroristen einzuschreiten.

Inzwischen ist es wieder einmal zu einer der in diesen Betrieben so häufigen Explosionen gekommen; die Firma Pfeiffer u. Co. entließ einen Arbeiter, weil er den verlangten Maschinengehörten nicht mehr leisten wollte. Die Entlassung hätte für ihn eine sechsmonatige Aussperrung zu bedeuten. In spontan aufwallender Empörung legte der ganze Betrieb die Arbeit nieder, obwohl nur eine kleine Minderheit dem Steinarbeiterverbande angehört. Der Unternehmerverband hat jetzt die Generalaussperrung angedroht, wenn nicht am Montag die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen wird.

Berlin und Umgegend.

Bewegung der Expeditionsarbeiter.

In einer am Sonntag im Gewerkschaftshaus tagenden Versammlung der im Berliner Expeditions- und Verlagswesen tätigen Rollenführer, Begleiter, Mitfahrer und Bodenarbeiter erstattete Werner im Namen der Lohnkommission Bericht über den Verlauf der Verhandlung mit den Expeditoren über den am 18. Juli eingereichten Tarifentwurf. Redner zitierte die Ausführungen des Geheimrats Jakob (Vorherr) des Lokalvereins Berliner Expeditoren) nach dem aufgenommenen Protokoll wörtlich. Daraus geht hervor, daß auch die Expeditoren ursprünglich die Absicht hatten, den Tarif zu kündigen, dann aber nach reiflicher Überlegung davon abgekommen sind. In Rücksicht auf die abflauende Konjunktur sei es unmöglich, die gestellten Forderungen zu bewilligen. Selbst die Bewilligung eines Teils der Forderungen würde den Ruin der Expeditoren-Geschäfte herbeiführen. Die Expeditoren mühten deshalb jede Forderung abzulehnen. Sie seien jedoch bereit, falls die Arbeitnehmer die Kündigung zurücknehmen, in eine Verlängerung des jetzt bestehenden Vertrages zu willigen. Jedoch solle der Ablaufstermin nicht wie bisher der 1. September, sondern der 1. Januar oder der 1. April sein. Der Vertrag solle demnach bis zum 1. April 1911, also noch 2 Jahre und 7 Monate bestehen. Im Falle der Ablehnung dieses Vorschlages sollte sämtlichen Kutschern und Arbeitern zum 1. September dieses Jahres gekündigt werden. Nach einer aufgenommenen Statistik stellt sich der Lohn für 1404 in 42 Betrieben beschäftigte Kutscher und Arbeiter wie folgt: Von 554 Stadtkutschern erhalten 319 (57,6 Proz.) einen Lohn von 28 M. und 235 (42,4 Proz.) einen solchen von 25 M. pro Woche. Es erhalten 150 Bahnkutscher einen Lohn von 23 bis 26,50 M. pro Woche bei 11—15tägiger Arbeitszeit. Von 272 Bodenarbeitern erhielten 154 (57 Proz.) einen Lohn von 28 M. und 118 (43 Proz.) einen solchen von 24 M. pro Woche bei 11tägiger Arbeitszeit. Der Lohn für Stallleute beträgt 21, 22, 23, 24, 25 und in einzelnen Fällen bis 30 M. pro Woche. Die jugendlichen Mitfahrer beziehen einen Lohn von 12, 13, 14 und 15 M., über 18—21 Jahr alte 17—18 M. pro Woche. Die Arbeitszeit der letzteren beträgt ebenfalls 11—15 Stunden täglich. Seitens der Expeditoren ist darauf hingewiesen worden, daß die Kutscher allgemein auch noch Trinkgelde bekommen, und dadurch sich der Lohn derselben erhöht. Dagegen wurde seitens der Arbeitnehmer erwidert, daß die Trinkgelde hierbei gar nicht in Betracht gezogen werden könnten, da die meisten Kutscher wenig oder gar nichts verdienen. Im übrigen sei es unmöglich, mit den vorgeführten Löhnen bei den herrschenden Teuerungsverhältnissen auskommen zu können.

In der zum Teil recht lebhaften Diskussion sprachen sich sämtliche Redner gegen die Annahme des Vorschlages der Unternehmer aus. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß durch die Abänderung des Endtermins vom 1. September auf den 1. April die Position der Arbeitnehmer bedeutend verschlechtert wird. Im September ist stets ein flottes Geschäftsgang zu verzeichnen, während derselbe im April bedeutend ruhiger und für etwaige Lohnkämpfe der Arbeiter bedeutend ungünstiger ist. Die Abstimmung ergab die einstimmige Ablehnung des von den Unternehmern gemachten Vorschlages. Auch wurde ein weiterer Vorschlag der Kommission einstimmig abgelehnt, welcher besagt, daß die Kündigung unter der Voraussetzung zurückgenommen wird, daß der alte Vertrag auf ein Jahr, und zwar bis zum 1. September 1909, in Geltung bleiben soll. Die Kommission wurde beauftragt, erneut Verhandlungen mit den Unternehmern nachzusuchen.

Der Kantinenhohlot bei Schwarzkopff

dauert fort. Eine Betriebsversammlung des Werkes Schwarzkopff (Waldau) beschloß sich am Donnerstag mit dem Vorkott, den die Arbeiter dieses Werkes vor einiger Zeit über die Kantine und das Kasino dorthin verhängt hatten. Dem Bericht eines Kommissionsmitgliedes zufolge ist die Direktion jetzt noch nicht in der Lage, eine bindende Erklärung betreffs der Krankenunterstützung zu geben, da sie noch damit beschäftigt sei, die rechnerischen Unterlagen für diese Unterstützung zu beschaffen. Der Antrag, wonach jeder Arbeiter nicht mehr als zwei Flaschen Bier mit in die Fabrik bringen dürfte, ist dahin geändert worden, daß jetzt keine Kontrolle mehr darüber besteht. In der Diskussion wurden die verschiedenen unannehmbaren Meldungen über den Vorkott in zwei bürgerlichen Blättern („Berliner Volks-Zeitung“ und „Das Deutsche Wort“) in scharfer Weise kritisiert. Auch das Verhalten einiger „Auch“-Kollegen, die es trotz des Beschlusses der übergroßen Mehrheit doch noch fertig bringen, Kantine und Kasino zu benutzen, wurde einer abschälligen Kritik unterzogen. Nach längerer Diskussion wurde ein auf Fortführung des Vorkotts gestellter Antrag einstimmig angenommen.

Deutsches Reich.

Nach dem Rieterstreik.

Wie uns aus Stettin gemeldet wird, haben sich gestern (Montag) früh sämtliche Rieter des „Vulkan“ wieder auf dem Werk eingefunden und wurden von der Direktion auch eingestelt. Die Stettiner elf Firmen der Eisenindustrie, die sechzig Prozent ihrer Arbeiter aus Anlaß des Rieterstreiks ausgesperrt hatten, haben daraufhin die Aussperrungen sofort aufgehoben und ihre Betriebe wieder für alle Arbeiter geöffnet. Damit ist in Stettin jetzt voller Friede!

König Hehe.

Von der bestehenden Krise ist die Glasindustrie Deutschlands in großem Umfange in Mitleidenschaft gezogen worden. Das Unternehmertum gehört zu den bestorganisierten der Welt. Allgemein kapitalträchtig und ebenso rücksichtslos und brutal. Besonders ist es der Ring der deutschen Flaschenfabrikanten, der es verstanden hat, fast alle Betriebe unter seiner Flagge zu vereinigen. Unter allen Betrieben sind es vornehmlich die der Aktiengesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedr. Siemens, in welchen durch das brutale Vorgehen der Vorgesetzten die Glasarbeiterschaft ungemein schwer zu leiden hat. Seit vielen Jahren wehren sich die im Glasarbeiterverband organisierten Flaschenmacher mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Unterdrückungspolitik dieser Werke. Als die Arbeiterschaft einsah, daß die Verhältnisse sich immer mehr zuspitzen, verhängte sie, mit Einverständnis des Vorstandes des Zentralverbandes der Glasarbeiter Deutschlands, über die Betriebe der Aktiengesellschaft vorm. Friedr. Siemens die Sperre. Diese Sperre hat sehr gut gewirkt. Von den in Dresden befindlichen 8 Oefen sind nur noch 3 im Betrieb. Die anderen mühten wegen Mangel an Arbeitern gelöst werden. Ebenso sieht es auf den anderen Werken der Firma aus. In Birges waren vor der Sperre circa 300 Personen beschäftigt, heute nur noch 175, und ähnlich so sieht es in Ißch und Döhlen aus.

Jetzt scheint der Ring der Flaschenfabrikanten einen Schlag gegen die verhaßte Organisation der Glasarbeiter im Schilde zu führen. Die gute Wirkung der Sperre hat dem Unternehmertum gezeigt, daß die Glasarbeiterschaft nicht gewillt ist, sich alles bieten zu lassen. Und da die Unternehmer einsehen, daß es die Organisation der Glasarbeiter ist, welche den Kollegen den Rücken steift, so versucht man jetzt, die Organisation zu schwächen, da man sie nicht ganz aus der Welt schaffen kann.

Innerhalb weniger Wochen sind auf einigen Glashütten große Entlassungen vorgekommen, und überall waren die Mitglieder der Ortsverbände darunter. Am 13. Juli d. J. kündigte die Glasfabrik in Oldenburg 49 verheiratete Glasmacher mit 128 Kindern und 17 ledigen. Schon am 4. August wurde weiteren 50 Glasmachern gekündigt. Das Vorgehen der Firma ist um so verwerflicher, als dieselbe in kurzer Zeit erst eine große Anzahl Glasmacher nach dort geholt hat.

Der Glasmacher ist in den meisten Fällen viel schlechter daran als die Arbeiter anderer Berufe. Wenn der Glasmacher die Arbeit verläßt, muß er dann bedeutet dies für ihn auch einen Wechsel seines Wohnortes. Mit allen seinen Möbeln muß er weiter wandern, mit großen Unkosten ist dies verknüpft, und daher kommt es, daß der Glasarbeiter selten aus dem Vorhof beim Unternehmer herauskommt. Unter solchen Umständen würde ein weniger rücksichtsloses Unternehmertum so leicht keinen verheirateten Arbeiter entlassen.

In den letzten Tagen sind nun seitens der Ringfirmen weitere Entlassungen vorgenommen worden. In Kienitz ist 50 Glasmachern gekündigt worden. In Bötzingen 48 Mann, darunter 28 Verheirateten mit 92 Kindern. Auch in Hensbüttel dauert die Aussperrung der gesamten Arbeiterschaft der Glashütte ununterbrochen fort. Alle Glasmacher, welche sich an den Arbeitsnachweis der Flaschenfabrikanten wendeten, bekamen Ueberweisung nach den gesperrten Siemenswerken, mit dem ausdrücklichen Hinweis in einigen Fällen, daß, solange die Sperre über die Siemenswerke besteht, keine andere Ueberweisung erteilt wird.

Daß der Glasförmige Hehe in der jetzigen Zeit nicht fehlt, lehrt folgendes: Die Aktiengesellschaft in Gerresheim, als deren Hauptmattador Hehe bezeichnet werden kann, hat die Glasfabrik in Bötzingen vor ungefähr 3 Wochen angekauft. Am 14. August folgte die Kündigung der oben angegebenen Arbeiter mit folgendem Inhalt:

An unsere Arbeitnehmer!

Es tut uns sehr leid, unseren Arbeitnehmern mitteilen zu müssen, daß wir den Betrieb der Glasfabrik Bötzingen — weil der Betrieb in hiesiger Gegend unrentabel ist — auf die Hälfte zu reduzieren gezwungen sind.

Wir haben bei der notwendigen Kündigung möglichst Rücksicht genommen auf die Zeit, welche die einzelnen Arbeitnehmer bei uns beschäftigt sind, und uns Mühe gegeben, die Verheirateten, welche nicht so schnell ein Unterkommen finden, vor den Unberheirateten hier zu halten.

Wir bitten diejenigen der gekündigten Glasmacher, welche auf einem Zweigwerk der Gerresheimer Glashüttenwerke eventuell Arbeit annehmen wollen, sich an uns zu wenden. Wir werden versuchen, ihnen, soweit wie möglich, auf den Gerresheimer Zweigwerken Beschäftigung zu verschaffen, glauben aber jetzt schon sagen zu dürfen, daß wir wohl kaum in der Lage sein werden, viele der gekündigten Glasmacher auf Gerresheimer Werken unterzubringen.

Bötzingen, 14. August 1908.

pr. Glasfabrik Bötzingen
W. Beder.

Der letzte Satz besagt alles. Man glaubt, zu dem Schaden auch noch Hohn und Spott fügen zu müssen. Die Glasarbeiterschaft wird aus derartigen Vorgehnen die richtige Lehre ziehen. Hier kann nichts weiter helfen, als eine starke Organisation. Innerhalb der letzten Jahre ist die Organisation der Glasarbeiter ständig vorwärts geschritten. Die Glasarbeiter haben dafür Sorge zu tragen, daß dies auch weiter geschieht, und es wird auch den Unternehmern in der Glasindustrie dann der Beweis geliefert werden, daß die organisierte Arbeiterschaft eine Macht bildet, mit der auch der kapitalträchtigste Unternehmer zu rechnen hat.

Ausland.

Die Beendigung der Kämpfe in Dänemark.

Es ist schon durch eine Depesche bekannt geworden, daß der dänische Gewerkschaftsverband in der Konferenz seiner Repräsentanten aller Berufe aus dem ganzen Lande den Vermittlungsvorschlag des Ministers des Innern mit 116 gegen 22 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen gutgeheißen hat. Auch die dänische Arbeitgebervereinigung nahm den Vorschlag an, so daß der Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden und Ausgesperrten nichts mehr im Wege zu stehen scheint, die angekündigte Generalaussperrung hinfällig geworden ist. Allerdings haben die Lithographen mit 127 gegen 92 Stimmen, die Schuharbeiter mit 488 gegen 190 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt; praktische Bedeutung kann das jedoch nicht haben, da die Entscheidung der Vertretung der gesamten Arbeiterschaft maßgebend ist, die jener unbedeutenden Konflikte wegen in einen riesigen Kampf gedrängt werden sollte. Es haben sich in der dänischen Gewerkschaftsbewegung in letzter Zeit Bestrebungen zur Herbeiführung eines Generalkonflikts geltend zu machen gesucht, in der Meinung, man könnte dadurch die Macht der Arbeitgebervereinigung dauernd brechen. Daneben zeigen sich Zersplitterungsversuche gegenüber dem Gesamtverband der Gewerkschaften. Die Repräsentantschaft dieses Verbandes hat jedoch auf ihrer Konferenz einstimmig eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die Repräsentantschaft verurteilt aufs schärfste alle Zersplitterungsbestrebungen und alle ganz- oder halbautoritären Tendenzen, die nur eine Ueberlieferung der unentwickelten Arbeiterbewegung früherer Zeiten sind und die, wenn sie siegen, nur einen Niederbruch des Organisationswertes eines Menschenalters mit sich führen würden, das man mühsam wieder aufbauen mühte, wodurch die Arbeiterbewegung um viele Jahre zurückgedrängt würde.“

In der Resolution wird ferner dem dänischen Buchdrucker-Verband Dank dafür ausgesprochen, daß er mit so großer Einmütigkeit und Stärke — durch die Arbeitsniederlegung in den Zeitungsdruckereien — die Kriegspläne der Arbeitgebervereinigung durchkreuzte. Die Resolution schließt mit den Worten:

„Durch einmütige und planmäßige Tätigkeit sowohl auf dem gewerkschaftlichen, kooperativen wie politischen Gebiet, durch weitere Aufklärung und Befähigung, überhaupt durch klugen und energischen Gebrauch aller Mittel, die zu Gebote stehen, und nur hierdurch wird die Arbeiterklasse ihre Befreiung in einer neuen Gesellschaft erreichen, wo das gemeinsame Eigentum an Produktionsmitteln die Grundlage für die Interessensharmonie innerhalb der Gesellschaft und für die Brüderlichkeit zwischen den Nationen bildet.“

Die Wiederaufnahme der Arbeit ist für die Buchdrucker, Lithographen, Buchbinder und Papierarbeiter auf heute, Dienstag morgen, festgesetzt. Die Schuharbeiter werden wohl erst Donnerstag wieder anfangen zu arbeiten, und von diesem Tage an werden auch die Aussperrungen und Streiks als offiziell aufgehoben gelten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Amnestie in Oesterreich.

Wien, 17. August. (W. L. W.) Die „Wiener Zeitung“ ver- öffentlicht morgen ein Dekret des Kaisers an den Justizminister, das eine Amnestie für alle wegen des Verbrechens der Majestätsbeleidigung oder der Beleidigung von Mitgliedern des Kaiserhauses sowie für alle zu Freiheitsstrafen bis zu zwei Wochen oder Geldstrafe bis zu 150 Kronen Verurteilten anordnet, wenn sie vorher noch keine Verurteilung erlitten. Ferner werden die gesetzlichen Folgen von Verurteilungen zu Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten oder zu Geldstrafen nachgesehen. Endlich wird 562 namentlich angeführten Personen der Rest ihrer Freiheitsstrafen, 190 namentlich Angeführten werden Freiheitsstrafen und Geldstrafen erlassen. Dieser Rechtswohlthat werden solche Verurteilte teilhaftig, die durch heftige Gemütsbewegung, jugendlichen Unverstand, Not und andere miltliche Verhältnisse zur Tat bestimmt wurden. Die Amnestie tritt morgen in Kraft.

Staatsgefährliche Sänger.

Bielefeld, 17. August. (W. L. W.) Die Militärbehörde untersagte die Benutzung des Erzerjersplatzes, der mitten in der Stadt liegt, zur Auffstellung des Festzuges des gestrigen Bundesfestes der Arbeiterergänzungsvereine, die sich zur Sozialdemokratie bekennen. Die Polizei gestattete den Umzug nur durch die Nebenstraßen.

Vom Blich erschlagen.

Stiegen, 17. August. (W. L. W.) In Durbach schlug der Blich in eine Schar spielender Kinder. Ein Knabe wurde getötet.

Schuhmacheraustritt in Schweden.

Stockholm, 17. August. (W. L. W.) Die Arbeiter von 21 der Vereinigung schwedischer Schuhfabrikanten angehörenden Schuhwarenfabriken, die sich über das ganze Land verteilen, sind wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausklang getreten. Der Streik umfaßt etwa 3000 Arbeiter.

Feuerbrunst auf hoher See.

Lissabon, 17. August. (W. L. W.) An Bord des holländischen Dampfers „Amstland“, welcher den Passagierverkehr zwischen Südamerika und den spanisch-portugiesischen Häfen vermittelt, ist auf hoher See eine Feuerbrunst ausgebrochen. Unter den Passagieren, heils Spanier und Portugiesen, entstand eine große Panik. Die Passagiere retteten sich in Boote, von denen eines infolge Unvorsichtigkeit kenterte. Hierbei sind sechs Personen ertrunken. Die übrigen Passagiere wurden, nachdem das Feuer an Bord des Dampfers gelöscht war, wieder an Bord gebracht.

Straßenbahnzusammenstoß.

Gradenti, 17. August. (W. L. W.) Heute Nachmittag erfolgte ein Zusammenstoß zwischen zwei aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahnwagen der Linie Rom—Marino. Vier Straßenbahnbeamte trugen schwere und verschiedene Reisende leichte Verletzungen davon.

Kämpfe in Marokko.

Paris, 17. August. (W. L. W.) Aus Meknes wird vom 13. August gemeldet: Auf dem Marktplatz der Stadt kam es zwischen den Beni Atir, die zu Abdul Aziz halten, und hafidischen Stammesangehörigen zu einem Zusammenstoß, wobei ungefähr 30 Personen getötet wurden.

Ablenkungs- und Vertuschungsversuche.

Die „Fränkische Tagespost“

bestreitet dem „Vorwärts“ in ihrer neuesten Nummer überhaupt das Recht, ein Urteil über die bayerische Budgetabstimmung zu fällen, da sich die „besonderen Verhältnisse“ Bayerns ja unserer Kenntnis entzögen. Habe doch der „Vorwärts“ behauptet, daß Bayern auch den bayerischen Militäretat bewilligen müsse, während er im Finanzgesetz gar nicht vorkomme. Außerdem habe der „Vorwärts“ nicht einmal einen ständigen bayerischen Berichterstatter, berichte überhaupt viel zu wenig über bayerische Verhältnisse.

Ueber das Maß der Berichterstattung wollen wir nicht streiten, einmal weil wir nicht Richter in eigener Sache sein wollen, und zweitens, weil der Disput darüber nur von der Sache ablenken würde. Nur das wollen wir der „Fränk. Tagespost“ verraten, daß der „Vorwärts“ einen bestinformierten Genossen wiederholt um ständige Berichterstattung gebeten hat. Daß dieser Genosse nicht öfter geschrieben, ist nicht die Schuld des „Vorwärts“. Dagegen wollen wir gern zugeben, daß uns — wie einem großen Teile der Parteipresse — der übrigens herzlich belanglose Irrtum mit dem bayerischen Militäretat unterlaufen ist.

Aber selbst wenn wir die „besonderen Verhältnisse“ vorher nicht gekannt hätten: gerade die „Fränk. Tagespost“ war ja so lebenswürdig, uns über die eminent staatsmännischen Motive der bayerischen Fraktion zu unterrichten. Danach hätte die bayerische Fraktion dem Finanzgesetz zugestimmt der bayerischen Regierung zur Aueiferung und den reaktionären Regierungen anderer Bundesstaaten zur Nachahmung. Diese staatsmännischen Erwägungen konnten uns nur leider gar nicht imponieren! Vielmehr scheint uns bei einigen Parteigenossen eine sonderbar gemütliche Auffassung Wurzel gefaßt zu haben. Wenn auch die Lübeder Resolution der Meinung Ausdruck gibt, daß es staatsrechtliche Zwangslagen und politische Konstellationen geben kann, in denen nach der Maxime des kleineren Übels auf die Budgetverweigerung verzichtet werden muß — ohne jede Not und ohne jeden Gewinn einer Regierung ein Vertrauensvotum auszustellen, deren Politik durch eine Welt von der sozialistischen Anschauung getrennt ist, das ist eine Abirrung nicht nur von jeder grundsätzlichen, sondern auch von jeder klugen Politik. Wenn auch im Süden und Westen des Reichs die gegenseitigen Gegensätze minder schroff sind als etwa in Preußen und Sachsen — an der in immer stärkerem Maße fortschreitenden politischen Reaktion — eine Erscheinung, über die uns die sozialpolitische Reformiererei und die Anwendung von Randschertum nicht täuschen sollte — sind die Einzelstaaten ziemlich gleichmäßig mitschuldig. Es ist auch nicht der Schein eines triftigen Grundes anzuführen, warum man etwa in Bayern anders verfahren soll als im Reich. Jede ernsthafte bürgerliche Opposition verweigert der Regierung die Kredite, geschweige denn die Sozialdemokratie, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung selbst negiert. Wenn dieser oder jener bürgerliche Freischärler den sonderbaren darwinistischen Ehrgeiz hat, durchaus das missing link, das fehlende Glied zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien in seiner Person darzubieten, so hat die Sozialdemokratie das ernsteste Interesse, das Bewußtsein scharf und klar zu erhalten, daß selbst zwischen der „entgegenkommendsten“ bürgerlichen Regierung und uns eine unüberbrückbare Kluft gähnt. Zwischen uns und ihnen steht scheidend das — Erfurter Programm!

Wenn die „Fränkische Tagespost“ sich sogar von Berlin aus telegraphisch mit Entrüstung darüber versorgen läßt, daß der „Vorwärts“ den Wortlaut der Erklärung des Genossen Segiß noch nicht wiedergegeben habe, so wird ja wohl inzwischen ihr Verdacht geschwunden sein, der „Vorwärts“ wolle gleich gewissen anderen Parteiblättern seinen Lesern irgend etwas unterschlagen, was die Stellungnahme der süddeutschen Fraktionen erklären könnte. Denn in der Sonntagsnummer veröffentlichte gerade der „Vorwärts“ das von dem eifrigen Berliner Korrespondenten der „Fränkischen Tagespost“ so schmerzlich vernichtete Dokument, um auch erst in dieser Nummer eingehendere Kritik an der Stellungnahme der bayerischen Fraktion zu üben. Also nur keine unnötige Aufregung!

Vielleicht aber findet es die „Fränkische Tagespost“ selbst demnächst auch angemessen, die norddeutsche Parteipresse ebenso lückenlos und eingehend zu zitieren, wie sie bisher nur die zustimmenden Prehabenerungen registriert hat!

Die

„Münchener Post“

läßt sich aus der bayerischen Landtagsfraktion schreiben:

„Der „Vorwärts“ scheint sich vorzustellen, daß die schredliche süddeutsche Abgeordneten-Konferenz — über die er auch nicht eine richtige Mitteilung macht — etwas ganz Neues sei. In Wirklichkeit besteht aber diese Einrichtung schon seit einem Jahrzehnt. Die erste Konferenz hat 1898 in Stuttgart stattgefunden, und seitdem haben sich die süddeutschen Abgeordneten der Partei weiter 1902 in Würzburg und das zweite Mal in Stuttgart zusammengefunden. Die erste der beiden heutigen Konferenzen bildete insofern eine Ausnahme, als sie zu dem ausschließlichsten Zwecke einberufen war, über Mittel zu beraten, inwieweit die preussische Sozialdemokratie in ihrem Kampfe um das Wahlrecht von den süddeutschen Landtagen aus unterstützt werden könnte. Da hierzu eine gewisse Kenntnis der Maßnahmen notwendig war, die die preussischen Parteigenossen zu treffen einschlossen waren, so wurde zu dieser Konferenz auch ein Vertreter des Vorstandes der Gesamtpartei zum Zwecke der Information eingeladen. Abgesehen von diesem Ausnahmefall haben aber die Konferenzen keine andere Aufgabe, als unseren süddeutschen Abgeordneten die Gelegenheit zu geben, ihre Meinungen über die parlamentarischen Vorgänge in ihren Landtagen auszutauschen und so ihre Erfahrungen wechselseitig nutzbar machen zu können. Dabei ist jede Abstimmung grundsätzlich ausgeschlossen, und jede Fraktion ist nach Beendigung der Konferenz vollkommen frei, welche Schritte sie aus den gewonnenen Informationen ziehen will. Sie kann diese Informationen so verwenden, wie sie es nach der

Sachlage in ihrem Landtag und nach ihrer Ueberzeugung für nötig erachtet. Die Besprechung von anderweitigen Parteidingen und alles, was auch nur den Anschein erwecken könnte, als ob die Konferenz als eine Art von „Parteiinstanz“ wirken wollte, ist streng ausgeschlossen.

Nun, die Konferenzen tragen einen ausschließlich parlamentarischen Charakter und bilden eine kombinierte Fraktionierung der vier süddeutschen Fraktionen zum Zwecke der Information über bestimmte gemeinsam interessierende Punkte. Und hieraus ergibt sich von selbst das, was der „Vorwärts“ in seiner Unkenntnis der Dinge „Geheimsträmerei“ nennt. Sie an den Sitzungen der einzelnen Fraktionen keine Personen teilnehmen, die ihnen nicht angehören, und wie diese Sitzungen nicht den Gegenstand von Präparierungen bilden, so trifft das gleiche auch auf die Abgeordnetenkonferenzen zu. Die Idee eines Ueberwachungskommissärs und die Prävention, jederzeit nach Belieben über die inneren Vorgänge in einer Fraktion Aufschluß fordern zu können, ist vollends so absurd, daß darüber kein weiteres Wort zu verlieren ist. Bewiß hat die betreffende Landespartei wie auch die Gesamtpartei das selbstverständliche Recht des Urteils über die Tätigkeit ihrer Abgeordneten. Aber dieses Urteil ist nicht aus den vertraulichen Beratungen der Fraktionen, sondern aus deren praktischem Ergebnis, nämlich den parlamentarischen Handlungen, zu bilden.

Wir brauchen nicht erst zu betonen, daß der hier zutage tretende Anspruch auf eine besondere parteigenössliche Abgeordneten- und Fraktionsimmunität sich mit den demokratischen Anschauungen der Partei von den Befugnissen und Pflichten der Abgeordneten nicht verträgt. Wenn die Partei erst dann Rechenschaft fordern könnte, wenn das „praktische Ergebnis“, die vollendete Tat vorliegt, so könnte es leicht kommen, daß sie überhaupt „nir zu seggen“ hätte. Zumal wenn — wie das ja schon geschehen! — die zur Rechenschaft gezogenen Abgeordneten jede ernstliche Rüge oder Desavouierung mit der Drohung der Mandatsniederlegung abzuwehren suchen!

Es bleibt also schon dabei, daß auch Fraktionen, sofern es sich um umstrittene, parteitaktische Fragen handelt, keinerlei Anspruch auf Sonderrechte haben und der Partei und ihren Instanzen jederzeit Rede und Antwort zu stehen verpflichtet sind!

Ja mehr noch, eine Fraktion (oder eine Gruppe von Fraktionen) sollte selbst so viel demokratisches Gefühl haben, nicht erst in eine unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindende Diskussion von Parteifragen einzutreten! Auf das formale Fassen von Beschlüssen kommt es dabei gar nicht an! So plump werden natürlich unsere Staatsmänner nicht sein. Daß man aber lebhaft über die Parteifrage der Budgetbewilligung diskutiert und der eigenartigen Auslegung der Lübeder Resolution kräftig vorgearbeitet hat, das kann im Ernst gar nicht geleugnet werden!

Schreibt doch selbst die der bayerischen und badischen Fraktion die Stange haltende

Solinger „Arbeiterstimme“:

„Es ist ungewiss, daß hier eine materielle Verletzung des Lübeder Parteitagbeschlusses vorliegt, und wir erwarten von den süddeutschen Genossen, daß sie das offen zugeben werden und nicht etwa den Abzug 8 als dämliches Feigenblatt in Anwendung zu bringen versuchen. Nachdem die Dinge einmal so weit gediehen sind, muß die Angelegenheit auch in ihrer vollen Tragweite gewürdigt werden, und es kann weder einer der zunächst Beteiligten noch die Partei als solche einen Nutzen davon haben, daß irgend welches Versteckspielens produziert wird. Die Tatsache, daß drei süddeutsche Landtagsfraktionen hinter einander in der Budgetbewilligungsfrage vom Lübeder Parteitagbeschlusse abgewichen sind, daß sie nicht ausnahmsweise, aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen ihre Zustimmung gegeben haben, sondern daß sie sich auch ohne Aufhebung des Lübeder Beschlusses berechtigt und verpflichtet fühlen, gegen seinen Sinn und Inhalt zu handeln, ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Es handelt sich also diesmal nicht um „Seitensprünge“, sondern es handelt sich wirklich um das, was der „Vorwärts“ als Disziplinbruch bezeichnet hat, um eine bewußte, überlegte und vorbereitete Ausherdung einer durch die Vertretung der Gesamtpartei gegebenen Direktive.“

Die Generalversammlung des Kreiswahlvereins von Niederbarnim

wurde am Sonnabend in Weigels Saal zu Nummelsburg fortgesetzt und zu Ende geführt. Riesegang berichtete über die in der verfloffenen Woche abgehaltene Sitzung der

Prehkommision,

der unter anderem ein Antrag des vierten Wahlkreises vorlag, monach allen Genossen, die mindestens zwei Jahre organisiert sind, nach zweimonatiger Arbeitslosigkeit der „Vorwärts“, bis sie wieder Arbeit erhalten, unentgeltlich geliefert werden soll. Im Einverständnis mit der Prehkommision spricht der Redner für Ablehnung dieses Antrages. Besonders jeht in der Zeit der Krise würde die Zahl der Genossen, die den „Vorwärts“ gratis erhalten, so ungeheuer groß werden, daß das Blatt, statt die für die Partei notwendigen Ueberflüsse abzuwerfen, vielmehr gar Zuschüsse erfordern würde, und man könne doch nicht die Vereinsbeiträge noch höher schrauben, um die Mittel für die Partei aufzubringen. — Wesper hält eine Erhöhung der Beiträge sehr wohl für möglich und weist auf den von den wirtschaftlich schlechter gestellten sächsischen Genossen eingeführten zehnprozentigen Wochenbeitrag hin. Allerdings sei die Beitragserhöhung jeht während der Krise nicht durchführbar. — Kohl ist der Meinung, daß der Antrag keinen übermäßigen Ausfall an Einnahmen verursachen werde. Wenn die Genossen, wie jeht, erst drei Monate arbeitslos sein müßten, ehe sie den „Vorwärts“ gratis erhielten, seien die meisten schon lange gezwungen, ihn abzugeben.

Zur Verhandlung kommt Punkt 4 der Tagesordnung:

Stellungnahme zur Generalversammlung von Groß-Berlin.

Drähl-Richtenberg begründete folgenden Antrag seines Kreiswahlvereins:

„Den Aktionsauschuß in Verbindung mit dem Bildungsausschuß zu beauftragen: Grundrisse oder Werkblätter herauszugeben, die die Genossen mit dem Wesen des Sozialismus wie seinen wirtschaftlichen und historischen Voraussetzungen mehr denn bisher vertraut machen. Diese etwa 2—4 Seiten starken Werkblätter, in monatlichen Perioden fortlaufend erscheinend, sind an jedem Jahlabend an die Genossen zu verteilen und geben die Grundlage und Richtschnur für die Diskussion. Jedem Werkblatt wäre in einer Fußnote ein kurzer Literaturnachweis anzufügen zur Erleichterung für weiterstrebende Genossen.“

Der Antrag sei in letzter Stunde eingebracht worden, und es sei nichts dagegen einzuwenden, wenn er nicht in derselben Form, sondern nur dem Sinne nach angenommen werde. Wie stark das Bedürfnis nach theoretischer Ausbildung ist, hätte ja der außerordentlich starke Andrang zu den Vorträgen der Genossin Lugenburg und Wolfenbubers bewiesen. — Schwenk-Friedrichselde hält den Antrag für überflüssig. Wer nicht genügend vorgebildet sei, könne unmöglich auf Grund von Werkblättern ein Referat von irgendwelchem Wert ausarbeiten. Im übrigen sei aber unsere Parteiliteratur so gut entwickelt, daß sie alle Bedürfnisse nach theoretischer Bildung und Aufklärung befriedigen könne. — Vehl erklärt, die Parteiliteratur sei allerdings so umfangreich, daß die Genossen oft nicht wüßten, was sie zuerst und was sie später lesen sollten. Da könnten die Werkblätter, verfaßt von gründlich durchgebildeten Genossen, einen Leitfaden und Anregung zu weiterem Studium geben. — Die Generalversammlung erklärte sich mit dem Antrage einverstanden. — Ebenfalls gutgeheißen wird dieser Antrag des Kreisvorstandes:

„Von den Beiträgen der Genossinnen sind an Groß-Berlin 5 Pf. zu entrichten.“

Zum 5. Punkt der Tagesordnung:

Stellungnahme zur Provinzialkonferenz

referiert Genosse Jacobsen. Er hebt besonders hervor, daß der Konferenz ein Antrag auf Einführung eines Einheitsbeitrages sowie auf gemeinsame Lieferung des Verwaltungs- und Agitationsmaterials vorliegen wird, und spricht die Hoffnung aus, daß dementsprechend beschlossen wird. Dadurch werde man um so bessere Fortschritte erzielen. Der Wahlrechts- und der Wahlkampf haben auch in der Provinz zu guten Erfolgen für die Presse und die Organisation geführt. — Eine ganze Reihe von Landtagswählern, die in Berlin arbeiteten und auf dem Lande wohnten, seien zur Wahl nicht nach Hause gereist. Es seien meist solche, die ein Stück Land haben und darauf angewiesen sind, daß ein Großbauer es umpflügt, der sich dessen weigern würde, wenn die Arbeiter sich dabei sozialdemokratisch betätigten. Es zeige sich hier wiederum, was schon Engels vor 35 Jahren ausführte, daß die Fesselung des Arbeiters an Grund und Boden ihn an der Betätigung seines Klassenbewußtseins hindert. — Der Redner erwähnt auch, daß ein zweiter Angestellter für das Provinzialsekretariat notwendig werde.

Hierauf gab Sonnensprung den

Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission.

Anwesend sind 55 Delegierte; es fehlen 18, und zwar aus Herzfelde, Richtenberg 4, Oranienburg 1, Pantow 6, Nummelsburg 3, Weikensee 2 und Wilhelmshagen 1. Ferner sind anwesend der Abgeordnete des Kreises, 5 Mitglieder des Kreisvorstandes, 1 Revisor, 18 Vertreter der Bezirksvorstände, 8 Frauen als Vertreter der Genossinnen und ein Vertreter der Gemeindevertreter des Kreises. Nicht vertreten sind die Bezirksvorstände von Herzfelde, Neuenhagen, Pantow, Waldmannslust und Ober-Schöneweide. — Die Mandate der 84 anwesenden Delegierten und Vertreter werden sämtlich für gültig erklärt.

Zur Verhandlung kommt dann Punkt 6 der Tagesordnung:

Stellungnahme zum Parteitag.

Der Referent Genosse Stadthagen führt hierzu unter anderem aus: Der Parteitag hat von neuem die Waffen zu prüfen, Kritik auch in der eigenen Reihe zu üben und die Richtlinien für den weiteren Kampf festzulegen. Die politische Lage, die hierüber in Betracht zu ziehen ist, ist so klar wie nur je. Die Gegensätze haben sich hier ins ungeheure zugespitzt. Noch niemals hat der gesamte Staatsorganismus in Eintracht mit dem Unternehmertum so gegen die Arbeiterklasse mobil gemacht wie gerade jeht. Der Redner erinnert an die grundlosen Ausspernungsmassregeln, an die Heranziehung und Verborgung der ausländischen Arbeiter, die als gänzlich verflaute, jederzeit mit Ausweisung bedrohte Menschen dazu dienen sollen, die deutschen Arbeiter in Notnötigkeit zu erhalten, sie auch zu Sklaven zu machen. Dies sei nur ein Punkt von vielen, die beweisen, wie sich die Gegensätze verschärfen; um so schärfer müsse aber auch der Klassenkampf auf unserer Seite geführt werden, und das werde hoffentlich auch der Parteitag zum Ausdruck bringen. Der Landtagswahlkampf hätte niemals zu dem Ergebnis führen können, wenn wir nicht mit ganzer Arbeit unsere Prinzipien hochgehalten, sie ebenso klar in unseren Demonstrationen herborgehoben hätten. Erzeugt kann man darüber sein, daß die Zwistigkeiten zwischen Partei und Gewerkschaften beigelegt sind, daß nun die Einheit beider Zweige der Arbeiterbewegung betont wird. Um so bedauerlicher sind die neuesten Erscheinungen aus dem Süden Deutschlands, die beweisen, wie sehr wir auf der Hut sein müssen, daß nicht die schweren Opfer, die die Parteigenossen im Klassenkampfe bringen, verloren gehen, nicht dem Gegner die Hand gereicht und nicht für eine Gesellschaftsordnung gesühnt wird, die wir aufs schärfste bekämpfen. Denn dafür stimmt man, wenn man für das Budget des Reichstaates stimmt. Der Redner kritisiert sodann scharf das Verhalten der badischen und der bayerischen Genossen in den Landtagen, zeigte, wie es durchaus im Widerspruch mit den Parteigrundsätzen steht, und sprach die Hoffnung aus, daß der Parteitag auch in dieser Hinsicht mit aller Entschiedenheit für die nötige Klärung sorgen werde. Erstaunlich sei es auch, wie Eisner auf eine Dezentralisation der Partehschule hinwirkt, da es doch schon ungeheure Mittel erfordere, die Schule in Berlin so zu erweitern, wie es dem Bedürfnis entspricht. Dringend sei darauf hinzuweisen, daß man sich die Schule nicht als einen Kürbnerger Richter vorstellen darf. Ohne eigene intensivste Arbeit sei es nicht möglich, sich gründliche Kenntnisse zu erwerben. Man könne das auch nicht durch Werkblätter erreichen, etwa so wie die Kinder die 10 Gebote lernen. — Der Redner begründete sodann folgende von ihm eingebrachten Anträge:

„Der Parteitag wolle beschließen:

1. Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: „Die Landarbeiterfrage und die Organisation der Landarbeiter“.
2. Auf die Tagesordnung eines der nächsten Parteitages zu setzen: „Sozialdemokratie und Genossenschaftswesen“.
3. Jugendschutz und Jugendbildung ist durch Ausschüsse und durch selbständige Jugendvereinigungen anzustreben.
4. Der Parteivorstand ist zu beauftragen, nachmals mit der Generalkommission in Unterhandlung wegen einer anderen Regelung der Reiseunterstützung zu treten und bei der Regelung dieser Frage auf stärkere Propagierung der Arbeitstube bedacht zu sein.“

Sodann sprach er über die Punkte Reichsfinanzreform und die Sozialpolitik.

Inzwischen waren die Wahlen der Delegierten zur Provinzialkonferenz vollzogen. Genählt wurden die Genossen Schumann-Oranienburg, Lorenz-Neiniedorf und Spielermann-Lichtenberg sowie als Ersatzmann Greller-Zegel.

Zu der Diskussion über die Stellung zum Parteitag führte Kohl-Weikensee, Puffer von Werus, einige empörende Beispiele dafür an, wie auf Staatsbauern Arbeiter entlassen werden, weil sie das Anglud haben, Deutsche zu sein und keine Ausländer. Der Redner erinnert ferner daran, daß die Genossen die Pflicht haben, ihre Frauen in die Organisation zu bringen, und sprach sich außerdem dahin aus, daß die Vereinbarungen über die Reiseunterstützung die nötige Klarheit gebracht haben. Es müsse mehr als bisher dafür gesorgt werden, daß der 1. Mai auch wirklich gefeiert wird. — Reuiedt-Nummelsburg äußert sich scharf gegen die Auswüchse im süddeutschen Parlamentarismus, hofft, daß die süddeutschen Genossen selbst mit ihren Führern nicht einverstanden sein werden,

und wünscht, daß auch die Generalversammlung des Kreises es klar zum Ausdruck bringe, daß etwas Derartiges wie die Budgetbewilligung nicht mit den Grundsätzen der Partei vereinbar ist. Ebenso verurteilt Dämell-Vichtenberg das Verhalten jener süddeutschen Abgeordneten, ihre Einwirkung über Parteitagbeschlüsse auszuführen. Der Redner empfiehlt sodann folgenden Antrag Vichtenberg an Stelle des Punktes 3 der Vor schläge des Referenten:

„Unbeschadet der von den Gewerkschaften für erforderlich erachteten beruflichen Organisation und Ausbildung der Jugend erklärt der Parteitag:
Den Jugendlichen bleibt es unbenommen, sich zu Bildungszwecken politisch neutral selbständig zu organisieren.
Um die Jugend aber auch mit den Aufgaben und Zielen der modernen Arbeiterbewegung vertraut zu machen, haben die örtlichen Parteileitungen Komitees einzusetzen, die durch entsprechende Veranstaltungen in diesem Sinne wirken sollen. Diefen Komitees sollen auch junge Genossen angehören.“

Zum Parteitag liegen noch folgende Anträge des Bezirks wahlvereins Friedrichshagen vor:
1. Mafseier.
„Der Parteitag wolle beschließen, den 1. Mai überall da durch Arbeitsruhe zu feiern, wo die Bestimmungen der Gewerkschaften erfüllt sind, die Aussperren vom 6. Tage der Aus sperrung durch die Gewerkschaften sowie die Partei zu unter stützen.“

2. Jugendorganisationen.
„Der Parteitag wolle beschließen: die Agitationskommissionen der Provinzen und Landestteile sind verpflichtet, unabhängige Jugendorganisationen von Partei und Gewerkschaften zu gründen, an deren Spitze erfahrene Parteigenossen zu stellen sind.“

Ahler-Friedrichshagen zieht die Anträge zugunsten der Stadt hagen zurück. Bei dem Antrage der Mafseier habe es sich hauptsächlich darum gehandelt, einer Abwägung der Feier vorzubeugen. — Rubin-Pankow erklärt, daß gegen die Disziplin losigkeit der süddeutschen Landtagsabgeordneten schärfster Protest erhoben werden müsse. Mit der Begründung, die sie für ihre Budgetbewilligung gegeben, könnte man ja jeden Verrat gegen die Parteiprinzipien gutheißen. — Auf Vorschlag des Genossen Wühl nahm die Versammlung hierzu einstimmig folgende Reso lution an:

„Die Kreis-Generalversammlung bedauert das Verhalten der badischen Landtagsfraktion gegenüber dem Parteivorstand und spricht gegenüber der Budgetbewilligung der badischen und bayerischen Landtagsfraktionen ihre schärfste Mißbilligung aus.“
Die Abstimmung über die übrigen Anträge ergab die Annahme des Antrages Vichtenberg sowie der Anträge des Referenten mit Ausnahme von Punkt 3, der durch jenen Antrag erledigt ist.

Als Delegierte zum Parteitag wurden, wie die Anzahlung der Stimmzettel ergab, gewählt die Genossen Denker, Waldmannslust, Rosenfeld, Karlsdorf und Düwells-Vichtenberg; als Ersatzmann Rassa-Tege.
Unter Punkt 8: Eventuelle Anträge, wurde ein Antrag der Genossen von Schönheide und Umgegend, zum 1. Januar 1900 einen selbständigen Wahlverein gründen zu können, angenommen. Zwei Anträge, die sich auf die Delegationen zu den Parteitagen, Konferenzen usw. beziehen, wurden bis zur nächsten Kreisgeneral versammlung zurückgestellt. — Ein Antrag, wonach der Kreis vorstehende Denker im Aktionsausschuss Sitz und Stimme er halten soll, wurde angenommen.

Gegen den Bildhauer Robert Scholz und den Radiertei Duester wurde auf Antrag von Vichtenberg die Einleitung des Ausschlussverfahrens beschlossen, mit der Begründung, daß sie hartnäckig andere Mitglieder des Wahlvereins verleumdeten, ohne über ihr Verhalten Rechenschaft abzulegen.
Die Versammlung wurde um Mitternacht mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg.

Die Generalversammlung des Kreises fand am Sonntag bei Hoppe in Rixdorf statt. Vertreter waren von 46 Wahlvereinen des Kreises 40 durch 104 Delegierte. Nicht vertreten waren Drenow, Groß-Beeren, Krausnid, Marxgaspichte, Mittenwalde, Weeslow.
Die Versammlung war polizeilich überwacht, was manche Verwunderung erregte; der Vorsitzende, Genosse Emil Boeske, erklärte, daß die Rixdorfer Genossen einen Normfehler begangen hätten, indem sie die Versammlung als eine „öffentliche“ anmeldeten. Boeske schlug vor, daß man trotzdem die Verhandlungen eröffne, denn man habe nichts zu verheimlichen, und die Versammelten waren mit dem Vorschlage einverstanden.

Genosse Wollemann erhielt das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung:
Mitteilungen des Vorstandes und der Funktionäre.
Der Redner ging zuerst auf die letzte Landtagswahl ein und schilderte, welche arbeitsreiche Zeit seit der letzten Generalversammlung verfloßen ist. Die Agitation zur Landtagswahl hat starke Wellen geschlagen. Der Reichstagswahlkreis Teltow-Beeskow schloß drei Landtagswahlkreise ein. In 68 Orten wurden sozialdemokratische Wahlmänner aufgestellt, gewählt wurden 1078 Wahlmänner gegen etwa 600 bei der letzten Wahl. Die Stimmengablen sind bis auf Schönberg festgestellt und ergaben in der ersten Ab teilung 840, in der zweiten 1780, in der dritten 46488 Stimmen. In der Hauptwahl ist eine Zunahme von 25 000 Stimmen gegen die vorige Wahl zu verzeichnen. Eine genauere Berechnung aus den verschiedenen Orten wird im Jahresbericht gegeben werden, aus dem sich die Genossen über alle Einzelheiten orientieren können. Zahlreiche Sitzmandate sind den agitierenden Genossen im Kreise zugegangen, die oft sehr verwundert waren, daß sie sich schuldig gemacht haben sollten, wenn sie die ihnen zusehenden Rechte wahrten. Der Frauenorganisation wurde die gebührende Aufmerksamkeit zugeendet und die kombinierte Vorstandsführung hat sich mit den Vorschlägen des Zentralvorstandes von Groß-Berlin einverstanden erklärt. Der Mitgliederbestand im Kreise ist im allgemeinen derselbe geblieben, wenn auch einige Orte einen nicht unerheblichen Rückgang aufweisen. Der Redner erwähnte die Anträge von Teltow-Beeskow an die Generalversammlung von Groß-Berlin. Zwei neue Vereine, Senzig und Bohndorf, haben sich gebildet, auch Baumshuldenweg wollte sich von Treptow trennen und einen eigenen Verein bilden; aber der Zentralvorstand gab dazu nicht seine Einwilligung.

Ein Antrag auf Trennung des Wahlvereins Treptow-Baumshuldenweg in zwei Wahlvereine lag der Versammlung vor und führte zu einer längeren Diskussion. Der Antrag wurde schließlich gegen 4 Stimmen abgelehnt.
Genosse Pagels gab dem

Rassenbericht von der Landtagswahl.
Er tabelte scharf, daß einige Orte noch immer nicht abgerechnet haben. Nach den bisherigen Ergebnissen stellen sich die Einnahmen auf 10 463,50 M., die Ausgaben auf 13 280,53 M. Somit ergibt sich ein Defizit von 2816,94 M. Während kleinere Orte, 22 an der Zahl, mit Überschüssen rechneten, waren in den größeren Orten, wo oft große Ausgaben nötig waren, Defizite zu verzeichnen.
Genosse Heinrichs erstattete

Bericht von der Preßkommission
und bezog sich auf die Publikationen im Mitteilungsblatt, wodurch die Genossen unterrichtet wurden über die Behandlung verschiedener gewerkschaftlicher und Parteiangelegenheiten, die er noch näher

beleuchtete. Eine Ersahwahl zur Preßkommission wurde vorgenommen und Genosse Ullmann gewählt.
Weitere Berichte lagen nicht vor und Genosse Zubeil erhielt das Wort zu seinem Referat über den bevorstehenden

Parteitag.
Er begann er, Fragen vor, die für die Zukunft der Partei von großer Bedeutung sein werden. Da ist die Pflege der Frauenorganisation, die sich die Partei mehr als bisher muß angelegen sein lassen. Sonderorganisationen der Frauen sollen nicht zulässig sein, und darum beantragt Rixdorf, im Organisationsstatut den darauf bezüglichen Passus zu streichen. Was die Jugendorganisation anbelangt, so kann Zubeil nicht damit einverstanden sein, daß sie nur als Anhängel in der Gewerkschaftsbewegung zu betrachten sei; er heißt den Antrag der Königsberger Genossen (in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ bekannt gegeben) willkommen und tritt dafür ein, daß die Jugendorganisation auf eigene Füße gestellt werde. Er geht näher ein auf die Notwendigkeit, die jungen Männer über ihre Rechte beim Militär aufzuklären. Die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Parteitages werden vom Redner scharf beleuchtet. Bei der Mafseier beruht er länger und wendet sich heftig dagegen, daß die Unterstützungsfrage zur Hauptfrage werden könnte. Dadurch haben die Unternehmer erst Wasser auf ihre Mühlen bekommen und treiben eine schlaue Taktik mit ihren Ausperrungen. Die Delegierten mühten energisch für die Aufrechterhaltung der Mafseier ein. Man könnte sich dem Ausland gegenüber beinahe schämen, wenn man bedenkt, wie bei uns der 1. Mai gefeiert wird. Der Redner bespricht im weiteren Verlauf der Rede die gegenwärtige Politik und beschäftigt sich eingehender mit der Reichs finanzreform. Scharf kritisiert er dann die Haltung der badischen und bayerischen Genossen, die den Regierungen die Mittel bewilligen, ihre Politik zu treiben. Er nimmt den Parteivorstand energisch in Schutz, der doch als Wächter bestellt sei für die Gesehe, die die Partei sich gibt und Auffklärung zu fordern habe, wo gegen diese Gesehe verstoßen wird. — Zum Schluß bespricht er die vorliegenden Anträge zum Parteitage aus dem Kreise, die er mit geringen Ausnahmen zur Annahme empfiehlt. (Reicher Weifall.)

In der Diskussion über diese Anträge ergeben sich für die besonderen Meinungsverschiedenheiten. Hervorgehoben wird die Wichtigkeit der Genossenschaftsbewegung, die eine größere Unterstützung durch die Partei verdiene. Spruchreif sei auch die Frage der Landarbeiterorganisation. Dem Bund der Landwirte müsse ein Bund der Landarbeiter entgegengesetzt werden. Während einige Redner großen Wert darauf legten, daß die Jugend gute Berater braucht, betonten andere die Selbstständigkeit als unschätzbare Erziehungsmittel. Sehr wichtig sei auch eine klare Aussprache über das Verhalten der badischen und bayerischen Genossen. —

Angenommen wurden die folgenden Anträge zum Parteitage:
Charlottenburg: Die Regelung der Jugendorganisa tion möge in der Weise erfolgen, daß die Selbstständigkeit der Jugendvereinigungen gewahrt bleibt. Die zu schaffenden Ausschüsse für Jugendklub und Bildung sollen mit diesen Organi sationen Hand in Hand arbeiten, soweit das Vereinsgesetz dies gestattet.
Rixdorf (Resolution): Der Parteitag erhebt flammen den Protest gegen die von der Blockmehrheit des Reichstages beschlossene politische Einrichtung der proletarischen Jugend. Bei Beratung des Vereinsgesetzes hat sich die Verkommenheit des Freisinnens abernach gezeigt, der mittels das Gesetz reaktionär zu gestalten, als die Regierung vorgeschlagen hatte und der mitwirkte, die Kritik der Sozialdemokratie an dem Gesetzentwurf gewaltsam einzuschränken. Das Bestreben der Gegner, die heran wachsende Jugend der sozialdemokratischen Aufklärung zu entziehen, verpflichtet die Partei, in einem stärkeren Maße als bisher die proletarische Jugend im Sinne der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen.

Als ein geeignetes Mittel zur Aufklärung und Erziehung der Jugend erachtet der Parteitag vornehmlich die Jugendorganisa tionen, denen die Partei in Mannheim (1906) ihre Sympathie erklärt hat. Unter Beobachtung des Gesetzes sind überall Jugend organisa tionen zu bilden und tatkräftiger als bisher zu unter stützen. Um die speziell politische Aufklärung der Jugend zu betreiben, können in jedem Orte Komitees errichtet werden, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Gewerkschaften, den Parteiorganisationen, des Bildungsausschusses und der Jugend zusammensetzen.
Charlottenburg (Mafseier-Resolution): Der Parteit ag sieht in der Feier des 1. Mai die kraftvollste Weltergung des Klassenkampfes und verurteilt auf das entschiedenste die Brems- und Abriegelungsversuche aus Gewerkschafts- und Parteifreien. Um diesen unliebhaften, das Ansehen der Mafseier schädigenden Vorkehrungen vorzubeugen, erwartet der Parteitag, daß der artige unterbleibe und mehr der auf auf jedem Parteitag be schlossenen Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai Rechnung getragen wird.
Rixdorf: Die heutige Generalversammlung erblickt in dem Verhalten der badischen und bayerischen Landtagsfraktion einen Disziplinbruch und erwartet von dem Rixdorfer Parteit ag, daß derselbe in ganz entschiedenem Maße dazu Stellung nimmt.

Frauenorganisationen: Im Organisationsstatut der Gesamtpartei ist im § 11 Absatz 1 der zweite Satz zu streichen. — Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes ist um eine weibliche Sekretärin zu vermehren.
Charlottenburg: Der Parteitag möge sich eingehend mit der Genossenschaftsbewegung beschäftigen, und zwar dahin gehend, daß derselbe sich in Anbetracht der lauen Beteiligung der Parteigenossen klar für dieselbe ausspricht und die Genossen auffordert, dieselbe mehr als bisher zu unterstützen.

Rixdorf: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist die Genossenschaftsfrage zu setzen.
Charlottenburg: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist zu setzen: die Landarbeiterfrage und die Organi sation der Landarbeiter.
Abgelehnt wurden zwei kleinere Anträge aus Schönberg über die Ausmierung der Fremdwörter im Parteiprogramm und die Beschaffung des Programms zur Agitation.
Genosse Küter-Schöneberg nahm darauf das Wort zum dritten Punkt der Tagesordnung:
Die Provinzialkonferenz.
Er besprach die Tagesordnung der bevorstehenden Konferenz in großen Zügen und schilderte, wie die Agitation in der Provinz rüstig vorwärts schreite, trotzdem nicht geringe Schwierigkeiten zu überwinden sind, besonders in der Beschaffung der Verammlungs lokale. Der Kalender, „Märkischer Vorpost“, „Die Fadel“, die „Brandenburger Zeitung“, die „Märkische Volksstimme“ werden in immer steigenden Auflagen verbreitet. Die Arbeiten im Parteibureau häufen sich außerordentlich und dringend notwendig sei, Hilfskräfte herbeizuschaffen, wenn die künftige Agitation in be friedigender Weise Fortschritte machen soll. — In der Diskussion trat Genossin Zeebe-Rixdorf auf und gewann den starken Bei fall der Versammelten durch die warmherzige Weise, in der sie der Notwendigkeit der Agitation unter den Frauen in der Provinz ge dachte und die Genossen aufforderte, auf diese Agitation möglichst viel Gewicht zu legen. —

Die Versammlung beschäftigte sich darauf noch mit einigen Anträgen, unter denen der folgende eine lebhafteste Diskussion hervorrief:
„Die Generalversammlung erhebt energisch Protest gegen den Beschluß des Zentralvorstandes Groß-Berlins betreffend die Festsetzung des Beitrages für die weiblichen Mitglieder und be antragt, den Beitrag so niedrig wie irgend möglich zu bemessen.“
Das Verhalten des Zentralvorstandes in dieser Angelegenheit wurde viel kritisiert, da er zu selbständig vorgegangen sei; die Ent

scheidung hätte allein der Generalversammlung zustehen müssen. Obgleich der Zentralvorstand lebhaft von verschiedenen Genossen verteidigt wurde, fand der Antrag doch eine Majorität in der Ver sammlung.

Dem Zentralvorstand wurde der folgende Antrag Wilmersdorf zur Berücksichtigung überwiesen mit der Maßgabe, in der nächsten Generalversammlung darüber Bericht zu erstatten oder rechtzeitig anderweitige Vorschläge in dieser Richtung zu machen. Der Antrag lautet:
„In Erwägung, daß auf dem flachen Lande sowohl wie in der näheren industriellen Umgebung Groß-Berlins, des Kreises Teltow-Beeskow, durch die beiden Kreisblätter und der sogenann ten unparteiischen, aber weitverbreiteten Presse geiffentlich nur ein Zerrbild von den so bedeutungsvollen Reichstagsverhandlungen gegeben wird, sollen wir den Antrag, eine Zeitung mit den Parlamentsberichten sowie kurzen, scharfen Widerlegungen aller der noch Reichstagsverhandlungen mehr und mehr überhand nehmenden Verleumdungen herzustellen. Diese Zeitung ist all wöchentlich auf das flache Land hinaus zu schicken, und zwar als Drucksache. Die in Betracht kommenden Adressen können bei der nächsten persönlichen Agitation leicht festgestellt werden. In der parlamentarischen Pause kann die Zeitung dazu benützt werden, um populäre Erläuterungen der sozialdemokratischen Grundzüge zu geben.“

Angenommen wurde noch der folgende Antrag:
„Den Aufnahmebescheinigen ist eine Rubrik hinzuzufügen, in welcher die gewerkschaftliche Organisation des Mitgliedes ein getragen werden kann.“

Als Delegierte zum Parteitag in Rürnberg wurden auf Vorschlag aus der kombinierten Kreisvorstandsführung gewählt: die Genossen Groger-Rixdorf, Küter-Schöneberg, Crohnberg, Nowawes, als Ersatzmann Orculich-Mariensfelde.
Bei der Delegiertenwahl zur

Konferenz für die Provinz Brandenburg
wurden ebenfalls die Vorschläge des Kreisvorstandes angenommen und gewählt die Genossen Pagels-Rixdorf, Kaiser-Rixdorf, Wusterhausen, Reichardt-Mariendorf.
Der Vorsitzende, Genosse E. Boeske, hielt noch eine kurze Ansprache. Begeistert stimmten die Anwesenden in ein dreifaches Hoch auf unsere Parteibewegung ein. Nach sechsständiger Beratung war die Tagesordnung erledigt und die Versammlung wurde geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat.
In der gestern in Essen abgehaltenen Beidenbesitzerversammlung des Kohlenyndikats wurde beschlossen, die Teilungsbanteile für September in der bisherigen Höhe, nämlich 87 $\frac{1}{2}$ Proz. für Kohlen, 90 Proz. für Roß, 90 Proz. für Bricketts, bestehen zu lassen.
Der rechnermäßige Absatz betrug im Juli 1908 bei 27 (im gleichen Monat des Vorjahres 27) Arbeitstagen 5 945 939, (Vorjahr 6 292 599) oder arbeitstäglich 220 331 (Vorjahr 230 837) Tonnen. Von der Beteiligung, die sich im Juli auf 6 253 796 (Vorjahr 6 836 821) Tonnen bezifferte, sind demnach 85,55 Prozent (im Vorjahre 90,90 Prozent) abgeleht worden.
Der Versand, einschließlich Landdebit, Deputat und Lieferung der Hüttenzacken an die eigenen Hüttenwerke, betrug an Kohlen bei 27 (im Vorjahre auch 27) Arbeitstagen 5 140 127 (Vorjahr 4 892 690) Tonnen oder arbeitstäglich 190 597 (im Vorjahre 181 211) Tonnen; an Roß bei 31 (im Vorjahre 31) Arbeitstagen 1 608 692 (im Vorjahre 1 855 542) Tonnen oder arbeitstäglich 52 537 (im Vorjahre 59 872), an Bricketts bei 27 (im Vorjahre 27) Arbeitstagen 281 479 (im Vorjahre 295 930) Tonnen oder arbeitstäglich 10 425 (Vorjahr 10 949) Tonnen. Hiervon gingen für Rechnung des Syndikats an Kohlen 4 440 098 (im Vorjahre 4 244 457) oder arbeitstäglich 164 448 (Vorjahr 157 292) Tonnen; an Roß 784 165 (Vorjahr 1 648 690) oder arbeitstäglich 29 295 (Vorjahr 87 055) Tonnen; an Bricketts 278 030 (Vorjahr 261 783) oder arbeitstäglich 10 223 (Vorjahr 9696) Tonnen.
Die Förderung stellte sich insgesamt auf 7 334 831 (Vorjahr 7 245 221) Tonnen oder arbeitstäglich auf 271 622 (Vorjahr 268 342) Tonnen und im Juni 1908 auf 6 257 421 respektive 267 697 Tonnen.

Der Grund des Rückganges der arbeitstäglichen Förderleistung des Monats Juni gegen die Monate Mai und Juni des Vorjahres wird auf die große Zahl der Feiertage und die Wahlen zum Abgeordnetenhaus zurückgeführt. Im Juli nahm die Förderleistung eine aufsteigende Bewegung an. Sie hat nicht nur den Ausfall vom Juni dieses Jahres überscholl, sondern auch das Ergebnis vom Juli 1907 überschritten; dagegen hat die mit Beginn des März infolge der starken Abnahme des Roßabfahes in die Erscheinung getretene rückläufige Bewegung des rechnermäßigen Abfahes in beiden Berichtsmonaten eingehalten. Er ist im arbeitstäglichen Durchschnitt im Juni gegen Mai um 1598 Tonnen, im Juli gegen Juni um 2651 Tonnen zurückgegangen. In den Absatzverhältnissen für Kohlen sind seit der letzten Berichterstattung keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Die schwächere Förderung im Juni hat zwar auch eine entsprechende Verminderung des Kohlenabfahes zur Folge gehabt. Indessen hat der Ausfall des Juni bei dem starken Versand des Juli seinen Ausgleich gefunden. Der Brickettsabfah der beiden Berichtsmonate sei auf der bisherigen Höhe geblieben, wogegen der Roßabfah gegen den Vormonat im Juni arbeitstäglich um 101 Tonnen, im Juli weiter um 1335 Tonnen abgenommen hat.

Bezüglich des verfloßenen Halbjahres heißt es im Bericht: Der Gesamtversand an Kohlen stieg im ersten Halbjahre 1908 gegen das erste Halbjahr 1907 von 25 928 801 auf 27 690 819 Tonnen. Der für Rechnung des Syndikats von 21 594 664 auf 23 617 645 Tonnen. Der Gesamtversand in Roß fiel von 7 621 795 auf 6 738 839 Tonnen, für Rechnung des Syndikats von 6 307 350 auf 5 408 323 Tonnen; der in Bricketts stieg von 1 819 303 auf 1 670 822 Tonnen, für Rechnung des Syndikats von 1 290 076 auf 1 531 541. Trotz der gegen Ende des vergangenen Jahres im Erwerbshleben eingetretenen Abflauung hat also der Kohlen- und Brickettsabfah bisher ein befriedigendes Ergebnis geliefert.

Preisermäßigung des Roßeisenyndikats.
Die „Märkische Zeitung“ meldet: Infolge der vom Roßeisen Syndikat Düsseldorf vorgenommenen Preisermäßigung von 4 Mark für die Tonne Roßeisen hat die Hauptversammlung des Vereins für den Verkauf von Siegerländer Roßeisen G. m. b. H. in Siegen beschlossen, vom 1. Juli ab innerhalb des Vereins die Verrechnungspreise für sämtliche Roßeisenforten um denselben Betrag zu ermäßigen.

Aus der Frauenbewegung.

Unternehmerfürsorge für Arbeiterinnen.
Wenn unter den Tausenden und Abertausenden von Arbeitgebern, die sich um das Wohl und Befeh der für sie Arbeitenden keinen Damm kümmern, auch der eine oder andere aufsteht, der in diesen nicht lediglich Ausbeutungsobjekte, sondern noch gewissermaßen Menschen sieht und ihre Lage um einiges verbessert, was ja in der Hauptsache ihm selbst wieder zugute kommt, so genügt das schon für gewisse eifertige Leute, von dem „sozialen Ausgleich“ und der „Gemein samkeit der Interessen“ zu sprechen. Im Ueberchwang der Berzigung werden dann diese Eintagsfliegen in schwungvollen Dithyramben als „selbstlose Wohltäter“, als „weitblickende Sozialpolitiker“ und „bahnbrechende Pioniere der Arbeiterwohlthät“ gepriesen. Und weit Kreise des Volkes, bei denen Frau Sorge niemals einspricht, die weit ab vom Schusse sitzen, lassen sich durch diesen Singsang in lächerlichen Schlummer wiegen; es ist ja so leicht, das „soziale Bewußsein“

einzufließen und so schwer, es wieder aus dem tobähnlichen Schlaf zu erwecken. Wie es in Wirklichkeit aussieht mit der Arbeiterfürsorge, das können nur die wissen, die mitten im praktischen Leben stehen, die ernsthaft an die sozialen Schäden herangehen und sich nicht durch süßliche Lobhymnen beirren lassen.

Bei und da ein Artikel eines hiesigen Blattes, von der fassbar bekannten Art, in die Hände, der mit dem viel versprechenden Titel geschmückt war: **Unternehmensfürsorge für Arbeiterinnen.** Wir lasen — lasen — lasen, das verschiedene Bestrebungen seitens der Unternehmer, für die Arbeiterinnen zu sorgen, eine ganze Musterkarte interessanter Versuche bilden. Lasen, daß Preity u. Sohn in Pöschwitz den Kleinen für zwei Pence täglich zwei Maßzeiten gibt, einen Spaziergang im Park und alle erforderliche Betreuung durch geschulte Pflegerinnen. Eine Reihe von Unternehmen hält in ihren Fabriken die Geschlechter möglichst getrennt. (Diese „Wohltat“ begreifen wir durchaus.) Die Firma Garmel in Wal-des-Bois läßt die Arbeiterinnen früher fortgehen als die Arbeiter. (Auch das begreifen wir.) Der Familienzusammenhalt wird gefördert durch Verwendung möglichst aller Familienglieder und Auszahlung des Gesamtlohnens an jedem Markttag an das Familienoberhaupt. (.) Eine amerikanische Gesellschaft hat für jedes Geschlecht eine gehobene Treppe mit eigenen Toilettevorrichtungen. Das bekannte Londoner Gewinndteiligungs-haus Clark, McKiss u. Coombs läßt die Männer und Mädchen in völlig getrennten Abteilungen arbeiten. Eine Detroit-Firma geht so weit, vorzuschreiben, daß in allen Abteilungen, in denen auch Mädchen beschäftigt werden, die Männer-Besucher und Arbeiter den Hut abnehmen müssen. Die Cadburys lassen in Mädchenabteilungen nur solche Männer arbeiten, die als ganz zuverlässig bekannt sind. In einer großen Schweizer Wollensabrik werden die Mädchen mit „Fräulein“ angesprochen. Diese Proben genügen wohl, den Humberg der „Unternehmensfürsorge“ für Arbeiterinnen zu kennzeichnen. Charakteristisch ist die Tatsache, daß alle die aufgezählten „Fürsorge-Maßnahmen“ nicht nur verdammt billig, sondern auch äußerst einträglich für den „humanen“ Arbeitgeber sind. So wird in Wohltätigkeit gemacht und diese „Fürsorge“ genügt den kapitalistischen Evidenzen, diese famosen Firmen in brechreiz-erregender Weise anzuheldern. Und am Schluß dieser unfeinwilligen Selbstberpottung schreibt man noch: „Es ergibt sich übrigens natur-gemäß immer wieder als Tatsache, daß es für Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur gemeinsame Interessen gibt.“

Gerichts-Zeitung.

Ein schwerer nächtlicher Erzeß,

bei welchem ein Schuhmann durch 30 Messerstiche schwer verletzt worden war, beschäftigte gestern die 1. Ferienkammer des Landgerichts III. Wegen Gefangenbefreiung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und gemeinschaftlicher Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges waren angeklagt: der Arbeiter Otto Kiefeler, der Schlosser Stanislaw Prozesinski, der Arbeiter Karl Redziß und der Arbeiter Stanislaw Prozesinski. In der Nacht zum 2. Februar d. J. befanden sich die Schupleute Buchholz und Wierdschein auf ihrem Dienstgange in der Dandelmännstraße zu Charlottenburg. Gegen 3 Uhr nachts kam der Angeklagte Kiefeler laut singend und lachend aus einem Lokal in der Dandelmännstraße. Die beiden Beamten forderten ihn auf, ruhig zu sein, Kiefeler sang und schrie nur noch lauter als zuvor. Die Schupleute nahmen nunmehr die Siftierung des R. vor. Auf dem Wege zur Wache tauchten plötzlich aus verschiedenen Hausnummern Leute auf, die sich den Schupleuten in drohender Weise näherten. Einer dieser Leute, der Angeklagte Stanislaw Prozesinski, forderte die Beamten auf, ihren Arrestanten laufen zu lassen, sonst könne ihnen etwas passieren. Wie auf ein verabredetes Zeichen hatten sich über 20 Mann angefannt, die fast sämtlich die rechte Hand in der Hosentasche hielten, als ob sie darin etwas zu verbergen suchten. Als die Beamten sich weigerten, den R. laufen zu lassen, wurde über sie hergefallen. Beide zogen den Säbel und schlugen um sich, so daß es verschiedene blutige Köpfe schte. Die Schupleute waren jedoch der Uebermacht der sämtlich mit dem

blanken Messer Bewaffneten nicht gewachsen. Besonders übel wurde der Schuhmann Buchholz zugerichtet. Er wurde dicht umdrängt, so daß er weder den Säbel gebrauchen noch seine Schutz-waffe ziehen konnte. Als der Schuhmann schließlich aus zahllosen Wunden blutend zu Boden sank, hatten die gewalttätigen Burchen ihr Mütchen gefüllt. Sie ergriffen die Flucht und entkamen zu-meist unerkannt. Der Schuhmann Buchholz hatte nicht weniger als 18 tiefe und 12 ungefährlichere Messerstiche davongetragen, an deren Folgen er mehrere Monate im Krankenhause zubringen mußte. Als die Haupttäter wurden die beiden Prozesinski und der jetzige Angeklagte Redziß ermittelt. — Vor Gericht be-stritten die Angeklagten, die Schupleute mißhandelt zu haben und stellten die Behauptung auf, daß die Schup-leute zuerst mit den Säbeln auf sie eingeschlagen hätten. Das Gericht hielt mit Rücksicht auf das über-aus brutale und gewalttätige Verhalten der Angeklagten empfind-liche Strafen für angebracht. Das Urteil lautete deshalb gegen Stanislaw Prozesinski auf 3 Jahr und 4 Monate, gegen Karl Redziß auf 2 Jahre Gefängnis, gegen Kiefeler auf 6 Monate und 1 Woche und gegen Stanislaw Prozesinski auf 6 Monate Gefängnis.

Ein wirklich „schwerer“ Diebstahl

führte gestern die Gebrüder Artur und Gustav Abt vor die 2. Strafkammer des Landgerichts II. Mit ihnen war der Pro-duktenhändler Hermann Griesert wegen Diebstahls angeklagt. Die beiden Brüder hatten am 23. Juni einen 240 Kilogramm schweren Kupferblock aus dem Kupferwerk „Deutschland“ in Ober-schönenweide gestohlen und auf einen dem Mitangeklagten Griesert gehörenden Handwagen geladen. Die Strafkammer erkannte gegen Artur Abt auf 6 Monate, gegen den schon vorbestraften Gustav Abt auf 9 Monate Gefängnis, Griesert wurde freigesprochen.

Das Vereinsvergügen des Arbeiter-Gefangenen als öffentliche Langstube.

Die Verordnung der Regierung zu Breslau vom 4. Januar 1899 sollte Genosse Langer als Schriftführer des Arbeiter-Gefangenen-Vereins „Frisch auf“ in Steinlitzendorf überzeten haben. Diese Verordnung macht das Abhalten öffentlicher Langstuben von einer vorherigen polizeilichen Erlaubnis abhängig. Der genannte Verein hatte im „Waldfühlchen“ ein Vereinsvergügen abgehalten, zu dem auch Gäste Zutritt hatten. Das Vergügen, auf dem getanzt wurde, stempelte die Behörde zu einem öffentlichen und machte Langer als Vorstandsmitglied wegen seiner Mitwirkung bei der Veranstaltung dafür verantwortlich, daß eine polizeiliche Erlaubnis weder eingeholt, noch erteilt sei. Die Strafkammer in Schweidnitz als Berufungsinstanz verurteilte ihn auch auf Grund der Bres-lauer Regierungsverordnung zu einer Geldstrafe. Sie führte aus: Zu dem Vergügen des Vereins, der 40 bis 50 Mitglieder zählt, von denen die Hälfte nur verheiratet sei, wären Gäste heran-gezogen worden. Einladungsarten mit Programmen, die 30 Pf. kosteten, seien an die Mitglieder, sobald jeder nehmen wollte, zum Vertrieb abgegeben worden. Die Karten wurden mit dem Namen des Gastes und des Wirtes versehen. 100 Personen hätten an dem Vergügen teilgenommen. Bei Ausgabe der weiter zu verkaufenden Karten sei den Mitgliedern allerdings gesagt worden, sie sollten sie nur an gute Bekannte und Freunde abgeben. Das sei aber nicht innegehalten worden. — Eine Langstube, die sich als eine geschlossene Gesellschaft darstelle, bedürfe zwar keiner Erlaubnis, und zweifellos sei der Gefangenen-Verein „Frisch auf“ selbst eine geschlossene Gesellschaft, da es ein nach außen abge-schlossener Kreis von innerlich mit einander verbundenen Personen sei. Die Frage wäre nur, ob nicht die Zahl der Gäste und die Art der Einladung das Vergügen als öffentliches erscheinen lasse. Das sei zu bejahen. Gewiß mache an sich die Teilnahme von Gästen das Vergügen einer geschlossenen Gesellschaft noch nicht zu einem öffentlichen. Voraussetzung sei dann aber, daß die Gäste innerlich verbunden seien mit den sie einführenden Personen, daß es sich um deren Verwandte oder Freunde handele. Hier hätten einschließlich solcher Gäste vielleicht 100 Personen zusammen kommen können. Es seien aber 190 gewesen. Mit etwa 90 Gästen habe also jede nähere Bekanntschaft gefehlt! Tatsächlich seien auch von den Mitgliedern allen möglichen Personen Karten angeboten und verkauft worden. Somit sei das Vergügen zu einem öffentlichen geworden. — Der Angeklagte sei mit verantwortlich, weil er bei der Durchführung

des Vergügens als Vorstandsmitglied mitgewirkt habe. Es liegt mindestens Fahrlässigkeit vor.

Das Kammergericht gab der Revision des Angeklagten statt, hob das Urteil auf und verwies die Sache in die Revision zurück. Der Senat nahm an, ohne Rechtsirrtum sei das Vergügen für ein öffentliches erachtet worden. Da aber das Vergügen des Angeklagten nicht ausreichend dargelegt sei, so müsse sich damit das Landgericht noch mal beschäftigen. — Und dünkt, auch die „Feststellung“, daß ein öffentliches Vergügen vorlag, ist unbillig.

Wie ein Strafantrag entsteht.

Vor dem Breslauer Schöffengericht war der Kellner Max Erb-mann angeklagt, während des letzten Kellnerstreiks den Ausschüß-leitner (Arbeitswilliger) Georg Ollis beleidigt zu haben. Er be-stritt den durch die Anklage gemachten Vorwurf. Auch Ollis er-klärt, sich nicht beleidigt gefühlt zu haben. Auf die Frage des Vor-sitzenden, warum er denn da Strafantrag gestellt habe, antwortete Ollis: „Ein Schuhmann hat mir lange zugeredet, ich müsse Straf-antrag stellen; er sagte, daß sei meine Pflicht und da habe ich es dann auch getan.“ Tableau! Der Staatsanwalt beantragte darauf selbst die Freisprechung. Auf diese erkannte auch das Gericht. — Gibt es in der Tat kein Mittel, den Ueberreifer von Polizeibeamten in der Anstiftung zu überflüssiger Arbeit abzukühlen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbrechtskundeandes Lindenstraß Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl, wochentags abends von 7, bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonntags abends ab 6 Uhr. Jeder Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wortzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trage man in der Erbrechtskunde vor. — **B. 95.** Den Antrag müßten Sie beim Bezirkskommando stellen. — **A. G. 65.** 1. Sie eventuell Ihr Mann müßten zahlen. 2. Wenn Sie noch in diesem Jahre aus der Kirche austräten, so sind Sie vom Schluß des Jahres 1908 ab von der Kladderel mit Kirchensteuer befreit. — **G. K. 28.** 1. Verleihen Sie es mit gefahdter Kreide. 2. und 3. 1 R. genügt zur Einzahlung. — **A. P. 68.** Leider vermögen wir keine Firma zu empfehlen. — **M. P. 60.** 1. Rein. 2. Nach zutreffend, aber be-strittener Ansicht, abgesehen von Kaschnake, nein. — **J. N. 7.** Rein. — **Waldheirbeiter.** Keineswegs. Das Verzeichnis schreibt (in § 10) nur vor: Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift, welcher Anzeigen annimmt, ist verpflichtet, die ihm von öffentlichen Behörden mitgeteilten amtlichen Bekanntmachungen auf deren Verlangen gegen Zahlung der üblichen Einrückungsgebühr in einer der beiden nächsten Nummern des Blattes anzunehmen. Selbst wenn man die Mitteilung einer Behörde, daß sie Stellen zu besetzen hat, als amtliche Bekanntmachung ansieht, so ist der Redakteur zur Aufnahme solcher Bekanntmachung nur verpflichtet, wenn die Behörde diese „Bekanntmachung“ unterzeichnet und die Veröffentlichung der so gefalteten (unterzeichneten) Bekanntmachung verlangt. — **A. G. 1.** Sie müßten den Antrag in Oesterreich stellen. — **B. 2. 12.** Sie müßten bei dem Amtsgericht (Vormundschaftsgericht) Auseinander-setzung eines Ehegatten beantragen. — **P. 28.** Der Amtsböcher ist die genähte Zehnjahrs. — **P. 27.** 1. und 2. Rein. 3. Ja. — **G. G. 19.** Sie können schon jetzt den Antrag auf Ueberweisung an das Landgericht, das die Ueberhebung ausgesprochen hat, richten. Zweckmäßig ist es, die Einwilligung des früheren Gläubigers beizufügen. Der Bescheid wird in etwa drei Monaten erteilt. — **A. P. 3.** Leider nein.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag: Getreide stark, Geschäft ruhig, Preise für Schweinefleisch anziehend, für Schlachtvieh, sonst unändert. Bild: Zufuhr geringen, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise gut. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft matt, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft lebhaft, Preise unändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr aus-reichend, Geschäft lebhaft, Preise nicht wesentlich verändert.

Witterungsübersicht vom 17. August 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Kilometer-Entfernung	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. tags u. nachts
Schwetznitz	760 N	1/2 halbb.	16	Düster	14
Dresden	762 SW	2/3 halbb.	13	bedeckt	19
Berlin	760 SW	bedeckt	15	bedeckt	16
Frankfurt	768 SW	2/3 halbb.	13	bedeckt	11
Königsberg	763 N	5/6 halbb.	11	bedeckt	12
Wien	761 S	1/2 wolkig	14	bedeckt	12

Witterungsprognose für Dienstag, den 18. August 1908. Etwas wärmer und noch ziemlich wolkig bei meist schwachen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 45/49. Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden.

Theater.

Dienstag, den 18. August. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Königl. Operntheater. Die Bohème. Deutsches. Des Meeres und der Liebe Wellen. Kammerstücke. Lystrata. (Anfang 8 Uhr.)

Täglich nachm. 5 Uhr: Gr. Militär-Doppelkonzert. Eintritt 1 M. von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren — die Hälfte.

Luisen-Theater.

Dienstag, den 18. August 1908, abends 8 Uhr: Suse. Täglich: Suse.

WINTERGARTEN

Eröffnungs-Programm.

The Zanzigs — Joseph Josephi, Sänger — Ephraim Thompson, dressierte Elefantentänzer — Okabe, Japaner-Gruppe — Die 5 Mowatt's, Keulen-Jongleure — Die 12 Tiller Girls, Engl. Gesangs- u. Tanztruppe — Cornelia und Eddie, Amerikanische Excentrics — Der Zukunftspreis, großes Rennbild — Karl Hertz, Zauberkinastler — Boyer de Lafory, Französischer Sängerin — Der Biograph.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Morwig-Oper. Dienstag, abends 8 Uhr: Figaros Hochzeit. Komische Oper in 4 Akten von B. A. Mozart. Mittwoch, abends 8 Uhr: Gastspiel Heinrich Bütel: Die weiße Dame. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Prophet. Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: Stein unter Steinen. Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Revisor. Donnerstag, abends 8 Uhr: Das letzte Mittel.

Residenz-Theater. — Direktion: Richard Alexander. — Abends 8 Uhr: Der Floh im Ohr. Schwank in 3 Akten von G. Feytaud. Deutsch von Wolf-Jacoby. Morgen und folgende Tage: Der Floh im Ohr. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. 8 Uhr. Sommerspielzeit. Leitung v. G. Pätz. Dienstag, den 18. August 1908: Die Diebin. Genfations-schauspiel in 4 Akten von G. W. S. Mc. Lellan. Mittwoch: Ein Raubmörder. Donnerstag: Die Diebin.

Diez' Spezialitäten-Theater. Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station. Sequennte Fahrgeliegenheit nach allen Stadtrichtungen. Ob schön! Täglich: Ob Regen! Das neue und beste Programm Berlins. Die größte u. beste Raubtiergruppe d. Gegenwart. Gebr. Bügler. 10 Löwen und 8 Bären. Anfang 8 Uhr. Entree Hochtags 20, Sonntag 30 Pf. Täglich: Volkseinstellungen aller Art.

Das tägliche Ziel vieler 1000 Schaulustiger bildet die Hagenbeck-Schau Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 213, 5^o. Täglich abends 8 Uhr: Große Vorstellung. Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr. Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere. Jeden Donnerstag ab 10 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags hochinteressante Raubtierdressur-Proben. Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachs. u. 25 Pf. f. Kinder. Dienstag, den 18. August, nachmittags 4 Uhr: Extra-Gala-Vorstellung, deren Gesamterlös der Zeppelin-Spende überwiesen wird.

Hebbel-Theater.

Königsbrüder Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Cyrienne. Lustspiel in 3 Akten v. Sardou u. Nozès. Mittwoch: Frau Warrens Gewerbe. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Die blaue Maus.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr: Baccarat. Morgen u. folgende Tage: Baccarat. Sonntag: Der Dieb.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater. Vorverk. Anfang 8 Uhr. 57 Kommandantenstr. 57. Das kommt davon! mit dem Vorspiel: Es lebe das Nachtleben. Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.

Kleines Theater. Dienstag, den 18. August, Anf. 8 Uhr: 2 mal 2 = 5. Mittwoch: 2 mal 2 = 5. Donnerstag: 2 mal 2 = 5. Freitag: 2 mal 2 = 5.

Metropol-Theater. Zum 334. Male: Das muß man seh'n. Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz. Anfang 8 Uhr. Mäuschen gefaltet. Apollo Theater. Ab 8 Uhr: Die Attraktion. Kobitaren.

Vera Violetta.

Baudelaires-Operette von Ch. Feytaud. 10 1/2 Uhr: Graf Zeppelin auf seiner großen Fahrt. 10 1/2 Uhr: Konzert im Zeeleergarten.

Dernhard-Rose-Theater. Dr. Kranzfelder Str. 122. Das Geheimnis v. New York. Anf. 8 Uhr. Sommerpreise. Auf der Gartenbühne: Theater-Vorstellung. Spezialitäten. Anfang 4 1/2 Uhr.

Berliner Uk-Trio. Felix Scheuer. Sternstra. 1.

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Ein Walzertraum. Operette von Oskar Strauß.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese
aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
BELLINI
der König aller Gedankenleser
mit seinen noch nie gesehenen,
aus Unglaubliche grenzenden
Gedankenübertragungen
Das großartige August-Programm!
Grete Gallus, Fritz Steidl usw. usw.

Parodie-Theater
Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rustikana und
die urkomische Burleske
„Berlin steht Kopf“.
Ausgang Sonnt. 8, Wochent. 8 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Hill. Brunnstr. 16.

Angeklagt!
Schauspiel in 7 Bildern.
Anf. 6 Uhr. Kaffeelücke 3-6 Uhr.
Donnerstag: Benetti Rothow.
Dugall: Anna-Diefe.

Neue Welt
Hasenheide 108-114.
Gr. Bayerisches
Kellerfest
Heute:
Kongreß der
Dickleibigen.
3 Preise:
M. 60,-, M. 40,-, M. 20,-.
Prämierung 10 Uhr.
Meldungen bis 9 1/2 Uhr an d. Kasse.
Morgen:
Gratis-Verlosung
einer Kücheneinrichtung.

Sanssouci Kottbuser
Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutscher Sänger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 1/2.

Walhalla
Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Spezialitätenvorst. im Garten.
Beliebigst. Beliebigst. Theater.
Großes Progr. Anf. d. Sonnt. 8 1/2 Uhr.
Anf. d. Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonnt.
Sonntag, 22. August: Gala-
Sommerfest. Eine Knallnacht a.
d. Weinbergsweg. 9. d. Anst. C.

Extra billige
Promenaden-
Korso-Fahrten
mit **Militär-Musik**
8 festlich geschmückte Salon-Dampfer
am **Mittwoch, d. 19. August** und **Donnerstag, d. 20. August**
ab **Schillingsbrücke**
nach dem **Müggel- u. Langen See.**
Abfahrt von 2 Uhr nachm. an. Außerdem Abfahrt abends 7 1/2-8 Uhr
mit illuminierten Dampfern, zur Besichtigung der erleuchteten
Bismarck-Warte
Dann zurück nach dem festlich
dekorierten Restaurant
„**Kyffhäuser**“
Dasselbst: **Großer Sommernachts-Ball.**
Fahrpreis hin und zurück 50 Pf.
Reederei Robert Tisner.

JOSETTI JUNO
Cigaretten.
Cigaretten „gerade so gut“
kosten das doppelte
und mehr.
10 St. für 20 Pfg.



Reichshallen-Theater
Täglich:
Stettiner
Sänger.
Anf. Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und
Restaurant: Militär-Konzert.

Brunnen-Theater
Babstraße 68. Direkt.: Will Voigt.
Täglich:
Der jüngste Leutnant.
Erstklassige Spezialitäten.
Bollini Truppe Kurt Ellis
The 5 Violettes Powel and Powel
Adolf Hartley.
Eröffnung 9 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.
Mittwoch, 26. August: 40-jähriges
Sühnenjubiläum von Carl Meißner.

Gustav
Behrens-
Theater.
Goltzstr. 9.

Wiedereröffnung
Sonntag, den 22. August:
Neu! Neu! Neu!
Die Guldenprinzessin.
Operette.
Wiederaufsetzen von Gustav Behrens
und 10 erstklassige Spezialitäten.
Duffes Kinematograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Gstbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdigerstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.

Schweizer
Garten.
Am Königstor - Am Friedrichshalm.
Täglich: Theater-Vorstellung,
Spezialitäten und Ball.
Jeden Abend **Berliner Leben.**
10 Uhr:
Vollständ. mit Gesang in 3 Bildern.
Jeden **Kinderfreundest.**
Mittwoch: **Kinderfest.**
Vollständ. mit Kinematograph.
Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist Saal u. Garten
an Vereine zu Festlichkeiten zu
vergeben.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Die Welt ein Paradies
große Ausstattungs-Revue
und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4 1/2 Uhr.
Im Saale: Täglich gr. Ball.

Max Kliems
Sommer-Theater.
Hasenheide 13-15.
Täglich: **Großes Konzert, Theater-**
und Spezialitäten-Vorstellung.
Mittwoch: **Kinderfest.**
Donnerstag: **Elite-Tag.**

Wohin unsere Ausflüge?
Nach dem Jdyl des Südsieds:
Rauchfangwerder! Zum „Waldhaus“
Bequeme Bahnverbindung bis Zeuthen.
Täglich, außer Sonntag und Montag, **Dampfer-Extrafahrten**
vormittags 10 1/2, u. nachmittags 2 1/2 Uhr.
ab Zannowbrücke und Schleißisches Tor (Stern-Gesellschaft).
Eduard Rutkowski.

Ein Triumph
der
Zigaretten-Fabrikation!
Selowsky's
Caruso
Zigaretten
nur **3 Pf.**
per Stück!



Es kommt der Tod
sicher jeder Banze bei Anwendung von Reichel's verstärkt. Wanzenschild.
Sicherstes Spezialmittel der Welt! Tötet die Brut. Pl. 50 Pf. 1.-, 2.-,
3.-, 5.-. Der Teufel holt alle Schwaden u. ihre Brut durch Reichel's
Schwabenpulver „Poudre Martial“. 50 Pf. 1.-, 2.-, 3.-, 4.-. Nur
echt u. gerant. wirksam mit Marke „Tod u. Teufel“. Sprühapparate
50 Pf. erhältlich in d. Drogerien, wo Valale mit „Tod u. Teufel“ u. bei
Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4. Amt IV 4751, 4752, 4753.

Jenensia-Räder! Mod. I.
10 Jahre Garantie! Teilzahlung!
Adler-Räder!
Phänomen-Räder!
Groskurth's Social-Räder von M. 56.- an!
Auswahl in gebrauchten Rädern!
Motorzweiräder! Fahrradzubehör spottbillig!
R. Groskurth, Berlin C., Münzstraße 23.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie für die zahlreichen
Kranzpenden bei der Beerdigung
meines lieben Mannes
Franz Dolz
sage ich hierdurch allen Verwandten,
Genossen und Bekannten sowie den
Sängern, Kollegen und Vertretern
der Firma B. Singer u. Co. meinen
herzlichsten Dank.
Wwe. Gertrud Dolz.

Restaurationsräume,
durch Gebäude günstig, am
Kottbuser Damm. Sonntags 10/30
zu verm. Müller, Hallesches Ufer 6.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am
Moriplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:

Mit vollen Segeln.
Lebensbild in 3 Akten.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.

Volksgarten-Theater
am Bahnhof Gesundbrunnen.
Dienstag, den 18. August 1908:

Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Neues Riesen-Programm.

Furunkel!
Dauerhafte, hautsinnige, gesunde Haut-
ausflüge, Gellatinsalbe, Wäcker, Wäcker,
Wäcker, Sommer-Revue etc. etc. etc.
siehe, wie man die Haut zu einem
Reichthum macht. D. R. P. 241,414. Original-
rezeptur. Preis 50 Pf. (große
Packung, 15 Pf.) und 10 Pf. (kleine
Packung, 5 Pf.) von Rührer-Werke.

Wunderbare Erfolge!
zumal bei gleichzeitiger Anwendung von
Judith-Creme, dem herrlichen und
angenehmsten aller Hautcremes, Preis
M. 2.-, Probehalbe 75 Pf., sowie bei nach
dem gleichen Salami hergestellten **Wunder-**
creme mit **Wunder-Seife**, Preis
50 Pf. (kleine Packung) und
M. 1.50 (große Packung), werden
jährlich berichtet. Jeder, der dieses
göttlich heilige, mache einen Versuch. Für
die jetzt Haut der Kinder verwendet die
besten **Wäcker Wäcker-Kinder-**
Seife, D. R. P. 241,414, Preis 50 Pf., und
Wäcker-Kinder-Creme, Preis 40 Pf.,
Probehalbe 20 Pf., das Gellatinsalbe, Wäcker
und Wäcker für die kindliche Haut. **Heber**
zu haben. Wo nicht, direkt Versand durch
H. Jander & Co., Berlin, Postdammerstr. 73.

In Berlin edit bei **Max Schwarz-**
lofe, Köpenicker Str. 59 und **Poldamer**
Str. 7a, **Franz Schwarzlofe**,
Leipziger Str. 56, **Schwarzlofe**,
vorn, **Adolph Heister**, Friedrich-
straße 183, **J. F. Schwarzlofe**,
Markgrafenstraße 29, **Paul Rades**,
Luznitzer Str. 45, **Fritz Kran**, **Rei-**
noldsdorfer Str. 119, **Reichsadler**,
Apothete, **Gr. Frankfurter Str. 134**,
Herm. Gornik, **Rothenower Str. 48**,
Gust. Neumann Wwe., **Reue Kö-**
penicker Str. 14, **Otto Schult**, **Chaussee-**
straße 87, **Otto Reichel**, **Eisenbahn-**
straße 4, und außerdem in fast allen
Apotheken, Drogerien, Parfüme-
rien der Welt.

Der ganze Rest
an **Anzügen,**
von der Konkursmasse
„Blitz“
herstammend, kommt
bis zu 185/13
50% unter Preis
zum Verkauf,
stannenerregend billig.
9 Rosenthaler Straße 9.
85 Chausseestraße 85.
137 Gr. Frankfurterstr. 137
24 Kottbuser Damm 24.
Schöneberg
10 Hauptstraße 10.

Am Sonntag, den 15. August,
nach längerem, schwerem
Leiden unter treuer Mitarbeit,
der Genosse
Karl Mude
im 49. Lebensjahre.
Wir werden ihm stets ein
ehrenvolles Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 19. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt. 10836
Oeffentliche Bibliothek u. Lesehalle
H. Holmann.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß unser
braver Kollege
Karl Mude
am Sonntag, den 15. August,
seinem Leiden erlegen ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 19. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Das Personal der
Oeffentlichen Bibliothek und
Lesehalle.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Metall-
arbeiter 190/18
Karl Mude
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 19. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Bezirk Weißensee.
Am 16. August verstarb unser
Mitglied, der Maurer
Otto Lehmann
Leider-Str. 119.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 19. d. M., nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle
des Weissenfelder Friedhofes, Koel-
straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein
Rummelsburg.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Drechsler
Albert Mohr
am 9. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
8/9
Der Vorstand.

Sonntag nachmittag starb nach
schwerem Leiden meine liebe Frau,
Walter, Tochter, Schwester und
Schwägerin 40222
Hedwig Bönigk,
geb. **Hoeg.**
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch in Rentnisch (Pofen) statt.
Im Namen der Hinterbliebenen
E. Bönigk.

Zentral-Verband der Maurer
Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am 14. August verstarb an der
Proletarierkrankheit im Alter von
48 Jahren unser langjähriges
Mitglied 190/4
Ernst Zepp
(Korden II).
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 18. d. M., nach-
mittags 5 Uhr auf dem Südlichen
Friedhofe, Müller- u. See-Str. 10,
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Verbandsleitung.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und
die reichen Kranzpenden bei der
Beerdigung unseres lieben Sohnes
Wilhelm Kühn
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, dem Transport-
arbeiterverband II., dem Arbeiter-
Radfahrerverein Rummelsburg, dem
Belagereich „Sängerchor“ und dem
Berliner Schwimmverein „Welle“
meinen herzlichsten Dank. 10345
Die trauernden Eltern und Geschwister.

Blumen- und Franzbinderei
von **Robert Meyer,**
nur **Mariannen-Str. 2.**

Der „Hauptmann von Köpenick“ in Freiheit.

Am Sonntagmorgen um 1/4 Uhr wurde der Schuhmacher Voigt aus dem Strafgefängnis in Zehlendorf entlassen. Die Entlassung erfolgte auf Grund einer telephonischen Anweisung des Justizministers: Der Rest der am 1. Dezember 1906 wegen schwerer Urkundenfälschung, öffentlicher Freiheitsberaubung, Betruges und unbefugten Tragens einer Uniform gegen Voigt erkannten vierjährigen Gefängnisstrafe war auf ein Gnaden-gesuch hin ihm endlich erlassen. Urkundenfälschung, Freiheitsberaubung usw. nannte das Gericht juristisch die einzelnen Phasen des gelungenen Handstreichs, den Voigt am 16. Oktober 1906 als selbsternannter Höchstkommandierender einer aus 12 Soldaten des Garde-Rüsküler-Regiments und des vierten Garderegiments zusammengesetzten Truppe gegen das Rathaus, den Bürgermeister und die Kasse in Köpenick unternahm. Der Mann, der nie Soldat gewesen, hatte der abgelösten Wache der Gardefüsküler in der Schwimmanstalt in Plöbensee in der Uniform eines Hauptmanns befohlen, ihm zu folgen, um auf allerhöchsten Befehl eine Verhaftung vorzunehmen. Eine abgelöste Schießstandswache des 4. Garderegiments ließ er, sich dem Zuge anschließen. Dann wurde scharf geladen. Seitengewehr aufgepaszt, auf Bahnhof Putzstraße losmarschiert. Von dort ging es zum Rathaus nach Köpenick. In Köpenick das Rathaus militärisch besetzt, Bürgermeister und Inspektor verhaftet, dem als Sozialistenfeind bekannten Polizeinspektor Jädel Erlaubnis zum Gehen erteilt, die Gendarmen mit Fernhaltung des Publikums beauftragt, 4002 Mark konfisziert. Und das alles auf Grund einer alten Hauptmannsuniform und angeblichen Kabinetts-order. — Ein „feines Ding gedreht“.

Hell auf Lächeln die zivilisierte Welt über das Preußens politische Zustand blickend belächelnde Gaunerjüchelen. Erst am 20. Oktober gelang es den von der öffentlichen Meinung zum „Hauptmann von Köpenick“ auf Lebenszeit Ernannten zu entweichen. Da stellte sich heraus: Voigt war ein mit Zuchthaus bestraffter Mann, den die Staatsgewalt kraft „polizeilicher Aufsicht“ aus ehrlicher Arbeit in Wismar gejagt hatte und der in Verweisung „unter Polizeiaufsicht“ das Erwerbsschicksal erdulden hatte. Nun wurde nicht nur das Militär- und Verwaltungssystem, sondern das System unserer Justizpflege mit Recht zum Gespött in der Welt. Der Hölle Voigt ist symptomatisch für die Zustände in Preußen. Das zeigt dann auch das Lebensbild, welches in der Verhandlung vor der Strafkammer über Voigts Leben entrollt wurde. Die Verhandlung ist noch in frischem Gedächtnis. Wir können uns auf unsere damaligen Ausführungen beziehen.

Einen erschütternden Eindruck machte das vor der Strafkammer aufgerollte Lebensbild. Es kämpfte sich das Herz zusammen, als man sah, wie durch die Gesellschaft, durch ihre Einrichtungen ein hochbegabter Mensch ins Gefängnis, ins Zuchthaus und aus ehrlicher Arbeit immer wieder und wieder getrieben wurde. Nicht der Schuhmacher Voigt, sondern die Gesellschaft hatte die Verbrechen begangen, derenwegen er büßen mußte. Das bekannte Wort Ducllets: „Die Erfahrung lehrt uns in der Tat mit aller möglichen Augenscheinlichkeit, was auf dem ersten Augenblick widersinnig erscheinen mag, daß die Gesellschaft das Verbrechen vorbereitet und daß der Verbrecher das Werkzeug ist, das es vollzieht“ werde durch den Lebensgang des Angeklagten aufs evidenteste bestätigt. Den vierzehnjährigen jungen arbeitswilligen Menschen schickte der Staat ins Gefängnis wegen Diebstahls: wie viele von denen, denen das Glück reiche Eltern beschert würden unter ähnlichen Umständen dieselbe Straftat begangen und sich gewundert haben, daß das Gesetz das Unternehmen Diebstahl nennt, den Unterhalt sich ohne Achtung des Gesetzes, das ja für Beschaffung von Lebensunterhalt nicht sorgt, zu verschaffen? Halte die Formen des Gesetzes ein, werde Mitglied einer Erwerbsgesellschaft Typelkirch u. Cie. oder wie sie sonst heißen mag, dann kannst du sogar reich werden, ohne zu arbeiten und schließlich im Sinne des Gesetzes, im Sinne der Gesellschaft doch nicht. Aber wenn einen armen 14jährigen Jungen, der nichts als seine Arbeitskraft hat, der durch Arbeit für sich selbst sorgen will, Arbeitsgelegenheit aber nicht erhält, der Hunger packt und er an fremdem Eigentum zwecks Stillung des Hungers sich vergreift — marsch ins Gefängnis! Als Handwerksbursche sucht Voigt ehrlich und redlich sich durchzuschlagen. Er „fehlt“, „macht schmal“, „duzt Klaffen“, oder wie sonst der Sachausdruck für Ausprechen des Mitmenschen um Weisheit aus ehrlicher Wanderhaft lautet: flugs packte ihn der Gendarm; ein Gericht bestrafte das Fechten des arbeitsuchenden, wandernden Arbeiters als „Wetteln“. Mit zwölf Jahren suchte er gar nicht das Prenzlauer Schwurgericht einen tölpelhaften Versuch des laum 18 Jahre alten Gefessenen, sich die Mittel zu verschaffen, um Händeleien wegen seiner Armut zu entgehen! Das Höchstmaß von fünfzehn Jahren Zuchthaus legen unter klarer Gesetzesverletzung fünf gelehrte Richter dem 42jährigen Manne auf. Verzweifelte Versuche, das ungerechte Urteil zur Aufhebung zu bringen, waren vergeblich — das größte Unrecht, in die richtigen Formeln gegossen, ist im Reiche der preußisch-deutschen Gerechtigkeit unabänderlich. Trotz der furchtbaren Schicksalsschläge suchte der Siebenundfünfzigjährige ehrliche Arbeit. Er fand sie. Die Organe des Staates rissen ihn kraft Polizeiaufsicht und Ausweisung aus ehrlicher Arbeit. Alle Bemühungen, einen Pöhl zu erhalten, schlugen fehl: Die Polizeibürokratie rückte nicht von der Stelle, war nicht in der Lage, ein einfaches Pöhlformular auszufüllen. Pöhl war sie aber bei der Hand, aus ehrlicher Arbeit und aus der Möglichkeit, neue Arbeit zu erhalten, den armen Mann zu drängen. Da packte ihn grimmer Humor: geht euer System dahin, dem ehrlich ringenden Manne Arbeitsgelegenheit abzuschneiden, wofür, so benutze ich das System, das euch stützt, euer System der äußeren Form und des Kadavergehorsams, ich dreh' ein Ding mit dem Militär. Und es gelang ihm das Ding, nicht weil er ein „alter Verbrecher“, sondern weil das System der zivilen Rechtslosigkeit und des militärischen Absolutismus von jedem benutzt werden kann, — der die Formen dieses Systems rücksichtslos anwendet.

Eine tiefste soziale Tragödie, das Schicksal des Tüftler-Schusters — sein Zug nach Köpenick eine heitere Komödie, die wie ein Scheinwerfer das Unhaltbare der deutschen politischen Zustände beleuchtet. Form und Uniform ist unserem Rechts- und Willkürsystem alles: vorhanden, nicht höherer Zwecke halber, sondern seiner selbst willen.

Juristisch, meinte der Staatsanwalt in der Verhandlung, habe der Hauptmann von Köpenick eine harte Ruhe zu machen gegeben. Was sein: mit ebenso viel und ebenso wenig Recht wie die erhobene Anklage hätte eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung, wegen Raubes, wegen Landfriedensbruchs gegen Voigt erhoben werden können. Bei einer dahin gerichteten Konstruktion hätte freilich das Schwurgericht mit der Sache befaßt werden müssen. Und dann lag es nahe, daß Geschworene erklärten: was der Mann getan hat, hat er in Notwehr gegen die Unbill getan, die der Staat, die die Gesellschaft, die das bestehende System ihm zugefügt hat; er ist deshalb nicht schuldig des Raubes, der Erpressung, des Landfriedensbruchs, des Betruges, der Urkundenfälschung und unter welchen Begriff immer die Anklagebehörde seine Tat subsummiert. Schuldig hätte er allenfalls der Veranstaltung einer öffentlichen Lustbarkeit ohne polizeiliche Erlaubnis sein können — wenn er nicht das, was er tat, „unter Polizeiaufsicht“ getan hätte. Zu vier Jahren Gefängnis wurde Voigt verurteilt. Angeklagt war Voigt — gerichtet die Gesellschaftsordnung. Sie war die Schuldige für die früheren, sie war die Schuldige für die jüngste Tat des Hauptmanns von Köpenick, der nur ihr Werkzeug war, das die von der Gesellschaft vorbereiteten Verbrechen vollzog. Daran änderten phantastische Scheltworte vom „gemeinen Verbrecher“, „geriebenen Gauner“ und dergleichen nichts, von denen bürgerliche Organe übertrieben. Sie bewiesen insbesondere gegenüber dem Schuhmacher Voigt ein recht geringes Gefühl von Dankbarkeit. Und auf Dankbarkeit hat der Mann Anspruch, der so anschaulich, gleichsam experimentell, die Minderwertigkeit des preußisch-deutschen Polizei- und Militärsystems illustriert hatte.

Massenhaft waren später Angebote für den „interessant“ gewordenen Mann zu sorgen. Ihm sollen 20 000 M. und eine Monatsrente von 100 M. von „Wohltätern“ gestiftet, jetzt auch reichliche Arbeitsgelegenheit geboten sein. Wir gönnens ihm? Wie viel Tausende gibt es, denen die Gesellschaftsordnung ebenso ungerecht mitgespielt hat, wie dem „Hauptmann von Köpenick“?

Bei seiner Entlassung am Sonntag zeigte sich Freund Bürokratias wieder von seiner vollen Breitseite. Dem Mann konnte der Arbeitsverdienst nicht ausgezahlt werden, weil das Bureau geschlossen. Mildeherzig wurden ihm 20 Pf. geschenkt oder in Vorschuß gegeben, damit der der Freiheit Wiedererlangene wenigstens die Bahn benutzen konnte. Tausende bereiteten dem Schuhmacher in Rixdorf ein jubelndes Willkommen. Die ein Lauffeuer hatte sich die Kunde von der Entlassung des „Hauptmanns“ verbreitet.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine.

Heute, Dienstag, den 18. d. M., 8 1/2 Uhr abends pünktlich, finden in den sechs Berliner Kreisen die Generalversammlungen statt, welche sich mit dem Rärnberger Parteitage, der Provinzial-Konferenz usw. und den betreffenden Delegiertenwahlen beschäftigen.

- 1. Kreis: Drähtels Festsäle, Neue Friedrichstr. 85.
- 2. „: Vordrauerer, Tempelhofer Berg.
- 3. „: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
- 4. „: Keller (Zuh. Preter), Ropenstr. 29.
- 5. „: Altes Schützenhaus, Linienstr. 6.
- 6. „: Germaniastraße, Chausseestr. 110.

In allen Versammlungen legitimiert das Mitgliedsbuch. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten alleseitiges und pünktliches Erscheinen.

Die Vorstände.

Zehlendorf. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in J. Klippensteins „Seeschlößchen“, Spanbauer Straße 4, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung in Panitzsch und Kammelsburg. Stellungnahme zum Bildungskursus für diesen Winter und andere wichtige Punkte. Am zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird erlucht.

Der Vorstand.

Köpenick. Die vom Vorstand des Wahlvereins veranlaßte Besammlungsveranstaltung in der Sonntagnummer beruht auf einem Versehen. Die Versammlung des Wahlvereins findet heute, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Scheer statt. Der Vorstand erlucht um recht pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Treptom-Baumshulenkweg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet die Generalversammlung des Wahlvereins in Speers Festsälen, Baumshulenkstr. 78, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Berichterstattung von der Kreisgeneralversammlung. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand macht darauf aufmerksam, daß es in Anbetracht der für den Ort überaus wichtigen Tagesordnung Pflicht eines jeden Mitgliedes ist, für guten Besuch der Versammlung zu agitieren.

Reinickendorf. Heute abend 1/2 9 Uhr findet im „Landhaus“, Chausseestr. 97, die Vereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Revolutionen in der christlichen Religion. Referent: Genosse Störmer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder, Frauen und Männer, erwartet. Der Vorstand.

Griedenau. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins fällt heute aus.

Der Vorstand.

Zehlendorf. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Lokale des Genossen B. Bonow, Zehlendorfer Str. 4, findet die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Kallisch. Bericht von der Generalversammlung des Kreises. Das Erscheinen aller Genossen ist dringend erwünscht. Aus Gasse haben Zutritt. Der Vorstand.

Pankow. Heute pünktlich 1/2 9 Uhr abends: Außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins im „Kurfürsten“, Berliner Straße 102. Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht. 2. Bericht aus den Kommissionen. 3. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 4. Neuwahl des Vorstandes. 5. Verschiedenes.

Reinickendorf-West. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in den Eichbornsälen die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung wird dort bekannt gegeben. Mitgliedsbuch legitimiert. Am zahlreiches Erscheinen bittet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Markthallen.

Sind das „Schmerzgenß“ unserer Gemeindeverwaltung. Als sie erbaut wurden, sagte man sich im Rathause, ihr Gedelgen sei von vornherein gesichert, da die Händler samt den Käufern ja kommen müßten. Es hat sich aber ergeben, daß weder die Händler noch die Käufer „müssen“. Zunächst verminderten sich die Käufer und infolgedessen lichteten sich sehr bald auch die Reihen der Händler. Alles Mögliche hat man dafür verantwortlich machen wollen: den Straßenhandel, die Warenhäuser — und wer weiß, was noch! Nur eine Ursache wurde von der Verwaltung nicht beachtet, nämlich ihre eigene Unfähigkeit,

die Interessen der Käufer wie der Händler richtig zu erkennen und sie dementsprechend zu fördern. Mit welcher „Fürsichtigkeit“ da manchmal von der Verwaltung verfahren wird, das hat sich jetzt wieder in der Zentralmarkthalle in einem kleinen, aber charakteristischen Beispiel gezeigt. Diese Markthalle hat eine Galerie, die im Innern des Hallenraumes in Stockwerkshöhe an den vier Seiten sich hinzieht. Zu ihr führen nur drei Treppenaufgänge hinauf; zwei davon befinden sich nahe den beiden Ecken der an der Neuen Friedrichstraße gelegenen Seite; ein dritter, eine zweiarntige Treppe, ist in der Mitte der an der Stadtbahn gelegenen Seite angeordnet worden. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß das für diesen tiefsten Raum zureichende Aufgänge seien, zumal da der Aufgang an der Stadtbahnseite in den Morgenstunden, wenn unten die unabsehbare Reihe der Schächterwagen durchpassieren muß, kaum benutzt werden kann. Trotzdem hat die Verwaltung es fertig gebracht, den Aufgang in der einen Ecke der an der Neuen Friedrichstraße gelegenen Seite eines schönen Tages zu sperren und die Sperre fast vier Tage hindurch aufrecht zu erhalten. Selbstverständlich wurde hierdurch der Geschäftsverkehr für einen großen Teil der Galerie lahmgelegt. Und was war der Grund dieser die Händler schädigenden Maßregel? Die Treppe wurde repariert, sie kriegte einen neuen Fußbodenbelag. Dazu hatte man ausgerechnet diejenige Zeit im Jahre gewählt, in der das Obstgeschäft recht flott geht und auf der Galerie ein besonders reger Geschäftsverkehr sich entwickelt. Noch am Abend desselben Tages, an dem die Sperre begonnen hatte, telegraphierten die Händler an den Oberbürgermeister Ritzscher und baten um schleunigste Abhilfe. Am anderen Tage kamen ein paar Verwaltungsbeamte, saßen mit Amtsmiene sich die Sache an, entfernten sich gedankenvoll — und die Sperre dauerte fort. Sie dauerte vier Tage, weil zur Ausführung der Reparatur zu wenig Arbeiter hergeschickt worden waren — und wird verifiziert, man habe nur zwei Mann dabei bemerkt — so daß die Arbeit nur ganz langsam fortgeschritten konnte. Die Entlastung der geschädigten Händler über diese Rücksichtslosigkeit war nicht gering. Doch hat sie ihnen nichts genützt; denn in den Markthallen haben die Händler kein anderes Recht als das, ihr Staudgeld zu zahlen und den Mund zu halten.

„Für Demonstrationen ist die Strafe nicht da!“

so erklärten in den letzten Monaten immer wieder die Gerichte, die über Teilnehmer der Wahlrechtsdemonstrationen vom Januar zu urteilen hatten. Sie meinten: für Wahlrechtsdemonstrationen der Arbeiterklasse ist die Strafe nicht da! Für die nächtliche Demonstration jener „Patrioten“, die am 5. Februar 1907 vor dem Kanzlerpalais und dem Königsschloß lärmten, bis ihnen mit Mitternachtsreden der Mund geklopft wurde, waren die Strafen bereitwillig durch die Polizei zur Verfügung gestellt worden. Und ebenso bereitwillig hat sie am letzten Sonntag auch der Heilsarmee den Weg gebahnt für einen Demonstrationenzug, der unter Pauken und Trompeten und mit fliegenden Fahnen sich aus dem Innern der Stadt nach dem Tempelhofer Felde hinausbewegte. Selbstverständlich war es nichts anderes als eine Demonstration, was die Heilsarmee mit dieser Veranstaltung beabsichtigte. Sie wollte die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich lenken, wollte demonstrieren für die Sache, der sie zu dienen behauptet. Die Störung des Straßenverkehrs, die dadurch hervorgerufen wurde, war nicht ganz gering; denn der Zug marschierte durch wichtige Verkehrsstraßen, von der Köpenicker Straße durch die Neander- und Pringenstraße über den Rorichplatz durch die Oranien- und Lindenstraße über den Vellealliance- und Blücherplatz durch die Vellealliance Straße zum Tempelhofer Felde. Die Polizei war auf dem ganzen Wege in großer Stärke angetreten und sorgte dafür, daß vor dem Zuge her der Fahrdamm rechtzeitig von Fußgängern „gesäubert“ wurde und der gefamte Wagenverkehr zum Stillstand kam. Auf dem Tempelhofer Felde, das ja nicht zu Berlin gehört, verjah Gendarmen das Schüheramt. Da draußen wurde unter freiem Himmel eine jener Heilsarmeeversammlungen abgehalten, die zwar als Religionsübung gelten, aber durch ihr buntes und lärmendes Drum und Dran die Kopfschüttelnde Verwunderung des unbeteiligten Zuschauers erregen. Daß man der Heilsarmee diese Demonstration gestattet hat, das finden wir ganz in der Ordnung. Auch dagegen, daß die Polizei ihr sogar die Wege freigelassen hat, soll nichts eingewendet werden. Am Ende kann man die Verkehrsstörung, die dabei entstand, mit in den Kauf nehmen; sie dauerte nur Minuten — am Rorichplatz z. B. stellten wir eine Zeitdauer von fünf Minuten fest — während sie bei Hoffentlichkeiten in der Regel ebenso viele Stunden dauert. Verlangen müssen wir aber, daß auch der Arbeiterbevölkerung die Strafen überlassen werden, wenn sie für ihre Ideale demonstrieren will. Auf das Schuhmannspalier, das für die Heilsarmee aufgestellt war, wollen wir ja gern verzichten; wir brauchen keinen Schutz, und für Ordnung wissen wir bei solchen Gelegenheiten selber zu sorgen. Wie aber war's bei den Wahlrechtsdemonstrationen? Die Polizei hat der demonstrierenden Arbeiterbevölkerung nicht die Wege gebahnt, sondern, wie die Gerichtsverhandlungen klargestellt haben, sich der friedlich heranziehenden Menge mit bewaffneter Faust entgegengeworfen und blutige Säbelarbeit verübt.

Abenteuerliche Mondscheinfahrten

waren es, die am Sonnabend von mehreren Reedereien und von Berechnen veranlaßt wurden. Im Laufe der Nacht bedeckte sich nämlich die Oberspree mit einem undurchdringlichen Nebel, durch den die Ufer nur schwer oder gar nicht zu erkennen waren. Der große Dampfer „Leopold Wilhelm“ der Reederei Robiling fuhr denn auch als erstes Opfer des Nebels um 1 Uhr nachts zwischen Köpenick und Grünau fest. Alle Mittel, das Schiff wieder frei zu bekommen, fruchteten nicht und, obgleich bei dem aus Holland nach hier gebrachten sechszehnjährigen Schiff keine Gefahr zu besorgen war, bemächtigte sich natürlich der Passagiere, namentlich der Frauen, eine starke Beunruhigung. Erst nach drei Stunden, also um vier Uhr früh, fanden ein Motorboot und ein anderer Dampfer das andauernd Rotfahrende gebende Schiff. Ein Teil der Passagiere wurde von dem Motorboot übernommen und der fremde Dampfer assistierte dem gestrandeten durch Abschleppen. Um 4 1/2 Uhr früh erreichte der „Leopold Wilhelm“ mit seiner Gesellschaft, der freien Vereinigung der Kinematographen-Angestellten, sein Ziel, das Etablissement „Wendenschloß“.

Mitten in den Rebell gelerten auch die beiden imposanten, vollbesetzten stahlernen Dampfer „Vorwärts“ und „Sagonia“, die von Ruderklub „Vorwärts“ gechartert waren, um die Teilnehmer am 16. Stiftungsfest des Klubs nach der „Krampenburg“ zu befördern. Die Hinfahrt geschah noch ohne jeden Zwischenfall. Wenn einer der Dampfer die zahlreich, prächtig mit Lampfen geschmückten Boote überholte, unter denen besonders mehrere Tourens durch geschmackvolle Dekoration auffielen, geschah dies stets unter herzlichen Begrüßungen von beiden Seiten. Als aber die Dampfer um 11 Uhr in der „Krampenburg“ anlangen, war es schon stark neblig und um Mitternacht sah man trotz hellen Mondscheins nichts mehr vom anderen Ufer. Aus der dicken Nebelwand hoben sich nur die Umrisse der beiden weißen Dampfer riesenhaft vergrößert ab. Um 1/2 Uhr traten beide Schiffe im stärksten Rebell die Rückfahrt nach Berlin an. Besonders auf der „Sagonia“ war die Fahrt zeitweise unheimlich. Der Kapitän wußte, daß vor ihm der von Zwiebusch kommende mächtige Dampfer „Kurt“ der Reederei Robiling, hinter ihm die mit starken Maschinen ausgerüstete sehr schnelle „Vorwärts“ der eigenen Reederei fuhr. Wurden vorn die vom „Kurt“ verursachten Wellen sichtbar (das Schiff selbst war nie zu sehen, sondern verriet sich nur durch seine Rebellsignale), dann mußte abgestoppt werden. Dadurch entstand aber die Gefahr, daß „Vorwärts“ die „Sagonia“ von hinten rammen konnte. So zogen die Schiffe mit den Sirenen heulend ihre Bahn. Erst bei Köpenick verschwand die aufgehende Sonne den Rebell und nun tauchte urplötzlich kaum eine Schiffslänge vor der „Sagonia“ der „Kurt“, wie auf die Nebelwand gemalt, auf. Die der Führer der „Sagonia“ versicherte, hat er einen Rebell von gleicher Dauerhaftigkeit und Konsistenz ein einziges Mal vor acht Jahren auf der Unterelbe bei Hamburg erlebt.

In Berlin trafen die Dampfer erst gegen 7 Uhr morgens ein, als bereits hunderte von Frühstüßlern sie erwarteten, zum Frühstück ihre Aufsahrt anzutreten. Wartende Passagiere sah man übrigens auf den Landungsbrücken fast aller Reedereien, da die Mondscheindampfer sich bei der Rückfahrt beinahe ohne Ausnahme verspätet hatten.

Zu der Revolverschierei,

durch die in der Nacht vom 28. Juli zum 29. Juli an der Ecke der Landsbrücker Allee und der Thorner Straße der Buchdruckerhilfsarbeiter Glitsch schwer verwundet wurde, ist heute zu berichten, daß die Polizei jetzt nicht nur den Hut hat, der von dem fliehenden Täter am Tatort zurückgelassen worden war, sondern auch den Täter selber. Es wird gemeldet, daß der Held dieser Affäre ein Schreiber Willi Kleiber sei. Der Hut war der Polizei überbracht worden von einem Augenzeugen, der ihn an sich genommen hatte und ihn dann ablieferte, als er im „Vorwärts“ (Nr. 185) gelesen hatte, daß dieses Versteck von Wichtigkeit sein könnte. Der Täter hat sich selber der Polizei gestellt, nachdem im „Vorwärts“ (Nr. 185) auch die Nachricht von der Ablieferung des Hutes veröffentlicht worden und dies dem Täter bekannt geworden war. Somit hat in beiden Fällen die Polizei nicht eine Hand zu rühren brauchen, um diese „Erfolge“ zu erzielen, die sie sich jetzt buchen darf. Anfanglich scheint sie es nicht mal für nötig gehalten zu haben, durch die von ihr sonst regelmäßig informierten Bericht-erstattet eine Nachricht über jene Schierei an die bürgerliche Presse gelangen zu lassen. Und ist wenigstens nicht bekannt geworden, daß hierüber in irgendeinem Blatte etwas mitgeteilt worden wäre. Nummehr ist aber aus den Akten der Polizei den bürgerlichen Blättern die Nachricht zugegangen, daß der obengenannte Kleiber, veranlaßt durch die Veröffentlichungen des „Vorwärts“, selber sich bei ihr gemeldet habe. Kleiber ist nicht in Haft genommen worden, weil die Polizei ihm glaubt hat, daß er in Notwehr erst dann geschossen habe, als er von Glitsch angegriffen worden sei. Die aus den Polizeialten stammende Darstellung erzählt: Kl. sei ein „kleines unscheinbares Männchen“; er habe in der Brauerei Papenhofer mit einem „unbekannt gebliebenen Mädchen“ getanz; auf dem Heimwege sei er von Personen, unter denen Gl. sich befand, wörtlich und tätlich beleidigt worden; auch gegen das Mädchen seien unflätige Reden gefallen; die Beleidiger seien, während er vergeblich nach einem Schuhmann suchte, verschwunden; hinterher sei er wieder von zweien verfolgt worden; er habe gedroht, daß er siehigen werde; trotzdem habe Gl. ihn angegriffen und da habe Kl. dann geschossen. Die Notiz, die so berichtet, ist selbstverständlich gepfeffert worden mit eifrigem Geschimpfe auf den „Vorwärts“. Wir glauben der Polizei gern, daß wir ihr unbequem sind und sie uns „nicht grün“ ist.

Aus der „Heilanstalt“ bei Wilhelmshagen

Hatten wir in Nr. 189 berichtet, daß dort eine von dem Köpenicker Oberförster und Amtsvorsteher Kottmeier gezeichnete Bekanntmachung ausgehängt worden sei, die den Patienten untersagt, den Wald in Anstaltskleidung zu betreten, und ihnen in Aussicht stellte, eventuell „scharf bestraf“ zu werden. Auf diese unsere Veröffentlichung hin teilt uns Herr Kottmeier mit, daß „die betreffende Verfügung schon seit circa acht Jahren bestehe“, und daß keine „Anordnung“ getroffen worden sei, nur zur Unterstützung der Hausordnung, die ohnedies verbiete, die Anstalt in Anstaltskleidung zu verlassen.

Hiernach trifft die Vermutung zu (die von uns schon in Nr. 189 angedeutet worden war), daß die Hauptschuld an diesem ungeheuerlichen Hebergriff auf der Holzbearbeitungs-Vereinsgenossenschaft laßt, deren Unfallversicherung in der Anstalt untergebracht sind. Warum gestattet sie, daß die Anstaltsleitung die Patienten mit einem solchen Verbot beauftragt? Oder hat sie gar selber angeordnet, daß das Verbot erlassen wurde? Es ist ohne weiteres klar, daß hierdurch den Patienten es sehr fühlbar ersichert werden muß, überhaupt über die Grenzen hinauszugehen und mal einen Waldspaziergang zu machen. Schlimmer noch ist, daß die Vereinsgenossenschaft dem Herrn Kottmeier erlaubt, das Verbot durch die erwähnte Bekanntmachung mit ihren sehr ungläubigen Androhungen zu „unterstützen“. Bildet sie sich im Ernst ein, daß Herr Kottmeier das Recht hat, diese „Anordnung“ zu erlassen und sie mit solchen geschwätzigen Strafandrohungen zu speien? Hat schon mal jemand davon gehört, daß ein Amtsvorsteher die Hausordnung einer „Heilanstalt“ in dieser Weise „unterstützen“ darf?

Herr Kottmeier meint, die „Verfügung“ bestehe „schon seit circa acht Jahren“. Welchen „Verfügung“ ist denn das, die da „schon seit circa acht Jahre“ bestehen soll? Meint er hiermit die „Hausordnung“ oder seine die unterstützende „Anordnung“? Die von Herrn Kottmeier gezeichnete Bekanntmachung ist erst kürzlich in den Räumen der Anstalt ausgehängt worden und erst vom 5. Juni 1908 datiert. Weicht wirklich die „Anordnung“ des Herrn Kottmeier „schon seit circa acht Jahren“ und hat er sie etwa nur wieder in Erinnerung gebracht, so ist das um so schlimmer. Es wäre dann interessant, zu erfahren, wann die Anstaltsleitung früher schon einmal den Hut gehabt hat, jene Kottmeierische Bekanntmachung auszuhängen. In diesem Fall müßten wir uns sehr wundern, daß die Patienten die dreiste Beschränkung der Bewegungsfreiheit, die der Vereinsgenossenschaft als zulässig gilt, bisher so geduldig hingenommen haben sollten.

Die Beselze der Oeffentlichen Bibliothek und Beselze,
Alexandrienerstr. 88, bleiben am Mittwoch, den 19. August, aus Anlaß des Begräbnisses des langjährigen Aufsichtsbekanntem Genossen Karl Rude geschlossen.

Die Wärdnerstraße wird demnächst in ihrem südlichen Teile, zwischen Wartenburg- und Fortstraße, ein besseres Aussehen erhalten. Sie ist, wie bekannt, an der Westseite ungebaut, da sie hier an das Gelände des Anhalt-Dresdener Güterbahnhofs anstößt. Vom Schöneberger Ufer, woselbst sich die Hauptverwaltungsgebäude des Güterbahnhofs befinden, bis zur Wartenburgstraße hatte man vor einigen Jahren eine hohe Mauer gezogen, von da bis über die Fortstraße hinaus aber begrenzte ein alter Holzzaun das vom Eisenbahnstrecke nicht gebrauchte Gelände, welches an Geschäftslente für Lagerzwecke usw. verpackt worden war. Auf diesem etwa 200 Meter langen und 30 Meter breiten Plage sah es wüst aus; die Inhaber der Lagerplätze hatten Holz- und Fachwerkbauten aller Art errichtet und nahe dem neuen Vollamtsgebäude an der Fortstraße erhob sich ein alter Fabrikschornstein von stattlicher Höhe, das letzte Ueberbleibsel der ersten Eisenbahnwerkstatt der Berlin-Anhalter Bahn. Mit dieser Wüststadt ist jetzt gründlich aufgeräumt worden. Der Eisenbahnstrecke brauchte die Gelände zur Anlegung neuer Rangier- und Aufstellgleise und so mußten die Pächter ihre Plätze räumen. Demnächst erfolgt nun die Aufhebung des Bahnplans um circa 4 Meter und dann wird sich an Stelle des Holzzaunes eine Mauer erheben, die vom Schöneberger Ufer bis zur Fortstraße gerechnet, über 500 Meter lang sein wird.

Ein neuer schmaler Infelperson, von dem aus ein Polizeibeamter den Wagenverkehr reguliert, wird an der Ecke der Reuen Friedrich- und Königsstraße errichtet. Die hölzerne Probe-Insel ist bereits aufgestellt. An den verkehrsreichen Ecken der Friedrich- und Leipziger Straße sowie der Spandauer und Königsstraße hat sich diese Einrichtung gut bewährt und eine bessere Abwicklung des starken Fahrverkehrs zur Folge gehabt. Die Verkehrssicherheit soll auf diese einfache Weise gerade an den Straßenkreuzungen mit dem lebhaftesten Verkehr erhöht und die Zahl der Unfälle an jenen Stellen erheblich gesunken sein.

Ein Kind aus dem Zuge gekürzt. Große Aufregung tief in der Nacht zum Sonntag ein schwerer Unglücksfall auf dem Bahnhof Gesundbrunnen hervor. Die Ehefrau Pirje aus der Löwenstraße 26 war gestern mit ihren vier Kindern zu einem Verwandten nach Birkenwerder gefahren. Nachts stieg sie dann auf der Heimfahrt in einen Nordzug, um bis zum Bahnhof Prenzlauer Allee zu fahren. Da das Coupé überfüllt war, so mußten die Kinder stehen und der vierjährige Erich hielt sich direkt vor der Tür auf. Der Zug war bereits abgefahren, als die Coupétür plötzlich aufgerissen wurde und ein Fahrgast in den Zug springen wollte. Der Knabe stürzte aus dem Coupé heraus und fiel unter den Zug, der über ihn hinwegging. In besinnungslosem Zustand brachte ihn die Mutter nach der Rettungswache, wo der Arzt eine schwere Gehirnerschütterung, sieben erhebliche Kopf- und Gesichtverletzungen und einen Oberarmbruch feststellte. Der Kleine dürfte wohl kaum mit dem Leben davonkommen.

Im Müggelsee ertrunken ist am Sonntagnachmittag ein unbekannter Mann. Bei einem Bootverleiher in Friedrichshagen hatte er sich ein Ruderboot gemietet, auf dem er auf den Müggelsee hinausfuhr. Jedemfalls ist der Fremde kein sicherer Ruderer gewesen, denn als ein Dampfer vorüberfuhr, kam er mit dem Kahn längsseitig in die Wellen hinein, so daß das Boot zum Kentern kam. Der Ruderer, der etwa 25 Jahre alt gewesen sein mochte, stürzte in die Fluten und ertrank. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Eine traurige Aufführung hat das Verschwinden des 43 Jahre alten Knuders Karl Eggert aus der Schinkelstraße 2 gefunden. Vor mehreren Tagen entfernte sich K. heimlich aus seiner Wohnung. Vergeblich harrten seitdem die Angehörigen auf seine Rückkehr. Jetzt hat man die Leiche des Verschwundenen am Elisabethufer aus dem Landwehrkanal gefischt. Zweifelloß liegt Selbstmord vor.

Ein Automobil und eine Droschke gestohlen. Die Wagenmarke haben es in letzter Zeit ganz besonders auf Droschkenautomobile und auf Taximeterdroschken abgesehen, denn die Diebstähle derartiger Gefährte mehren sich jetzt in auffälliger Weise. Gestern wurde uns über die Entwendung eines Automobils und eines Taximeters berichtet. Vor dem Hause Berliner Straße 45 wurde dem Eigentümer Scharnemann aus Friedenau die Automobil-droschke Nr. 9999 gestohlen. Ein kurzer Augenblick genügte dem Dieb, den Kraftwagen zu entführen. Ein anderer dreier Wagen-marder stahl in der Triftstraße die Taximeterdroschke Nr. 899, die dem Fuhrherrn Seiffert gehört. Während S. in einem Restaurant Geld wechselte, wurde das Fuhrwerk durch einen unbekannteren Mann entführt.

Die Fünfzigpfennigstücke der älteren Geprägeformen mit der Wertangabe „50 Pfennig“ gelten vom 1. Oktober d. J. ab nicht mehr als Zahlungsmittel. Es ist von diesem Zeitpunkt ab außer den mit der Einlösung beauftragten Niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen. Diese alten Fünfzigpfennigstücke werden bis zum 30. September 1910 bei den Reichs- und Landesstellen zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen, als auch gegen Reichsmünzen ungetauscht. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch findet auf durchlöcherter und andere als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewichte verringerte sowie auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.

Nächste Briefpost nach Südwest. Eine Briefpost nach Deutsch-Südwestafrika geht von Europa wieder am 22. August ab. Sie benutzt den an diesem Tage in See gehenden Dampfer der Union-Castle-Linie bis Capstadt. Von dort befördert sie ein heimkehrender Reichspostdampfer der Deutschen Ostafrikalinie nach Norden. Der Dampfer trifft am 11. September in Lüderichsbugt und am 12. in Swakoppmund ein. Auch nach Namansdrift, Warmbad, Hoffontain und Ulemas werden diesmal alle Sendungen über Lüderichsbugt befördert. Die Heimat verläßt diese Post am 21. August, entweder abends 8,01 Uhr in Köln mit der Bahnpost nach Biersdorf oder 7,54 Uhr in Oberhausen mit der Bahnpost nach Bortel, um nach England geschickt zu werden. Pakete werden mit dieser Gelegenheit nicht befördert.

Ein Zusammenstoß eines Güterzuges mit einer Lokomotive hat am Sonnabend zwischen den Waghöfen Lichtenberg-Friedrichsfelde und Rummelsburg-Ofst stattgefunden. Ein Train mit zahlreichen Güterwagen fuhr beim Rangieren daselbst einer aus entgegengesetzter Richtung kommenden Maschine in die Flanke. Fahrer und Lokomotiführer, die noch die Geistesgegenwart besaßen, den Dampf abzustellen, retteten sich durch Abspringen. Bei dem Zusammenstoß wurde die Maschine teilweise beschädigt, ein Dampfrohr explodierte. Der vom Schlessischen Bahnhof telephonisch herbeigerufene Rettungszug kam nach 10 Minuten an und nahm die Rettungsarbeiten auf. Der Materialschaden ist nicht unbedeutlich. Zwei Stunden später war die Strecke wieder passierbar.

Nicht auffpringen! Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Sonntagabend gegen 11 Uhr in der Prinzenstraße ereignet. Zur genannten Zeit versuchte an der Ecke der Dresdener Straße der Kaufmann Eward Steinke aus Glienide bei Hermsdorf, der sich hier bei Verwandten aufhielt, auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 36 zu springen, glitt jedoch von dem Trittbrett ab und stürzte so unglücklich zu Boden, daß er mit dem rechten Arm unter die seitliche Schutzvorrichtung des Rotorkarrens geriet. Dem Unglücklichen gingen die Vorderäder über den rechten Unterarm hinweg und zermalmten diesen und die Hand vollständig. Der Schwerverletzte erhielt auf der nächsten Unfallstation einen Notverband und wurde dann nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt.

Verhängnisvolle Spielereien mit Schusswaffen. Gegen 12 Uhr Sonntagmorgens saßen in einer Destillation die Schmiedegesellen

Rückfurth, Hochstädterstr. 21 wohnhaft, und Müller. Der letztere zeigte seinem Kollegen im Laufe des Gesprächs einen Revolver und erklärte ihm den Mechanismus desselben. Plötzlich erhob R. die Waffe, und diese auf die Brust des R. richtend, fragte er seinen Freund, ob er abdrücken solle. In diesem Augenblick ertönte aber auch schon ein Schuß und Rückfurth brach blutend und bewußtlos zusammen. Der unglückliche Schütze mochte durch eine unvorsichtige Bewegung mit dem Zeigefinger der rechten Hand dem gespannten Hahn zu nahe gekommen sein und so die Entladung herbeigeführt haben. R. wurde nach der Unfallstation in der Lindowerstraße geschafft, wo der anwesende Arzt feststellte, daß die Kugel die Lunge durchbohrt hatte. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der schwerverletzte Schmitz nach dem Wichow-Krankenhaus geschafft, wo er in fast hoffnungslosem Zustande niederkam. — Eine ähnliche Schießaffäre ereignete sich Sonntag nachmittag in der Mittelwohler Straße. In dem Hause Nr. 42 fand die Feier des Geburtstages eines dreizehnjährigen Knaben statt. Die dazu eingeladenen Kinder spielten nach dem Kaffee auf der Straße. Das Geburtstagskind hatte von seinen Eltern ein Leising geschenkt erhalten und der Knabe nahm auf Wunsch seiner Freunde die Waffe mit hinunter. Es wurden aus der Waffe Schüsse abgegeben. Natürlich wollte jeder der Jungen von der Waffe Gebrauch machen. Dabei entpaff sich ein Handgemenge und das Gewehr wurde dem Besitzer, dem dreizehnjährigen Karl S., aus der Hand gerissen. Hierbei entlud sich das Leising und das Geschloß traf den wenige Schritte entfernt stehenden 9 Jahre alten Eugen Brick. Der verletzte Knabe wurde nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer gebracht. Dort wurde ihm die Kugel, die dicht unter dem Auge saß, entfernt.

Die Schwindlerin, die unter der Maske einer Krankenschwester insbesondere Zimmervermieterrinnen begaunerte und vor deren Treiben wir warnten, ist jetzt von der Schöneberger Polizei dingfest gemacht. Die Polizei in Schöneberg ersucht Gefährdige um Meldung im Zimmer 11.

Auf dem Rummelpfad verstorben ist am Sonntag eine etwa 30 Jahre alte Frau, deren Personalien bisher noch nicht festgestellt werden konnten. Die Unbekannte hatte sich längere Zeit auf dem Vergnügungspfad in der Tegeler Straße aufgehalten und brach dort gegen 1/10 Uhr abends, von einem Blausuhr besessen, bewußtlos zusammen. Die Erkrankte wurde mittels Droschke nach der Unfallstation in der Lindower Straße geschafft, doch konnte der dort anwesende Arzt nur noch den durch Lungenschlag eingetretenen Tod konstatieren. Die Leiche der Verstorbenen wurde nach dem Schauhause übergeführt.

Der südliche Fahrweg des Brünen Weges vom Köpenicker Platz bis zur Koppentstraße ist wegen Legung einer Gasrohrleitung bis auf weiteres für Fahrwerke und Reiter polizeilich gesperrt.

Zur Schiffahrt auf dem Berlin-Spandauer Schiffahrtskanal. Der Polizeipräsident gibt bekannt: Während des Baues der Rothbrücke über den Berlin-Spandauer Schiffahrtskanal wird in den nächsten Tagen eine zeitweise Sperrung der Durchfahrt durch die Seefahrtsbrücke eintreten und abdam die Schiffahrtsverkehr durch die neue Schleuse Wlöhensee geleitet werden. Die Sperrung wird für die von Berlin nach Wlöhensee fahrenden Schiffe durch zwei an der Seefahrtsbrücke angebrachte Sperrzeichen (eine Tafel mit der weißlich sichtbaren Aufschrift „Geperrt“ und eine rote, 1 1/2 Quadratmeter große Rahmenflagge) und des Nachts durch zwei rote Laterne gekennzeichnet werden. Die von Saatwinkel nach Wlöhensee fahrenden Schiffe erhalten beim Schleusenmeister in Wlöhensee Kenntnis von den bestehenden Sperren.

Reichliche Feuerwehrradet.

Großfeuer kam am Sonnabendnachmittag in der Carmen-Syba-Straße 6, nahe Wlöhensee, zum Ausbruch. Es wurde erst bemerkt, als die Flammen schon an verschiedenen Stellen aus den Dachflächen emporloderten und dichter Qualm Treppen- und Bodenräume füllte. Die erste Kompanie, von vier Seiten alarmiert, war bald in großer Stärke zur Stelle. Brandmeister Mander ließ gleich über Treppen und mechanische Leitern vorgehen und mit vier Schlauchleitungen von Dampf-spritzen Wasser geben. Die Dachkonstruktion stand in großer Ausdehnung in Flammen und war nicht mehr zu retten. Ferner brannten Fußboden und Bretterverkläge mit Inhalt an Hausrat, Möbel u. a. Es bedurfte längerer Pöschstätigkeit, um den Brand zu löschen. Die Entstehungursache war nicht mehr zu ermitteln. Der Schaden ist ganz erheblich. In der Frankfurter Allee 31 brannte gleichzeitig die Dachverhalung und in der Bärwaldstr. 59 Gärten, Wäsche u. a. Außerdem wurden noch Brände aus der Linienstr. 146 und verschiedenen anderen Stellen gemeldet.

Fast gleichzeitig kamen am Sonntag früh im Zentrum Berlins und in Schöneberg zwei gewaltige Brände zum Ausbruch. In Berlin ging der Dachstuhl des Hauses Joachimstraße 14 in Flammen auf und brachte zwei alte Damen in Lebensgefahr; in Schöneberg wurde der umfangreiche Dachstuhl eines Festsales des Restaurants „Schwarzer Adler“ in der Hauptstraße 144 vollständig durch Feuer zerstört. Wir erhalten über die beiden Großfeuer die folgenden Mitteilungen:

Das schon ältere Haus Joachimstr. 14 hat vier Stockwerke. Im Obergeschoß befindet sich nur eine aus zwei Stuben und Küche bestehende Wohnung, die seit über 20 Jahren von zwei alleinstehenden Frauen bewohnt wird. Sonntag früh 2 Uhr wurde auf der Straße plötzlich Feuerlärm laut, und bald darauf schlugen auch schon helle Flammen aus dem Dachstuhl des Hauses Nr. 14. Mit unheimlicher Schnelligkeit breitete sich das Feuer aus. Unter den Hausbewohnern entstand eine Panik, alles stichtete, nur notdürftig beiseite, aus den Wohnungen nach dem Hofe und der Straße. Nur den beiden Frauen im Obergeschoß war bereits jeder Ausweg nach der Treppe durch die Flammen abgeschnitten. Schon war das Feuer auf die Wohnung überggesprungen. Hilferufend standen die beiden Frauen am Fenster, doch niemand konnte Rettung bringen, da die Feuerwehr noch nicht zur Stelle war. Endlich wurden die Feuerwehrradete hörbar. Die bedrängten Frauen atmeten auf und ließen sich durch Zurufe von überleitenden Schritten abhalten. In aller Hast wurde ein Sprungtuch ausgebreitet. Gleichzeitig ließ der leitende Offizier eine mechanische Leiter am Hause errichten. Ehe diese aber hochgehunden war, sprang eine der Frauen, die 60jährige Karoline Anton, in der Verzweiflung schon hinab in das ausgespannte Sprungtuch. Glücklicherweise sie aufgefangen. Inzwischen war ein Feuerwehrradete über die mechanische Leiter nach oben vorgegangen und hatte die zweite Frau Ernestine Schirmer erfaßt. Auch diese konnte dann über die Leiter hinweg in Sicherheit gebracht werden. Durch die ausgestandene Lebensgefahr ist die Frau Anton erkrankt, so daß sie nach der Charité geschafft werden mußte. Frau Schirmer fand in städtischen Obdach Aufnahme, da die Wohnung vollständig ausgebrannt ist. Auch der Dachstuhl des Hauses wurde völlig zerstört. Bei den Ablösungsarbeiten hat der Feuerwehrradete Braun durch Rauch und Hitze stark gelitten, weshalb er nach der Wohnung entlassen wurde. Ueber die Entstehungursache des Feuers ist Bestimmtes noch nicht festgestellt. Branddirektor Reichel war persönlich längere Zeit am Brandplatze.

Großfeuer lautete am Sonntag früh gegen 8 Uhr eine Meldung auch in Schöneberg. Sofort eilte die Schöneberger Wehr nach der Brandstätte in der Feuerstraße, wo der Dachstuhl des Saales vom „Schwarzen Adler“ in hellen Flammen stand. Zwei Löschzüge traten sofort in Tätigkeit, um gewaltige Wassermengen in das Feuer zu schleudern. Trotz aller Anstrengungen schien es fast, als ob die Kraft des Feuers jeder menschlichen Tätigkeit spotten wollte. Endlich nach zwei Stunden gelang es das Feuer einzuschränken. Gegen 9 Uhr traten die Löschzüge wieder ab, da die Gefahr eines erneuten Ausbruchs des Feuers beseitigt und die Aufräumungsarbeiten erledigt. Menschenleben kamen

nicht in Frage, da der Saal im Umbau begriffen und demnächst die Lokaltäten von neuem eröffnet werden sollten. Ueber die Entstehung des Brandes fehlt bis jetzt jede Spur.

Ein Dachstuhlbrand gab am Sonntagmorgen der Steglitzer Feuerwehrr eiche Gelegenheit zum tatkräftigen Eingreifen und brachte auch die Wehren der Nachbarorte auf die Beine. Der Brandherd war in demselben Hause, Johannastraße 23, das gerade vor drei Wochen von einem Schadensfeuer heimlich gefügt wurde. Der abgebrannte Teil des Dachstuhles war noch nicht völlig wieder aufgebaut und wurde nun abermals zerstört. Schon damals wurde Brandstiftung vermutet, und dieser Verdacht wird durch den neuerlichen Brand, der in dem vor drei Wochen verschont gebliebenen Teil des Dachstuhles ausbrach, wesentlich verstärkt. Hoffentlich gelingt es diesmal, dem Brandstifter auf die Spur zu kommen und dadurch die Bewohner des betreffenden Hauses, die sich in begreiflicher Aufregung befinden, zu beruhigen.

Auch an anderen Stellen hatte die Feuerwehrr eiche Arbeit. Der Feuerbericht meldet hierüber: Am Sonntag wurde die Feuerwehrr eiche um 9 Uhr nach der Pfingstkirche am Petersburger Platz alarmiert. Es handelte sich um einen sogenannten Lichtbogen in der elektrischen Leitung. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden. Großer Unflug lag einer Feuermeldung zugrunde, die von der Markthalle am Arminius-Platz in Moabit einlief. Auf dem Exerzier-Platz an der Schwedterstraße brannte eine Matrasse und in der Schwedterstraße 12 Betten, Gardinen usw. In der Kapbachstraße 31 war in einer Räucherlampe Feuer ausgebrochen. Wegen eines Schornsteinbrandes mußte ein Zug nach der Hagelberg-Str. 5 ausgerückt. Weitere Alarmläufe von der Ackerstr. 70 u. a. Stellen ein. — Am Montag wurde die Feuerwehrr eiche wegen eines Dachstuhlbrandes nach der Hufelandstr. 40 alarmiert. Teer war dort übergefloht. Die Flammen hatten an dem Teer schnell reiche Nahrung gefunden und die Dachkonstruktion erfaßt. Als die Wehrr eiche erschien brannte bereits der Dachstuhl, so daß diese kräftig Wasser geben mußte. Gleichzeitig mußte in der Schreinerstr. 30 ein Wohnungsbrand gelöscht werden. Kleider, Gardinen und Möbel brannten hier.

Nadrennen zu Steglitz, 10. August. Der „Große Preis von Berlin“, ein Dauerrennen über 100 Kilometer (4000, 2500, 2000, 1500 und 1200 M.) hatte mit der Beteiligung von Demke, Guignard, Nohl, Salzmann und Theile eine Besetzung gefunden, die scharfe Kämpfe erwarten ließ; eine große Zuschauermenge umsäumte die Bahn, um dem sportlichen Schauspiel beizuwohnen, das vom Wetter begünstigt, sich ohne Unfall vollzog. Zum Kampfe kam es eigentlich nicht viel, denn Guignard, der vom Beginn an die Spitze hatte, wurde nur einmal, beim 17. Kilometer, von Nohl überholt; doch schon nach vier Runden ging der Franzose wieder vor, um unangefochten bis zum Schluß den ersten Platz zu behaupten; von da an blieb Nohl immer weiter zurück, dagegen rückte Demke, der bis zum 30. Kilometer mit einer Munde Verlust an dritter Stelle gelegen, vor; er vermachte eine halbe Stunde aufzuholen und folgte während 40 Kilometer mit einem Abstand von 300—400 Meter dem Franzosen, so daß ein spannender Endkampf zwischen den beiden zu erwarten war. Leider mußte Demke beim 78. Kilometer infolge Motordefekts seine Führung wechseln, wobei er zwei Runden einbüßte. Mit seinem Widerstande war es vorbei, da ihm der zweite Platz sicher war, denn Theile, der nach dem 80. Kilometer auch Nohl überholt hatte, war 10 Runden zurück. Salzmann, der über 15 Runden zurück war, hatte nach dem 90. Kilometer aufgegeben. Guignard beendet die 100 Kilometer in 1 Std. 9 Min. 30¹/₂ Sec.; 2. Demke, 21 50¹/₂ Meter; 3. Theile, 5320 Meter; 4. Nohl, 6500 Meter; 5. Salzmann. — Das Hauptfahren über 1000 Meter (120, 80, 60, 40 M.) gewann Bettinger vor Wegener, Scheuermann und Rabe. — Das von 35 Fahrern in einem Lauf bestrittene Prämienvahren über 3000 Met. (40, 30, 20, 10 M.) sicherte sich Teichner vor Pawle, Salow und A. Müller. — Drei Vorgabe-fahren über je 600 Met. (40, 30, 20, 10 M.) fanden folgende Platzierung: 1. Rennen: Großmann (60 Meter Vorg.), vor Salow (40), Wetz (45) und Ledig (55). — 2. Rennen: Rabe (25) vor Vogt (35), A. Müller (40) und Hoyer (45). — 3. Rennen: 1. W. Müller (35) vor Scharf (40), Rabel (30) und Andt (55). Die Ralfente Wegener, Scheuermann und Bettinger endeten im geschlagenen Felde. — Das Tandem-Prämienvahren über 3000 Meter (150, 100, 75 und 50 M.) gewannen Scheuermann-Wegener vor Teichner-Ladewald, Rabel-Pawle und Teyklaff-A. Müller.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission am 14. d. M. wurden die Beratungen und Beschlüsse des 8. Gewerkschaftskongresses in Hamburg einer lebhaften Erörterung unterzogen. Das einleitende Referat hierüber hielt der Genosse Flemming, der auf die wichtigsten Punkte, besonders auf die Stellungnahme zur Raiffeiser und der Jugendorganisation einging. Der Ausgang der Debatte über die Raiffeiser habe, führte Redner aus, wohl keinem Genossen, der ein Freund dieser bisher gewesen sei, gefallen. Es sei bedauerlich, daß die Gegnerschaft in den Gewerkschaftskreisen fortgesetzt wache und noch dazu von verschiedenen führenden Genossen genügend genährt werde. Man verkenne hierbei doch zu sehr den idealen Charakter, welcher in der durch Arbeitsruhe gewählten Raiffeiser liegt. Der kommende Parteitag in Nürnberg werde hoffentlich die drohende Vernichtung der Arbeitsruhe, die man ja allerdings in der Theorie anerkennt, aber durch die Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission in der Praxis untergrabe, zu verhindern wissen. Unverhätlich sei ferner die Behandlung der Frage der Jugendorganisation auf dem Kongreß. Es lag doch wahrhaftig kein Anlaß vor, in der Weise, wie geschehen, gegen die Jugendorganisation vorzugehen. Zu spätere Einsicht und unzu-reichendes Verständnis für den Jugendgedanken und die Organisation der Jugend führe zu solchen haitlosen Verduldigungen, wie z. B. die hinsichtlich der antimilitaristischen Agitation. Freuen sollten wir uns, daß eine Organisation bereits da ist, und sollten alle Kraft ansetzen, sie vorzugehen und ausbilden zu helfen, nicht aber sie zu zerstören, denn das würde sich später mal bitter rächen. (Sehr richtig!) Redner glaubt annehmen zu dürfen, daß die Delegierten auf demselben Standpunkt bleiben, den sie im Jahre 1905 bei der Gründung der am Orte bestehenden Jugendorganisation eingenommen haben.

Die rege Diskussion war in der Hauptsache der Jugendorganisation gewidmet. An derselben nahmen Teil die Genossen Schiller, Pagel, Gebert, Schickat, Graudenz und Storck. Sie sprachen sich sämtlich für das Bestehen der norddeutschen Jugendorganisation und den Anschluß der süddeutschen an diese aus.

Einstimig wurde hierauf folgende Resolution angenommen: „Die Delegierten der Charlottenburger Gewerkschaftskommission halten die auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß beschlossene Resolution über die Jugendziehung in ihrem Absatz 3 ausgesprochene Vernichtung der freien Jugendorganisationen für verfehlt; sie erachten vielmehr eine größere, moralische wie materielle Unterstützung der freien Jugendorganisationen erforderlich und fordern die Übertragung der norddeutschen Jugendorganisation, als der besten Form der Jugendbewegung, auf ganz Deutschland. Zur wirksamen Vetreibung des Jugendkampfes und der Jugendbildung sind neben den selbständigen Jugendorganisationen, Kommissionen von Vertretern der Gewerkschaften und Partei zu bilden.“

Den Bericht über die Tätigkeit des Charlottenburger Gewerbegerichts pro Berichtsjahr 1907/08 erstattete der Vorsitz, Genosse Pfefferkorn. Nach dem Bericht wurden 1502 Streitsachen anhängig gemacht, aus dem Vorjahre 1906/07 unverletzt übernommen 18 Streitsachen, so daß die Gesamtzahl 1520 beträgt. Die Zahl der im Berichtsjahre anhängig gemachten Streitsachen ist gegen das Vorjahr um 236 Klagen oder

19 Proz. gewachsen; an dieser Zunahme sind beteiligt das Bau-gewerbe mit 67, die Fabrikbetriebe mit 34 und das übrige Hand-werk und Gewerbe mit 185 Streitsachen. Von den gesamten Klagen wurden im Jahre 1907/08 erhoben von Arbeitgebern gegen Arbeiter 37, von Arbeitern gegen Arbeitgeber 1438 und von Arbeitern gegen Arbeiter 29. Streitsgegenstand waren in 49 Fällen Antritt, Fortsetzung, Auflösung des Arbeitsverhältnisses, Aus-händigung oder Inhalt des Arbeitsbuches, Zeugnisse, Lohnbuches, Arbeitszeittel oder Lohnzahlungsbuches, in 1006 Fällen Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis; in 127 Fällen Rückgabe von Zeugnissen, Büchern, Legitimationspapieren, Urkunden, Gezeugsachen, Kleidungsstücken, Rationen und dergleichen; in 608 Fällen Ansprüche auf Schadenersatz oder auf Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung der Ver-pflichtungen, welche die bisher erwähnten Gegenstände betreffen usw. (§ 4, Abs. 1, Nr. 4 des Gewerbegerichtsgesetzes); in 7 Fällen Be-rechnung und Anrechnung der Krankenversicherungsbeiträge und Eintrittsgelder; in 2 Fällen Ansprüche aus gemeinsamer Arbeit von Arbeitern desselben Arbeitgebers gegeneinander. In den Klagen auf Schadenersatz oder auf Zahlung einer Vertragsstrafe wurde allein in 473 Fällen Entschädigung wegen nicht inne-gehaltener Kündigung gefordert, das sind 31,5 Proz. aller Klagen; davon wurde in 228 Fällen nur diese Entschädigung und in 180 Fällen daneben noch rückständiger Lohn beansprucht. — Die erste Verhandlung fand im Berichtsjahre fast regelmäßig vor dem Vorsitzenden allein, die weitere Verhandlung vor dem mit 4 Bei-sitzern besetzten Spruchgericht statt. Es wurden 93 Termine abgehalten, und zwar 57 vor dem Vorsitzenden allein und 36 vor dem Spruchgericht. Die Zahl der an den Terminen ver-handelten einzelnen Streitsachen betrug vor dem Vorsitzenden 1428 und vor dem Spruchgericht 888, zusammen 1816. In 71 Fällen wurden die Klagen wegen offenbar sachlicher oder örtlicher Unzu-rücklässigkeit durch formlosen Bescheid des Vorsitzenden ohne vor-gängige mündliche Verhandlung zurückgewiesen. Als Einigungs-amt ist das Gewerbegericht im Berichtsjahre nicht in Tätigkeit getreten. Als Nachfolger des früheren Vorsitzenden, Stadtrat Woll, ist Magistratsassessor Dr. Landberger zum Vorsitzenden des Ge-werbegerichts von der Stadtverordnetenversammlung gewählt worden.

Es wurde in der Diskussion von den Genossen Wilde, Storck und Liere-Berlin auf die große Zahl der Vergleich-e eingegangen und ferner der Wunsch ausgesprochen, daß eine In-stitut geschaffen werden müsse, welche die weitere Bildung und Schulung der Weisiger Deutschlands in die Hand nimmt. Genosse Flemming kommt anschließend auf die Verbandssammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die am 27. bis 29. August in Jena stattfindet, zu sprechen und findet es befremdend, daß fortgesetzt unsere Weisiger sich gegen die Annahme eines Mandats von seiten des Magistrats aussprechen. In anderen Städten petitionieren unsere Genossen an die Stadtverwaltungen, um ein Mandat zu erhalten, und bei uns lehnt man es ab. Die Genossen Hugol, Gebert, Pfefferkorn, Wilde und Neumann verteidigen die Haltung der Weisiger. Sie betonten: Weil keine Diskussion auf diesen Versammlungen zugelassen wird, könne man doch nur die Rolle eines Statistien ausüben. Ein Nutzen für die Weisiger sei deshalb nicht zu ersehen.

Unter „Genossenschaftlichem“ wurde die zu liefernde Statistik betreffs der Arbeitslosigkeit eit der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder an das hiesige Statistische Amt zur Frage der Arbeitslosenfürsorge seitens der Stadtver-waltung besprochen und dabei vom Obmann gebeten, das Material so bald als möglich einzuliefern. Von den Vertretern des Trans-portarbeiterverbandes wurde gerügt, daß eine Anzahl von Austrägerinnen der hiesigen „Vorwärts“-Expedition sich wiederholt weigerten, der gewerkschaftlichen Organisation beizutreten und sogar noch andere vom Beitritt ab-zurufen. Die Delegierten wurden erlucht, dahin zu wirken, daß die „Vorwärts“-Abonnenten nur von solchen Frauen den „Vorwärts“ entgegennehmen, die sich durch Legitimationskarte als gewerkschaftlich organisiert ausweisen können.

Die Delegierten der Fleischer, Gastwirtsgehilfen, Gipsarbeiter und Zementierer der Sitzung ferngeblieben.

Nikolaäsee-Zehlendorf.

Ein echtes Proletariatsbegräbnis mit allen Hindernissen und Schwierigkeiten unter der kapitalistischen Gesellschaft haben wir schon hier erlebt. Hier starb die Frau eines der wenigen hier wohnenden organisierten Genossen, Woll mit Namen, nach schwerem Leiden an Krebs. Nikolaäsee, obwohl seit Jahren bestehend, ist als selbständige Gemeinde noch nicht organisiert, Gemeindesteuer gibts hier überhaupt noch nicht. Hauptinstanz ist noch die Heim-stätten-Aktiengesellschaft, die auch noch Besitzerin des dort angelegten Friedhofes ist. Nachdem Sonntag früh die Ge-nossin entschlossen war, begab sich ihr Mann Montag vormittags zur Anmeldung auf das inzwischen noch zuständige Zehlendorfer Standesamt. Als er um Auskunft über die allenthalben noch un-bekanntes Begräbnisformalitäten für Nikolaäsee ersucht, wird er an das Zehlendorfer evangelische Pfarramt verwiesen. Obwohl längst aus der Landeskirche ausgeschieden, macht sich der Genosse schweren Herzens dorthin auf den Weg. Der Geistliche dort empfängt ihn freundlich; als er aber erfährt, daß von einer kirchlichen Beerdigung der Toten keine Rede sei, wendet er dem Genossen den Rücken; und der tritt nun, so flug wie zuvor, ab. Zunächst nach dem Friedhofe in Nikolaäsee, um sich eine Grabstelle aus-zusuchen. Er hat reichliche Auswahl: denn es liegen erst zwei „bessere Leichen“ dort begraben, seine Frau wird also die Ehre haben, die erste „gewöhnliche Leiche“ zu sein. Der dort angestellte Gärtner übergibt ihm zugleich eine Begräbnisordnung, die die Besitzerin, die Heimstättenaktiengesellschaft, ausgearbeitet hat. Mit ihr begibt sich der Genosse darauf zum Genossen Höre-Zehlendorf zurück, in der Hoffnung, daß der ihm nunmehr weitere Wege zur Beerdigung der Frau ausfindig machen hilft und womöglich einige Worte am Grabe spricht. Eine Durchsicht der Begräbnisordnung bei diesem stellt fest, daß eine außerkirchliche Feuer an Grabe nur mit schriftlicher Genehmigung des Vorsitzenden der evangelischen Gemeindefürsorge möglich ist. Das aber ist derselbe Geistliche, der dem Manne wenige Stunden vorher den Rücken gedreht hat. Trotz-dem überwindet sich der Genosse und wiederholt seinen Weg zum Pfarramt, dort in höflichen Worten sein Anliegen vordringend. Wider Erwarten freundlich wird er angehört; schließlich erklärt der Pastor, daß, was an ihm liege, er keine Hindernisse in den Weg legen wolle. Aber er könne nicht allein handeln; er müsse die Sache dem Gemeindefürsorge vorlegen; Dienstag abend solle Woll sich Bescheid holen. Vom Zehlendorfer Pfarrer lenkt er abdammit seine Schritte zum Zehlendorfer Totengräber. Denn zu dem hat ihn wieder der Nikolaäseer Friedhofsgärtner gewiesen, da er als solcher nicht anerkannt sei. Als er diesem die ominöse Begräbnis-ordnung vorweist und von dem in Aussicht stehenden außerkirchlichen Begräbnis erzählt, erklärt dieser diese Begräbnisordnung für un-gültig, da sie vom Kreis noch nicht genehmigt sei. Für ihn sei für solchen Fall auch in Nikolaäsee eine Bescheinigung des Zehlendorfer Amtsvorstehers maßgebend. Also nun wieder zu diesem. Dort erhält er den Bescheid, er solle Dienstag-abend wieder kommen. Unter Sarglaufen und anderen unerlässlichen Versorgung für die Bestattung vergeht der Montag. Dienstag vormittag kommt der Sarg vor der bescheidenen Wohnung der Toten an. Da, neue Hindernisse. Es stellt sich heraus, daß er nicht durch die enge Tür hineingeht. Also muß die Tote hinaus zu ihm, und der Sarg anderswo aufgebahrt werden. Aber wo? Eine Leichenhalle gibt es in dem ganzen großen Nikolaä-

see noch nicht. Woll wendet sich an seinen Hauswirt, einen Rechts-anwalt beim Kammergericht. Und der nimmt sich nun dankenswerterweise auf die energischste seiner Not an. Sofort klingelt er das Zehlendorfer Polizeiamt an. Ein Sekretär antwortet: „Ich will den Amts-vorsteher sprechen“. Mit Mühe erreicht er den Sachverhalt vor und bittet um Anweisung eines geeigneten Raumes für Sarg und Tote. Antwort: „Da möchten Sie sich lieber an den Vertreter der Heimstättenaktiengesellschaft in Nikolaäsee, Herrn v. Crotauwaurer, wenden.“ Aber der Rechtsanwalt erklärt, daß er gar keinen Anlaß habe, mit dem zu verhandeln; er habe es mit der Polizei zu tun. Darauf erfolgt der Vorschlag, irgend einen Schuppen zu nehmen. Entschlossen erwidert der Hauswirt, daß es sich um die Leiche eines Menschen, keines Tieres handle, darauf ratlos Schweigen, dann die Bitte, sich zehn Minuten zu gebulden. Das wird bewilligt. Aber: „nur zehn Minuten; sonst gebe ich an den Kreis!“ Nach zehn Minuten stellt das Polizeiamt der Proletariatsleiche eine ganze leerstehende komfortable Villa als Leichenraum zur Verfügung, wo sie alsbald von den Angehörigen im „Salon“ unter bescheidenem Blumenstrauß aufgebahrt wird. Abdammit, am Dienstagabend, geht's zum Amtsvorsteher: dort giebt's eine schriftliche „Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel auf dem Nikolaäseer Begräbnisplatz — vor-behaltlich der schriftlichen Genehmigung des Vorsitzenden des Gemeindefürsorge“ ein seltenes, aber erfreuliches und anerkennenswertes Entgegenkommen für Zehlendorfer Verhält-nisse. Offenbar hatte das Telefongespräch vom Morgen noch etwas nachgewirkt. Vom Amtsvorsteher wieder zum Pastor. Da aber — natürlich — eine ganz abschlägige Antwort. Geneh-migung gibt's nicht. „Und überhaupt ist es Widerfimm, was Sie da machen wollen.“ „Wieso Widerfimm, Herr Pastor? In meinen Augen ist es keiner. Ich kann doch als aus der Kirche Aus-geschiedener kein kirchliches Begräbnis wollen.“ Aber es erfolgt keine Antwort mehr, worauf der Genosse sich mit den selbst-behaltenen Worten verabschiedet: „Ich als einfacher Mensch würde Ihnen die Genehmigung erteilt haben.“ Also mit einer Feier am Grabe war's nun nichts. Nun blieb nur noch die in der Villa in Aussicht. Aber — würde die nicht auch verhindert werden? Zwar hatte Woll die Schlüssel zu ihr ausgehändig-t erhalten; sie war also gleichsam zu seiner Verfügung. Aber war sie ihm nicht nur als provisorische Leichenhalle zur Ver-fügung gestellt? Waren also nicht neue Genehmigungen nötig? Es kam aber doch nicht soweit, daß auch das verhindert wurde. Die zwei zur Feier delegierten Genossen blieben, Wache haltend, vor der Pforte des Gartens der Villa stehen; die schlichte Feier konnte dort stattfinden. Dann ging's, unter Vorantritt der zwei Genossen zum Friedhof. Und dort fenkten wir unter dem Quartett-gefang von Zehlendorfer Genossen schweigend die Tote in ihr häß-liches Grab. In der Nähe bligten dazu die Helmspitzen der Genossen. Und also fand auch diese Beerdigung statt unter Aufsicht zwar nicht der schwarzen, aber der uniformierten Gendarmen. Also gesehen im Jahre des Heils 1908, im zwanzigsten Jahrhundert, vor den Toren der Weltstadt Berlin, die im preussischen Ostelbien liegt.

Karlshorst.

Einen öffentlichen Aufruf für Zeppelin erklärt ein hiesiges Komitee, das aus „Bekanntem und bewährten Männern“ besteht, allen voran der Bürgermeister Ungewitter. Dieser Aufruf prangt an sämtlichen Telegraphenmasten und ähnlichen Objekten, die hier dazu dienen, die Expektorationen der vier- und zweibeinigen Be-wohner zur Schau zu stellen. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Der alte Gott lebt noch!“ sprach einst in schweren Zeiten Friedrich der Große zu seinen Getreuen. Wohl an denn: Graf Zeppelin lebt noch! Er wird weiter schaffen! Pflicht eines jeden Deutschen ist es, ihm zur Seite zu stehen, um das zu vollenden, was dem gesamten Vaterland zur Ehre gereichen soll. Einer für uns alle, und wir alle für einen! Es findet zu diesem Zweck am Sonnabend, den 15. August, in der hiesigen Bahnhofshalle ein Militärkonzert statt. Die Zwischenpausen werden durch Aufführungen hiesiger Vereine ausgefüllt. Zum Schluß gelangen fünf lebende Bilder mit Schlachtmusik und bengalischer Beleuchtung, Szenen aus unserer Kriegsflotte darstellend, zur Aufführung. . . . Komme nun ein jeder, der sich Deutscher nennt, und opfere auf dem Altar des Vaterlandes, was in seinen Kräften steht, auch wer das Kleinste gibt, vollbringt großes, hier gibt es keinen Unterschied, ob hoch, ob niedrig, ob arm oder reich; es gilt nur zu zeigen, daß der alte Geist noch in uns lebt, es gilt dem Ausland zu beweisen, daß Deutschland auf sein Volk bauen darf.“

Ob unter „Schlachtmusik“ die quiekenden und blölkenden Laute eines Schlachthauses gemeint sind, wird nicht ganz klar. Im übrigen ist die unverfrorene Sabelrasse, die aus dem Aufruf klingt, ein neuer Beweis dafür, wie wenig Ursache wir haben, den Zeppelinkrummel irgend zu unterstützen, der, gleich allem, was in Deutschland passiert, patriotisch und militärisch mißbraucht wird.

Der hiesige „Lokalanzeiger“ bringt folgende durch ihren Schlußsatz charakteristische Meldung:

„Einen wüsten Aufruf verursachten auf dem Bahnhof Grünau die beiden Ruderer Benedek und Lehmann vom Akadem. Ruder-klub in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend. Die beiden Herren kamen zwischen 1 und 2 Uhr lärmend durch die Anlagen nach dem Stationsgebäude. Durch fortgesetztes Schlagen mit Stöcken an die verschlossene Haustür verlangten sie Einlaß. Nach-dem der Stationsvorsteher Herr Kozighausen ihnen wiederholt Ruhe geboten, wurden sie durch hinzugerufene Bahnbeamte vom Bahnhofsterrain entfernt. Rittlerweise waren sämtliche dort wohnenden Familien aus dem Schlaf gestört. Die Ruderer gaben sich jedoch noch nicht zufrieden, sondern drangen vielmehr in die Bahnhofswirtschaft ein und demolierten zwei von der Familie Rusch seit Jahren gepflegte und mit vieler Mühe aufgezogene schöne Topfgewächse im Werte von 80 M. Außerdem wurde eine Tischplatte zertrümmert, daß sie einer gründlichen Reparatur bedarf. Erst dem herbeigeeilten Wachtmeister Herr Grau gelang es, die Ruderer zu be-sänftigen.“

Also die „Ruderer“ wurden nur „besänftigt“. Natürlich, es waren ja Akademiker. Hätten sich Arbeiter nur halb so wüßt be-nommen, so würden sie die Topfgewächse der Familie Rusch mit einer längeren Freiheitsberaubung quittieren müssen. Was gilt die Bitte, daß die beiden Roddy mit ein paar Mark Geldstrafe davont-kommen?

	am 16. 8.	seit 15. 8.		am 16. 8.	seit 15. 8.
	cm	cm ¹		cm	cm ¹
Remel, Mühl	121	0	Saale, Großh.	112	+1
Vogel, Zisterburg	—5	+2	Gabel, Spandau ¹	35	—5
Weihsel, Thon	283	+108	Naltheim ¹	40	+2
Ober, Rathbor	151	0	Spreew., Spremberg ¹	70	—2
Krossen	143	—4	Beestow	80	0
Frankfurt	147	+2	Weser, Minden	—83	+8
Wärthe, Schrimm	65	—5	Minden	—17	—4
Landsherg	38	—6	Rhein, Maxilianbau	428	—6
Neze, Norddam	—16	+6	Rand	224	—6
Eibe, Zetimerj	—60	+5	Rin	231	—7
Leiden	—178	—7	Kedav, Halbrohm	40	—13
Borb	83	—3	Rain, Weichau	151	+2
Magdeburg	88	—3	Woiel, Teier	21	—4

¹) + bedeutet Hoch, — (Fall, — ²) Unterpegel.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine

Dienstag, den 18. August 1908, abends präzise 8 1/2 Uhr:

General-Versammlungen der Wahlvereine.

1. Kreis.

Dräfels Fest-Säle, Neue Friedrichstraße 35.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Der Parteitag in Nürnberg und Wahl der Delegierten. 4. Die Brandenburger Konferenz und Wahl der Delegierten. 5. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

2. Kreis.

Berliner Hochbrauerei (großer Saal), am Tempelhofer Berg.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes vom letzten Halbjahr. 2. Provinzial-Konferenz und Wahl der Delegierten. 3. Parteitag in Nürnberg. Referent Genosse R. Fischer. Anträge dazu und Wahl der Delegierten. 4. Verbands-Generalversammlung von Groß-Berlin. Anträge dazu und Wahl der Delegierten. 5. Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der reichhaltigen Tages-Ordnung halber wird präzise 8 1/2 Uhr begonnen.

Der Vorstand.

3. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engelshof 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Kassenbericht. 2. Die Generalversammlung von Groß-Berlin und Wahl der Delegierten. 3. Der Parteitag in Nürnberg. Referent Redakteur Hans Bloch. Wahl der Delegierten. 4. Die Provinzialkonferenz und Wahl der Delegierten. 5. Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

4. Kreis.

Louis Kellers Fest-Säle, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Der Parteitag zu Nürnberg. Referent Genosse Ströbel. 2. Anträge zum Parteitag und Wahl der Delegierten. 3. Die Brandenburger Konferenz, Anträge und Wahl der Delegierten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

5. Kreis.

Altes Schützenhaus, Finienstraße 5.

Tages-Ordnung:

1. Vorstandsbericht und Kassenbericht. 2. Der Parteitag zu Nürnberg. Referent Genosse Siepmann. 3. Wahl der Delegierten. 4. Die Brandenburger Provinzial-Konferenz. 5. Wahl der Delegierten. 6. Die Generalversammlung des Verbandes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Niemand darf fehlen!

Der Vorstand.

6. Kreis.

Germania-Festsäle, Chausseestraße 110.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Erledigung der eingegangenen Anträge. 5. Stellungnahme zur Verbands-Generalversammlung und Bestätigung der Delegierten. 6. Stellungnahme zum Parteitag und Wahl der Delegierten. 7. Stellungnahme zur Provinzial-Konferenz und Wahl der Delegierten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Bezirke Wedding,
Gesundbrunnen und Moabit!

Mittwoch, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr
(gleich nach Feierabend):

Mitglieder-Versammlung
für sämtliche Branchen

bei Schölzel, Bohnenstraße 12.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Reiche. 2. Wahl eines Obmanns und der Kommission. 3. Verbands- und Bezirksangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Donnerstag, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung
für sämtliche Bezirke und Branchen

bei Freyer, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur Arbeitsübermittlung. 2. Der Verbandstag des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Holzgewerbe. Referent: Kollege Th. Glocke. 3. Verbandsangelegenheiten. 88/16

Drechsler! Treppengeländer! Luxusbranche!

Sonnabend, den 22. August 1908:

Gr. Sommerfest

in Anton Boekers Festsaal, Weberstr. 17,

bestehend in

Konzert sowie Auftreten der berühmten Original-Protest-
Quettisten und Exzentriks Gebrüder Geralf.

Verlosung und Tanz. — Anfang des Konzerts 8 Uhr.
Eintritt: Damen 30 Pf., Herren 50 Pf. = = = Tanz frei.
Um gütigen Zuspruch ersucht Das Komitee.

Verband der Portefeuller.

Bureau: Seebaststraße 4, I. Telefon Amt 4 Nr. 5837.

Mittwoch, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann,
Rauhnstraße 27:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Die Wicht der modernen Arbeiter. Referent: Landtagsabgeordneter
Genosse G. Ströbel. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

109/10

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Donnerstag, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschafts-
hauses, Engelshof 15:

General-Versammlung

aller zum Zweigverein gehörenden Zahlstellen und Sektionen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Arbeiterssekretärs Genossen G. Link. 2. Kassenbericht vom 2. Quartal. 3. Wahl
der Schlichterkommissionsmitglieder für das Maurergewerbe und eines Schriftführers für den Gesamtzweigverein.
4. Gewerkschaftliches. 139/5*

Mitgliedsbuch legitimiert.

Volles Erscheinen erwartet

Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987

Mittwoch, den 19. August, abends 8 Uhr:

General-Versammlung
aller in der Gold- und Silberwaren-Industrie beschäftigten
Arbeiter und Arbeiterinnen
im Gewerkschaftshaus, Engelshof 15 (Saal I).

Tages-Ordnung:

1. Die Kündigung des Tarifvertrages durch die Arbeitgeber und
unser Stellungnahme. Referent: Kollege Gaudle. 2. Diskussion.
Kollegen und Kolleginnen! Am 1. Oktober d. J. ist der im Jahre 1906
mit den Arbeitgebern vereinbarte Tarifvertrag abgelaufen. Da die Arbeit-
geber diesen Tarif gekündigt haben, so ist es nicht ausgeschlossen, daß man
versuchen wird, die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ver-
schlechtern. Darum ist es notwendig, daß alle in der Gold- und Silber-
warenindustrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in dieser Versammlung
erscheinen, damit unsere weiteren Handlungen möglichst einseitlich beschloffen
werden. Deshalb ermahnen wir einen jeden, für einen guten Versammlungs-
besuch zu agitieren, denn diese Versammlung soll beweisen, wie die Kollegen
und Kolleginnen über unseren zukünftigen Tarif denken. 120/17

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Dienstag, den 18. August, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engelshof 15, Saal 1:

Öffentliche Versammlung
aller Galanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft im Jahre 1908. 2. Die
Wirkungen der wirtschaftlichen Krise auf unsere Lohn- und Arbeits-
bedingungen. 3. Diskussion — Zahlreiches Besuch erwartet 24/7
Der Einberufer: Ernst Klar, Engelshof 14-15.

Dr. med. Karl Reinhardt's Spezial-
Arztliche Institute für Haut-,
Harnleiden, Potsdamer Str. 117
(1/2, 12-2 und 1/2, 3-9 abends)
Neanderstr. 12 (nahe Jannowitzbrücke
(1/2, 10-11 und 1/2, 5-1/2, 8 Uhr). Voll-
kommenstes kombiniertes Heil-
verfahren. Kautschuk- und
den Wert sämtl. Abl. Heilmethode in
verschlossen. Kuvert gratis u. postfrei.

Leihhaus

Gelegenheitskäufe vorfall. Gold-
und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28 I
Ecke Ritterstr.

Wurstmeyer

Brunnenstraße 6.
Von morgen, Mittwoch, nachmittag
an wieder die berühmten 10726
Grützwürstchen.

An alle in der
Schirm-Industrie
und der
Stock-Branche

beschäftigten Kolleginnen und Kollegen.

Donnerstag, den 20. August, abends 8 Uhr:

Außerordentliche Versammlung

in Boekers Festsälen, Weberstr. 17.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Die wirtschaftliche Lage in der Schirm- u. Stockindustrie“.
Referent: Kollege Julius Oidebrandt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Kolleginnen und Kollegen, wegen der wichtigen Tagesordnung ist es
dringend notwendig, in dieser Versammlung zu erscheinen. Des weiteren
bitten wir die Parteigenossen, in ihren Familien und Bekanntenkreisen alle
in der Schirm- und Stockindustrie beschäftigten Kolleginnen und Kollegen
auf diese Versammlung hinzuweisen. Die Brandenkündigung.
88/18 3. A.: Friedr. Kermal, Norddorfer Str. 43.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Donnerstag, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, Weinstraße 11:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Arbeiterssekretärs Gustav Vint über: „Der Bau-
arbeiter, wie er ist und wie er sein sollte“ 2. Verbandsangelegen-
heiten. 64/15

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Am Donnerstag, den 20. August, abends 8 Uhr, im Lokal des
Herrn Thiel, Bergstr. 151/152:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Verbandsangelegenheiten. 88/16

Die Ortsverwaltung.

Quecksilbervergiftung — Betriebsunfall oder Gewerbekrankheit?

Die Frage, ob Quecksilbervergiftung einen Betriebsunfall darstellt, ist vom Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Stadtkreis Berlin, bejaht, vom 17. Referatsrat des Reichsversicherungsamtes verneint worden.

Der Glasbläser Max Sch. hatte sich am 10. August 1906 beim Einsammeln des Quecksilberpumpen-entlaufenen Quecksilbers eine Vergiftung zugezogen. Unmittelbar nach dem Einsammeln des Quecksilbers hatte Sch. über Uebelkeit und Kopfschmerzen und allgemeine Schwäche zu klagen; trotzdem arbeitete er noch drei Tage. Am 1. August mußte er indessen den Arzt, Sanitätsrat Dr. L. in Hermsdorf aufsuchen und wurde von diesem ein Jahr hindurch an den Folgen einer Quecksilbervergiftung behandelt. Am 29. Oktober 1906 erhol Sch. dann bei der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik Anspruch auf Unfallrentenentschädigung. — Am 16. Juli 1908 hatte er bereits Anspruch auf Invalidenrente angemeldet. — Die Berufsgenossenschaft lehnte den Anspruch auf Rentenentschädigung ab; da es sich nicht um ein plötzlich und zeitlich begrenztes, durch fremde Gewalt einwirkendes Unfallereignis, sondern um eine chronische — allmählich entstandene — Quecksilbervergiftung handelt.

Gegen diesen Ablehnungsbescheid legte das Arbeitersekretariat Berlin, an welchem sich Sch. gemeldet hatte, Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Stadtkreis Berlin, ein. Es wurde geltend gemacht, daß hier ein „zeitlich und plötzlich“ begrenztes, unfallähnliches Ereignis vorliegt. Das Auffammeln des Quecksilbers habe nur 15 bis 20 Minuten gedauert, der Raum, in welchem die Pumpe einzuwirken gegangen und das Quecksilber ausgelaufen ist, sei ohne jede Ventilation gewesen, so daß die Dämpfe nicht haben abziehen können. Der Raum mußte daher von den giftigen Dämpfen vollständig geschwängert gewesen sein. Schon nach ganz kurzer Zeit sind die Folgen des Einatmens der Dämpfe bei Sch. in die, selbst seinen Mitarbeitern auffällige, Erscheinung getreten. Wenn auch zu gegeben werden soll, daß Sch. schon vor diesem Ereignis nicht mehr ganz gesund gewesen ist, so muß dem Vorfall doch eine verschlimmernde Wirkung auf das Krankenleiden eingeräumt werden.

Das Schiedsgericht erhob zunächst weiteren Beweis darüber, ob Sch. schon vorher krank gewesen war. Diese Frage wurde von der Betriebskrankenkasse der A. E. G. verneint. Sch. sei erst am 14. August 1906 erkrankt und erwerbsunfähig geführt. Vom Sanitätsrat Dr. R. wurde ein ärztliches Gutachten eingefordert; derselbe gelangte zu dem Ergebnis, daß eine Verschleimung der Krankheit durch den Vorgang vom 10. August 1906 nicht ausgeschlossen sei. Auf ein zeitlich bestimmtes Ereignis allein kann er ärztlicherseits die jetzige Erkrankung des Sch. nicht zurückführen.

Das Schiedsgericht anerkannte den Tatbestand eines Betriebsunfalles, auf Grund der außergewöhnlichen Betriebsverhältnisse eine Gesundheitsgefährdung besonders begünstigende Umstände. In der Entscheidung heißt es unter anderem: „Der Kläger hat, wie auf Grund der Aussagen des Ingenieurs Sch. und des Arbeiters A. angenommen werden muß, im Anschluß an die etwa 20 Minuten dauernde Arbeit des Quecksilberaufnehmens Beschwerden gefühlt. Das Schiedsgericht hielt es daher für hinreichend wahrscheinlich, daß diese Beschwerden, die sich in den nächsten Tagen verschlimmerten, als Folge der Arbeit des Quecksilberaufnehmens in einem mit Quecksilberdämpfen gefüllten Raum aufgetreten sind. Unter den vorerwähnten besonderen Umständen hielt das Schiedsgericht den Tatbestand eines Betriebsunfalles für gegeben.“

Auch die Frage des Kausalzusammenhanges zwischen Erkrankung und Betriebsunfall bejahte das Schiedsgericht, indem es ausführte: „... Immerhin muß aber, da Sch. bis dahin seiner Beschäftigung regelmäßig nachgehen konnte, mit hinreichender Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß durch das Unfallereignis der Ausbruch der Krankheit wesentlich beschleunigt worden ist.“ Die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik wurde verurteilt, dem Kläger Sch. vom 10. November 1906 bis 30. Juni 1907 die Vollrente und vom 1. Juli 1907 ab eine Teilrente von 66% Prozent zu zahlen.

Gegen diese Entscheidung legte die Berufsgenossenschaft Rekurs beim Reichs-Versicherungsamt ein. Sie bestritt das Vorliegen eines Betriebsunfalles und behauptet, daß der Kläger schon am 8. August 1906 den Arzt Dr. L. in Hermsdorf aufgesucht habe, er also tatsächlich schon vor dem Unfallereignis (10. August 1906) krank gewesen sei. Von einem Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft war der Rekurschrift noch eine Abhandlung darüber beigelegt, daß der Aufenthalt in mit Quecksilberdämpfen geschwängerten Räumen gar nicht schädlich sei. Der Aufsichtsbeamte selbst habe beispielsweise als Assistent am physikalischen Institut der Universität Freiburg i. W. häufig Quecksilber gelocht und sich mitunter stundenlang in unmittelbarer Nähe aufgehalten, ohne jemals nachteilige Folgen verspürt zu haben. Der Substanz im Hauptarbeitsraum sei mit Quecksilber vollständig durchstränkt gewesen, und dennoch habe er 2 1/2 Jahre, die Ferien ausgenommen, täglich acht Stunden gearbeitet und nie eine Spur von Quecksilbervergiftung wahrgenommen.

Der Verlekte beantragte die Zurückweisung des Rekurses. Im mündlichen Verhandlungstermin wurde nach den Plaidoyers der Vertreter der Parteien beschlossen, Beweis darüber zu erheben, wann der Kläger den von der Kasse erhalten habe, mit welchem er sich nach seiner Angabe am 14. August, nach der Angabe des Dr. L. in H. aber bereits am 8. August 1906, also schon vor dem Unfall, zu dem Arzt begeben habe. Die Weisaufnahme ergab, daß der von am 5. August 1906 ausgestellt war und Sch. in der Tat den Dr. L. am 8. August 1906 abends aufgesucht hat. Im zweiten Verhandlungstermin wurde darauf hingewiesen, daß Sch. wohl am 8. August 1906 den Arzt aufgesucht habe, indessen nicht wegen Nervosität, wie der Arzt angibt, sondern wegen Hustens. Daß das richtig sei, gehe aus dem herbeigeschickten Rezept des Dr. L. in H. hervor. Der erkennende Senat gab dem Rekurs der Berufsgenossenschaft statt und hob die Entscheidung des Schiedsgerichts auf. Aus der Begründung des Urteils des Rekursgerichts sei das Markanteste wiedergegeben. Es heißt da u. a.: „... Das Rekursgericht ist auf Grund der vorliegenden ärztlichen Gutachten, insbesondere des Gutachtens des vom Schiedsgericht gehörten Sanitätsrats Dr. R. vom 25. August 1907, zu der Überzeugung gelangt, daß das Leiden des Klägers durch eine chronische Vergiftung mit Quecksilber hervorgerufen worden ist, daß es daher schon vor dem Betriebsereignis vom 10. August 1906 bestand, und ist in dieser Beziehung der Vorinstanz gefolgt. Es konnte sonach nur in Frage kommen, ob das vorhandene Leiden durch den Vorfall vom 10. August 1906 wesentlich verschlimmert oder in seiner Entwicklung wesentlich beschleunigt worden ist.“

In dieser Beziehung ist zunächst auffällig, daß der Kläger, obgleich er bereits seit dem 14. August 1906 schwer krank und völlig erwerbsunfähig war, Unfallrentenentschädigungsansprüche aus dem erwähnten Vorgange erst am 29. Oktober 1906 geltend gemacht hat, und daß er weder bei der bereits am 18. Juli 1906 erfolgten Anmeldung seines Anspruchs auf Invalidenrente, noch gegenüber den Ärzten, welche ihn im Verfahren wegen Festsetzung dieser Rente untersucht haben — Dr. Ludwig, Dr. Jastrawitz und Dr. Deppmann —, des angeblenen Betriebsunfalles mit einem Worte Erwähnung tat. Besonders wichtig für die Beantwortung der Frage, ob das seit längerer Zeit bereits vorhandene Leiden des Klägers durch den Vorfall vom 10. August 1906 wesentlich verschlimmert

oder in seiner Entwicklung wesentlich beschleunigt wurde, ist aber der Umstand, daß nach Lage der Akten bereits vor dem 10. August 1906 diejenigen Krankheitserscheinungen sich gezeigt hätten, welche den in die Erscheinung tretenden Ausbruch des längst in latenter Form vorhandenen Leidens bedeuten. Nachdem Sanitätsrat Dr. Ludwig schon in seinem Gutachten vom 20. Juli 1906 angegeben hatte, daß ihn der Kläger am 8. August 1906 zum ersten Male aufgesucht habe und daß er bereits damals alle Symptome einer wahrscheinlich von Quecksilbervergiftung herrührenden allgemeinen Körperschwäche feststellen konnte, und nachdem der genannte Arzt in dem weiteren Gutachten vom 19. Juni 1907 dies mit dem Beifügen bestätigt hatte, daß der Kläger ihn am 8. August 1906 wegen Bitterns der Arme und Beine, starker Gewichtsabnahme, Leibschmerzen und Speichelfluß konsultiert habe, bestritt der Kläger zunächst in der Rekursinstanz, überhaupt vor dem 14. August 1906 bei Dr. Ludwig gewesen zu sein. Diese Behauptung ist nunmehr durch den am 5. August 1906 von der Krankenkasse der A. E. G. ausgestellten Arztbon widerlegt, auf welchem Dr. Ludwig damals eigenhändig als Beginn der Behandlung das Datum des 8. August eingeseht hat. Der Kläger gab daraufhin auch zu, den genannten Arzt schon am 8. August 1906 aufgesucht zu haben, will jedoch hierbei nur über Husten geklagt haben und nicht untersucht worden sein. Zum Beweise hierfür hat er ein am 8. August 1906 auf seinen Namen ausgestelltes Rezept des Dr. Ludwig überreicht, welches nach einer Angabe des Dr. Lillenthal in Berlin auf ein Mittel lautet, wie es zur Verhütung bei Hustenreiz und auch bei Asthma, Luftdröhen, katarrh gegeben wird, ferner eine an den Kläger gerichtete Postkarte des Dr. Ludwig vom 16. Juni 1907, worin letzterer um Angabe bittet, womit er seinerzeit den Kläger besonders behandelt habe. Das Rekursgericht konnte diesen Beweismitteln keine Bedeutung beimessen. Nach dem Gutachten des Dr. L. vom 19. Juni 1907 litt der Kläger bei Beginn der Behandlung tatsächlich an Bronchialkatarrh, woraus sich die Ausstellung des Rezeptes vom 8. August 1906 ungezwungen erklärt. Was ferner den Inhalt der Postkarte vom 16. Juni 1907 anlangt, aus welchem bewiesen werden will, daß Dr. L. sich an den Sachverhalt nicht mehr zuverlässig erinnere, so ergibt sich aus den Akten, daß der Vorsitzende des Schiedsgerichts an Dr. L. u. a. ausdrücklich die Anfrage gerichtet habe, worin die Behandlung des Klägers bestanden habe. Aus dem von Dr. L. vom Kläger selbst mitgeteilten Schreiben, bei der Verichterstattung nichts zu vergessen, erklärt sich daher auch der Inhalt der Postkarte. Dem gegenüber steht fest, daß Dr. L. auf dem erwähnten Arztbon selbst die Diagnose: „Nervosität“ eingetragen hat und daß in seinen Gutachten vom 20. Juli 1906 und 19. Juni 1907 die Symptome der allgemeinen Körperschwäche als diejenigen Krankheitserscheinungen bezeichnet sind, welche bereits am 8. August 1906 bei dem Kläger vorhanden waren. Das Rekursgericht hat daher keinen Zweifel, daß schon am 8. August die bis dahin latent verlaufene Quecksilbervergiftung in ein Stadium eingetreten war, welche ärztliche Behandlung erforderte und die Erwerbsfähigkeit bedeutend beeinträchtigte. Mag auch dann der Vorfall vom 10. August 1906 noch vielleicht mitwirkend hinzugekommen sein, eine wesentliche Verschlimmerung des vorhandenen Leidens und eine wesentliche Beschleunigung seiner Entwicklung konnte er nach der Überzeugung des Rekursgerichts nicht mehr herbeiführen.

Bei dieser Sachlage konnte es dahin gestellt bleiben, ob die von der Beklagten geltend gemachten Behauptungen über die Menge des am 10. August 1906 dem Körper des Klägers eingeatmeten Quecksilbers und über die Schädlichkeit dieser Quecksilbermenge zutreffend sind.

Nunmehr wird der im Betriebe verunglückte Arbeiter versuchen müssen, den Betriebsunternehmer persönlich für die traurigen Folgen der Vergiftung haftbar zu machen. Das Reichsgericht hat Anfang der 90er Jahre nach jahrelangem Prozeß in einem Fall die Verurteilung eines Fabrikanten in einem ähnlichen Fall ausgesprochen, weil nicht alle zur Verhütung einer Gesundheitsgefährdung möglichen Vorkehrungen getroffen waren.

Bei Blutarmut Eisen ins Blut tut gut!

Es ist eine wissenschaftlich festgestellte Tatsache, daß Deutschland im Lamscheider Stahlbrunnen einen Heilfaktor ersten Ranges besitzt, der verdient, dauernd der leidenden Menschheit zugänglich gemacht zu werden.

Tausende wurden gesund.

Dankesworte nach erfolgreichen Kuren: „Aus Dankbarkeit für meine wiedererlangte Gesundheit bestärke ich hierdurch, daß ich durch den Lamscheider Stahlbrunnen von meinen früheren unglücklichen Leiden: Blutschwäche, Magen- und Verdauungsstörungen, Appetitlosigkeit, nervösen Kopfschmerzen, Erbrechen usw. vollständig geheilt wurde. Zahlreich sind die an genannten Beschwerden“ usw. usw. — „Ich kann Ihnen zu meiner Freude mitteilen, daß mir der Lamscheider Stahlbrunnen sehr gute Dienste getan hat. Er hat mir den früheren Lebensmut wiedergegeben, die Nerven gestärkt, die Blutschwäche gehoben und den durch die Blutschwäche verursachten Blutschlag vollständig weggebracht.“ — „Bin mit dem Lamscheider Stahlbrunnen ausgezeichnet zufrieden, vorgenommene Badereise kann unterbleiben, da Nervosität, Appetitlosigkeit und Schwäche verschwunden ist.“

Wann empfohlen bei Blutarmut, Blutschwäche, versch. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Reiznervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung der Blutmenge und Verbesserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Infektionskrankheiten, wie Influenza usw. — Verschärfen kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf W. 161.

Haemacolade hilft

den Körper widerstandsfähiger gegen Erkrankungen zu machen, da sie kräftig ernährend und mithin blutneubildend wirkt!

Dr. Schünemann Spezial-Arzt für Haut- und Hautleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Hygienische Bedarfsartikel, Neuest. Katalog. Empfehle viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik Corda NW., Friedrichstraße 91/92

Möbel Schulz Reichenberger Str. 5. Gediegene Arbeit. Außerst billige Preise. Ratenzahlung.

Carmen Sylva Cigaretten Beste Qualitäten

Sorden ershlen in zweiter verbesserter Auflage Gustav Adolf Ein Fürstenspiegel zu Lehr und Ruh der deutschen Arbeiter von Franz Mehring mit einem neuen Vorwort Preis 1.— M. 247/1* 51111 g e Ausgabe 40 Pf. Expedition des „Vorwärts“ Lindenstr. 69, Laden.

H. Pfau, Bandagist jetzt: Dirksenstraße 20 zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volkspark. Für Damen weibliche Bedienung. * Spezialist für alle Krankenkassen.

Hygienische Bedarfsartikel, Gummiwaren, 1000e Anerk. V. Prof. u. Aerz. empf. bill. Apoll. S. Schwelzers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Preisl. gratis.

Deutschlands größtes Spezialgeschäft Bettfedern Erste Dattler-Jornfab. m. direkt. Betrieb Gustav Lustig BERLIN S. 390 Prinzenstr. 48 herstellend geg. Nachnahme garantiert neue und gut entfederte, gut füllende Bettfedern v. 1/2 M. 0.55-1.00-1.25; prima Halbdaunen M. 1.75; Gäuse- ruffedern M. 2.00; prima weiße Gäusehalbdunen M. 2.50-3.00-3.50; echt dinst. Ronopolddunen M. 2.85; echt russisch. Wata- dor. Gäusefedern M. 3.00; Non den Daunen gemüßen 3-4 Pf. zum groß. Oberbett. — Gäusefedern (s. Reichen) M. 0.60 per Pfund; Gäuse- schlafsedern, wie sie von der Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50. Proben und Preisliste gratis. Austausch über Rücksendung gestattet. Verpackung kostenfrei. Bestfähriger Versand über 2000 Jentner Bettfedern, von keinem zweiten Bettfedern u. Bett- federngeschäft erreicht.

Verlosungsartikel zu Landpartien, für Vereine: nur Reihelien, Lampions, Stocklaternen, Fackeln, Girlanden, Hüthen, Musik- und Radnachen, spottbillig im Engros-Geschäft L. H. Gotthilf, Alte Jakobstraße 93, an der Scheffelstraße. Vereinen extra hoher Rabatt. 36772*

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche be- kannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Am IV, 3014.

Engelhardt-Malz bier das beliebteste, überall kämlich. Preis 10 Pf. pro Flasche. 2490L* Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow. Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

WARENHAUS HERMANN TIETZ

Frankfurter Allee 109-111

Ausstattungs-Woche

In dieser Woche werden alle Artikel für

Ausstattungen u. Neueinrichtungen enorm billig

in sämtlichen Abteilungen zum Verkauf gestellt

Unsere Hausmarken Kupons Weisse Ware besonders herabgesetzt

Table with 6 columns: Hemdentuch (Marko Elsass, Marke Extra), Renforcé (Marke Hausfreund), Louisianatuch (Marke Rekord), Louisianatuch (Marke Excelsior), Louisianatuch (Marke Brillant). Includes coupon values for 10 and 20 meters.

Wäsche-Stoffe

Table listing various fabric items: Hemdentuch (80 cm Louisiana-tuch, Renforcé Mtr.), Piquébarchent, Lousianatuch, Lousianatuch, Damast, Damast, Kariert Bezügenstoff, Kariert Bezügenstoff.

Damen-Wäsche

Table listing women's clothing items: Damenhemden m. schräger Passe, Beinkleider, Nachtjacken, Damenhemden mit handgestickter Passe, Beinkleider mit prima Stickereien, Weisser kurzer Rock, Damenhemden mit gestickter Passe, Beinkleider, Nachtjacken, Kurzer Rock.

Glas, Porzellan, Steingut

Table listing glass and porcelain items: Speiseteller, Dessertteller, Kaffeetassen mit Untertasse, Kaffee- od. Milchbecher, Gemüse- oder Bratenplatten, Salatschüsseln, Kaffeeservice, Kaffeeservice, Satz Milchtöpfe, Milchtöpfe, Tassen mit Untertassen.

Damenhemden

1¹⁰

Untertailen

75 Pf.

Imitierte Perser Vorlagen

Stück 60, 80 Pf. 1⁰⁰

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenflecken, Badrinniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre, Bauerhoff. Vorwärtsdruck 6 Prozent Rabatt. 10745*

Ihren Goldwaren billigt Berner, Pappelallee 3. 8598*

Restaurant billig zu verkaufen, Rixdorf, Hermannstr. 42/43. 10766

Fahrräder, Gesamtmontage, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Rixdorf, Hermannstr. 40. 6743*

Genossen, die Schankwirt werden wollen, bekommen gute Bedingungen, Wollf, Braun, Hennigsdorferstr. 4.

Junger Mann sucht Nebenverdienst durch Schreibarbeit. C. H., Postamt Wilmersdorf. 10828*

Stellenangebote.

Automobil-Betriebs-Gesellschaft, Hannoverstr. 5, bildet junge Leute im Mindestalter von 21 Jahren zu Motorfahrzeugführern aus...

Reisenden auf Jungbier verlangt Brauerei 'Derolma', Waldemarstr. 74. 73

Tüchtige selbständige Kaufleute verlangt Kurierstr. 3. 707

Verkauferrinnen für die Verteilung Zeitungen sofort gesucht, Wohnungen 1-2 mittags ober 8-9 Uhr abends, H. Jander u. Co., Bellevueallee 12. 10818

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Geschäftsführer für einzurichtendes Gewerkschaftshaus per 1. Oktober gesucht. Kenner wollen ihre Offerte mit Gehaltsanforderungen und Referenzen bis 25. August der Expedition dieses Blattes unter S. 1 einleiten.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. Lagerhalter, gelernter Materialist, 29 Jahre, sucht zum 1. Oktober Stellung. Rationfähig, in Gegenwart. Offerten unter M. S. 117, Postamt 112. 741

Wegen Streiks und Differenzen sind gesperrt: für Korbmacher Firma Kaniga in Lichtberg; Reichert in Marzahn; Schmidt, Dresdenstr. 22; für Bergolder Grahl in Ragdeburg. Deutscher Holzarbeiterverband Ortsverwaltung Berlin.

Arbeitsmarkt. Tüchtiger Endschleifer bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Gläser, Pulverstr. 27. 14688

Stellengesuche. Lagerhalter, gelernter Materialist, 29 Jahre, sucht zum 1. Oktober Stellung. Rationfähig, in Gegenwart. Offerten unter M. S. 117, Postamt 112. 741

Stellengesuche. Lagerhalter, gelernter Materialist, 29 Jahre, sucht zum 1. Oktober Stellung. Rationfähig, in Gegenwart. Offerten unter M. S. 117, Postamt 112. 741

Stellengesuche. Lagerhalter, gelernter Materialist, 29 Jahre, sucht zum 1. Oktober Stellung. Rationfähig, in Gegenwart. Offerten unter M. S. 117, Postamt 112. 741